



# Landtag von Baden-Württemberg

18. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 23. November 2016 • Haus des Landtags

Beginn: 9:01 Uhr

Schluss: 12:36 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	851	3. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Wird die grün-schwarze Landesregierung den grün-roten Kurs der einseitigen Fixierung auf die Pflichtganztagschule fortführen oder sich für Wahlfreiheit einsetzen?</b> – Drucksache 16/64 (Geänderte Fassung). . . . .	876
Begrüßung einer Delegation aus der Region Nordfinnland unter der Leitung von Frau Generaldirektorin Terttu Savolainen . . . . .	851	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. . . . .	876, 883
1. Aktuelle Debatte – <b>Die Grünen ignorieren Kretschmanns Warnungen vor der Vermögenssteuer! – Was kommt auf den baden-württembergischen Mittelstand zu, falls die Grünen im Bund an die Macht kommen?</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP. . . . .	852	Abg. Sandra Boser GRÜNE. . . . .	877
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	852	Abg. Sylvia Felder CDU . . . . .	878
Abg. Thekla Walker GRÜNE. . . . .	854, 865	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD. . . . .	879
Abg. Winfried Mack CDU. . . . .	856, 865	Abg. Gerhard Kleinböck SPD . . . . .	881
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD. . . . .	858	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos). . . . .	882
Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	860	Ministerin Dr. Susanne Eisenmann . . . . .	882
Ministerin Edith Sitzmann . . . . .	862	Beschluss . . . . .	884
Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP. . . . .	864	4. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – <b>Hochwasser und Starkregenereignisse: Schutz und Prävention</b> – Drucksache 16/65 . . . . .	884
2. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – <b>Zukunft des Windenergieerlasses und des Landesplanungsrechts</b> – Drucksache 16/46. . . . .	866	Abg. Bettina Lisbach GRÜNE. . . . .	884
Abg. Andreas Glück FDP/DVP . . . . .	866, 874	Abg. August Schuler CDU. . . . .	886
Abg. Jutta Niemann GRÜNE. . . . .	867	Abg. Udo Stein AfD. . . . .	886
Abg. Paul Nemeth CDU. . . . .	868	Abg. Gabi Rolland SPD. . . . .	887
Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD. . . . .	869	Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP . . . . .	888
Abg. Gernot Gruber SPD . . . . .	871, 875	Staatssekretär Dr. Andre Baumann . . . . .	889
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos). . . . .	871	Beschluss . . . . .	890
Minister Franz Untersteller . . . . .	872	Nächste Sitzung . . . . .	890
Beschluss . . . . .	876	Anlage Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE – Nachwahl in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks. . . . .	891

## Protokoll

über die 18. Sitzung vom 23. November 2016

Beginn: 9:01 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 18. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Beurlaubt habe ich heute Frau Abg. Erikli, Herrn Abg. Palka und Herrn Abg. Dr. Schmid.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Herre, Frau Abg. Martin, Herr Abg. Dr. Merz und – diese Meldungen sind eben erst eingegangen – Herr Abg. Sckerl sowie Herr Abg. Dr. Podeswa.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut sowie Herr Abg. Schoch und Herr Abg. Dr. Weirauch, die Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut auf einer Delegationsreise nach Singapur und Vietnam begleiten.

Ebenso ganztägig entschuldigt sind Herr Minister Lucha sowie Frau Staatssekretärin Olschowski, ab 10:30 Uhr Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann und von 9:30 bis 11:00 Uhr Herr Staatssekretär Dr. Andre Baumann.

Meine Damen und Herren, im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 15. November 2016 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Zwanzigsten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) –, Drucksache 16/987. Ich schlage vor, diese Mitteilung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, das Gremienbüro des Südwestrundfunks hat mit E-Mail vom 24. Oktober 2016 dem Landtag mitgeteilt, dass Frau Abg. Edith Sitzmann mit Schreiben vom 1. September 2016 gegenüber dem SWR ihren Austritt aus dem SWR-Verwaltungsrat erklärt hat, dessen Amtszeit am 30. Juni 2020 endet. Nach § 22 Absatz 3 des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk ist im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Mitglieds für den Rest der Amtszeit des Verwaltungsrats des SWR ein neues Mitglied zu bestimmen.

Das Vorschlagsrecht für diese Nachwahl steht der Fraktion GRÜNE zu, die dafür Frau Abg. Sandra Boser benannt hat. Da Frau Abg. Sandra Boser bislang stellvertretendes Mitglied im SWR-Verwaltungsrat war, hat die Fraktion GRÜNE auch ein neues stellvertretendes Mitglied benannt, nämlich Frau Abg. Andrea Lindlohr (*Anlage*).

Sind Sie damit einverstanden, über diese beiden Wahlvorschläge offen abzustimmen? – Das ist der Fall.

Ich stelle nun die beiden Wahlvorschläge getrennt zur Abstimmung.

Wer der Nachwahl von Frau Abg. Sandra Boser als Mitglied im SWR-Verwaltungsrat zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! –

(Minister Peter Hauk: Die Mehrheit ist sicher! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Alles andere wäre erstaunlich!)

Enthaltungen? – Dem Wahlvorschlag ist einstimmig zugestimmt. Danke schön.

Wer jetzt der Nachwahl von Frau Abg. Andrea Lindlohr als stellvertretendes Mitglied in den SWR-Verwaltungsrat zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch diesem Wahlvorschlag ist einstimmig zugestimmt. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, auf der Besuchertribüne begrüße ich sehr herzlich eine Delegation aus der Region Nordfinnland unter der Leitung von Frau Generaldirektorin Savolainen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die finnischen Gäste sind zu Gesprächen nach Stuttgart gekommen, um die bestehenden langjährigen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und Oulu in Nordfinnland zu pflegen und zu vertiefen.

In den letzten Tagen haben sie Gespräche mit Herrn Justizminister Wolf, mit den Kolleginnen und Kollegen des Sozialausschusses, mit der Geschäftsleitung der IHK Stuttgart und der Wirtschaftsförderung der Region Stuttgart geführt. Heute sind Gespräche mit Herrn Staatssekretär Schebesta vom Kultusministerium und Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vorgesehen.

Wie es seit vielen Jahren guter Brauch ist, findet heute Abend traditionell die Eröffnung des finnischen Weihnachtsmarkts auf dem Karlsplatz statt. Hier lassen wir zusammen mit Kolleginnen und Kollegen des Landtags den Besuch unserer finnischen Partner ausklingen.

Sehr geehrte Frau Generaldirektorin Savolainen, sehr geehrte Gäste aus Nordfinnland, ich heiße Sie in der Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg sehr herzlich willkommen und wünsche Ihnen weiterhin einen informativen und erfolgreichen Aufenthalt in unserem Land. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Nun treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Die Grünen ignorieren Kretschmanns Warnungen vor der Vermögensteuer! – Was kommt auf den baden-württembergischen Mittelstand zu, falls die Grünen im Bund an die Macht kommen? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededauer von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident! Der Ministerpräsident ist nicht anwesend. Ich habe Verständnis dafür.

(Der Redner spricht mit heiserer Stimme und räuspert sich. – Heiterkeit – Abg. Nicole Razavi CDU: Was ist da los?)

Ich wäre an seiner Stelle wahrscheinlich auch nicht anwesend.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wollen Sie sich nicht schonen, Herr Rülke?)

– Nein. Es ist nun mal so.

(Der Redner räuspert sich erneut. – Heiterkeit)

Wenn man Kinder hat, die – –

(Unruhe)

Vielleicht sollte man mir einen Tee bringen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Gute Rede! – Weitere Zurufe)

Vielleicht sollte man mir einen Tee bringen. Dann wäre es besser.

(Zuruf: Einen grünen oder einen schwarzen?)

Wenn der Ministerpräsident nicht da ist, dann Frau Finanzministerin. Frau Finanzministerin, ich nehme an, Sie haben den Kampf im Kabinett gewonnen, wer zu dieser Diskussion, zu diesem Tagesordnungspunkt reden darf.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt geht es los!)

Wir haben seit 1996 eine Aussetzung der Vermögensteuer, und diese Aussetzung gibt es aus gutem Grund. Denn wer sie wie-

der einführen möchte, der will ganz klar Steuern erhöhen. Wer sie wieder einführen möchte, steht für einen habgierigen Staat.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Bravo!)

Denn wir haben so hohe Steuereinnahmen wie noch nie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wer sie wieder einführen möchte, steht für Bürokratie, da man zur Feststellung der Freibetragsgrenze deutlich mehr Vermögensbewertungen benötigt. Wer sie wieder einführen möchte, steht für noch mehr Bürokratie, weil er dieselben Abgrenzungsprobleme bekommt wie bei der Erbschaftsteuer. Vor diesem Hintergrund ist es verantwortungslos, für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer zu werben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Die schlimmste Nebenwirkung ist aber der Substanzverzehr der Eigenkapitaldecke der familiengeführten Unternehmen. Denn selbst in Zeiten, in denen diese Unternehmen keinen Gewinn erwirtschaften, ist es notwendig, von dieser Eigenkapitaldecke hohe Entnahmen vorzunehmen, um die Vermögensteuer bezahlen zu können. Das ist etwas, was an die Substanz der Unternehmen geht.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Wer sie wieder einführen möchte, verübt einen Anschlag auf die Familienunternehmen in Baden-Württemberg,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Sehr gut!)

die nicht als Kapitalgesellschaften ausgelegt sind, und damit letztlich auf den Mittelstand und auf das Land insgesamt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Sehr gut! Bravo!)

Die Grünen, meine Damen und Herren, haben allerdings im Bund genau dies beschlossen. Dazu einige Zitate von Grünen aus dem Land. Der Ministerpräsident hat auf dem Parteitag erklärt – Frau Präsidentin, ich darf mit Ihrer Erlaubnis zitieren –: Deshalb

*müsst ihr verstehen, dass ich nicht möchte, dass diese Familienbetriebe in eine Schieflage kommen.*

Der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erklärte der Ministerpräsident am 3. August 2016 – ich zitiere –:

*Die meisten Menschen, die Vermögen haben, besitzen das in Form eines Betriebes. Wir quälen uns schon mit der Erbschaftsteuer rum. Das ist eine Substanzsteuer, die Betriebe leicht gefährden kann. Die Vermögensteuer bekommt man nicht hin, ohne dass es auf Kosten unserer Familienbetriebe geht.*

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch bringt dem Redner eine Tasse Tee. – Oh-Rufe – Beifall)

– Ganz herzlichen Dank, Frau Staatssekretärin.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Vorsicht! Langsam trinken! Ist heiß! – Abg. Nicole Razavi CDU: Vorsicht! Das ist der Tee des Ministerpräsidenten! – Heiterkeit)

– Sie hat den Tee so aufgesetzt, dass er noch erträglich ist.

Die Finanzministerin ist derselben Auffassung. Frau Sitzmann meinte:

*Wir haben ein Problem, wenn dauerhaft Substanz von Betriebsvermögen abgegraben wird.*

– Ebenfalls in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 3. August 2016. – Ich zitiere weiter:

*Ich befürchte, dass wesentliche Einnahmen gleich wieder für das Personal ausgegeben werden müssten, das die Steuer eintreibt. Das ergibt also keinen Sinn.*

(Beifall bei der FDP/DVP)

Recht hat sie, die Finanzministerin, und recht hat auch der Ministerpräsident. Allerdings stellt sich mir die Frage, Frau Sitzmann – diese Frage hätte ich gern auch dem Ministerpräsidenten gestellt, wenn er hier wäre –: Was wählen Sie denn eigentlich bei der Bundestagswahl?

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Nach diesen Beschlüssen kommen die Grünen ja wohl nicht infrage. Der Ministerpräsident hat bereits gewisse Vorlieben für andere Parteien zu erkennen gegeben – möglicherweise stimmt er auch für sie.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Nur für eine! – Abg. Nicole Razavi CDU: Für eine besondere!)

– Für eine, für die CSU.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wenn er das Programm manch anderer Parteien liest, wird er vielleicht zu dem Ergebnis kommen: Das wäre auch noch eine Möglichkeit. – Eines ist allerdings klar, Frau Sitzmann: Sie und der Ministerpräsident können bei der anstehenden Bundestagswahl eigentlich nicht die Grünen wählen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Denn solche Beschlüsse, wie Sie es auch angegeben haben, sind wohl nicht in Ihrem Sinn.

Es stellt sich auch die Frage, ob Sie überhaupt Wahlkampf für Ihre eigene Partei machen. Denn Sie können wohl kaum dafür werben, dass diese Beschlüsse in Regierungsverantwortung umgesetzt werden. Oder sind Sie dafür, dass das umgesetzt wird?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie machen sich ja Sorgen, Herr Rülke!)

– Ja, ich mache mir Sorgen um unser Land. Ich mache mir Sorgen um unseren Mittelstand.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Denn wenn dies umgesetzt wird, ist es schädlich für den Mittelstand und damit auch schädlich für unser Land, meine Damen und Herren. Das ist völlig klar.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Deshalb wird es ja auch nicht umgesetzt!)

– Bitte? Es wird nicht umgesetzt, sagen Sie?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es wird ja auch nicht umgesetzt!)

– Ja, warum haben die Grünen es dann beschlossen?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Also, wir halten fest: Kollege Schwarz stellt fest: Das, was bei Grünen-Parteitag beschlossen wird, wird niemals umgesetzt. Herzlichen Dank für diese Feststellung.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Herr Kollege Schwarz, ich hoffe, dass das auch für die anderen Projekte gilt, die beim Grünen-Parteitag beschlossen wurden, z. B. die Abschaffung des Ehegattensplittings für neu geschlossene Ehen –

(Zuruf: Hört, hört!)

also nur für die neu geschlossenen; die alten dürfen das behalten. Da würde mich interessieren, was das Bundesverfassungsgericht vor dem Hintergrund des Gleichheitsprinzips dazu sagt.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bestandsschutz!)

Verbot von Verbrennungsmotoren in Autos ab 2030 – auch dazu hat der Ministerpräsident erklärt, er sei dagegen; auch das haben die Grünen auf ihrem Parteitag beschlossen. Also wieder ein Grund, nicht die eigene Partei zu wählen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Oder: Abschaffung aller Ausnahmen vom Mindestlohngesetz, auch für Langzeitarbeitslose und Jugendliche. Was bedeutet denn das für den Mittelstand und die Wirtschaft in Baden-Württemberg? Wieder ein Grund, nicht die Grünen zu wählen.

Ich hoffe, der Ministerpräsident ist deshalb nicht da, weil er für die anstehende Bundestagswahl schon Briefwahl für eine andere Partei macht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Meine Damen und Herren, es ist doch völlig klar: Bei diesem Bundesparteitag hat der Altlinke Trittin Herr Kretschmann wieder gezeigt, wo bei den Grünen der Hammer hängt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD  
– Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Das ist das Ergebnis dieses Parteitags.

Im Wortsinn der Hammer ist aber die Ausgestaltung dieses Grünen-Beschlusses. Da wird dann erklärt: Wir wollen eine Vermögensteuer für Superreiche. Da stellt sich die Frage: Was sind Superreiche? Darauf geben die Grünen die Antwort: Was Superreiche sind, verraten wir nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Das ist der Beschluss der Grünen, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nebenab-  
sprachen!)

Vielleicht können Sie, Frau Kollegin Sitzmann, uns am heutigen Tag erklären, was Superreiche sind, vielleicht können Sie uns erklären, welche Beschlüsse denn jetzt gelten. Vielleicht können Sie uns erklären, ob es überhaupt Sinn macht, eine solche Politik zu machen. Ich sage: Nein, das macht keinen Sinn. Vor dem Hintergrund dieser Beschlüsse darf alles in diesem Land passieren, nur keine Regierungsbeteiligung der Grünen in Berlin 2017.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE er-  
teile ich das Wort Frau Abg. Walker.

**Abg. Thekla Walker GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Erst einmal wünsche ich Ihnen, Herr Rülke, natürlich gute Besserung. Vielleicht sollten Sie Ihre Stimme ein bisschen schonen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das mache  
ich abends!)

und in nächster Zeit ein bisschen zuhören. Das kann vielleicht nicht schaden.

Ich muss sagen: Es freut mich natürlich sehr, dass die FDP/DVP hier im Landtag wohl ganz fest davon ausgeht, dass die Grünen im Bund ab 2017 mitregieren werden. Ich glaube, das wäre auch sehr gut.

(Beifall bei den Grünen)

Genauso gut, wie eine grüne Landesregierung hier in Baden-Württemberg für das Land ist, wäre es selbstverständlich auch, wenn wir auch im Bund verlässliche Politik für innovative und nachhaltige Wirtschaft und zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger umsetzen können.

(Beifall bei den Grünen)

Ich kann mich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie sich deshalb so intensiv mit unseren Bundesparteitagsbeschlüssen befassen, weil Sie selbst zu den relevanten Themen

gar keine eigenen Antworten zu bieten haben – ich habe auch jetzt in Ihrer Rede keine gehört – oder weil Sie vielleicht schlicht und ergreifend weder im Bund noch im Land überhaupt irgendeine Rolle spielen.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Daniel Rottmann  
AfD)

Wo sind denn Ihre Konzepte, wo sind denn Ihre Ideen, wo sind die bundespolitischen Themen? Da ist doch völlige Fehlanzeige bei der FDP auf Landesebene und auf Bundesebene. Man hat dazu schon lange nichts mehr gehört.

(Beifall bei den Grünen)

So müssen Sie sich jetzt in Aktuellen Debatten hier im Landtag mit unseren Parteitagsbeschlüssen befassen. Das sagt schon eine Menge aus.

Ich muss sagen, als ich mich in der Vorbereitung mit der Frage beschäftigt habe: „Was hat denn die FDP in den letzten Jahren an finanzpolitisch Relevantem geboten?“, musste ich lange suchen. Ich bin aber auch fündig geworden. Dabei ist mir jedoch klar geworden, warum es Ihnen so schwer fällt, bei dem Thema überhaupt ein eigenes Angebot zu machen. Wann haben wir das letzte Mal auf Bundesebene von der FDP in diesem Rahmen etwas Relevantes gehört? Sie erinnern sich vielleicht: Hotelsteuer und Bierdeckel. Das ist ungefähr acht Jahre her. Das eine war klassische FDP-Klientelpolitik.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Das war Gleich-  
stellungspolitik, Frau Kollegin!)

Dieser Bierdeckel ist übrigens sehr schön.

(Die Rednerin hält einen Bierdeckel hoch.)

Sie erinnern sich vielleicht. Ich habe gedacht, ich halte auch mal was hoch, Herr Rülke. Damals war die FDP noch gelb. Das ist aber eine Weile her.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Jedenfalls kann man klar sagen: Das ist eine Klientelpolitik; das andere wurde in vier Jahren in der Koalition nicht umgesetzt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sind Sie  
jetzt bei der FDP oder bei den Grünen? – Zuruf des  
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Warten Sie es doch mal ab, Herr Rülke. Schonen Sie Ihre Stimme.

Insofern muss man sagen: Sie stehen jetzt wieder – ein Jahr vor der Bundestagswahl – an der gleichen Stelle. Es ist nichts Neues auf dem Tisch, abgesehen davon, dass Sie Steuersenkungen im zweistelligen Milliardenbereich, die Abschaffung des Solidaritätszuschlags

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

und vieles mehr fordern. Es ist schon bemerkenswert, wenn Sie die Erhebung von Steuern quasi mit Raubrittertum gleichsetzen. Ich weise darauf hin: Steuern sind wichtige Einnahmen für die Länder, für die Kommunen, damit wir hier in Bil-

(Thekla Walker)

derung, in Infrastruktur und in innere Sicherheit investieren können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Was sind denn Ihre landespolitischen Konzepte auf der Basis der Finanzpolitik? Ich habe von Ihnen gehört: Sie wollen die Landesstiftung und den Flughafen privatisieren. Sie wollen also unser Vermögen verscherbeln.

(Beifall der Abg. Andrea Schwarz GRÜNE)

Zuletzt haben Sie hier an dieser Stelle – vor ein paar Wochen haben wir über die Erbschaftsteuer gesprochen – ernsthaft dafür plädiert, den Kompromiss im Bundesrat platzen zu lassen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

und die ganze Sache dem Verfassungsgericht zu überantworten. Dabei wäre selbstverständlich keine unternehmerfreundliche, keine mittelstandsfreundliche Lösung herausgekommen, und das wissen auch alle. So sieht die mittelstandsfreundliche Politik der FDP in Baden-Württemberg aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Winfried Kretschmann dagegen hat mehrfach an wesentlichen, relevanten Themen bewiesen –

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

ob es um die Erbschaftsteuer geht, ob es um den Bund-Länder-Finanzausgleich geht –, dass wir die Finanzkraft des Landes gestärkt haben, und zwar, ohne den Mittelstand zu belasten.

Ich komme nun gern noch zu den Beschlüssen, die wir in Münster

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Zum eigentlichen Thema!)

gefasst haben und die Ihnen, wie wir gerade gehört haben, sehr wichtig sind. Es ist ganz klar: Natürlich werden auf Parteitagen relevante Themen diskutiert – kontrovers, offen und öffentlich.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich beim Stichwort „öffentlich“ auf die AfD Baden-Württemberg und ihr abstruses Demokratieverständnis hinweisen, die Presse auszuschließen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Wir Grünen stehen zu dem aus der Verfassung abgeleiteten Grundsatz, dass starke Schultern mehr tragen können als schwache. Das ist der Grundsatz der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, für den wir eintreten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir wollen, dass es Chancengerechtigkeit hier im Land gibt; diese ist gerade für die Wirtschaft wichtig. Wer in Deutsch-

land über längere Zeiträume über wenig Einkommen oder Vermögen verfügt, hat faktisch kaum Chancen, diese Situation zu ändern.

Es ist auch schlicht fatal – selbst wenn man die Gerechtigkeitsfrage einmal ausblendet –: Wir können es uns angesichts des Fachkräftemangels nicht leisten, auch nur ein einziges Talent nicht zu fördern. Wir können es uns auch angesichts des demografischen Wandels nicht leisten, einen wachsenden Teil der Bevölkerung in die Altersarmut abrutschen zu lassen.

Das heißt, wir wollen natürlich in die Unternehmen des Landes investieren, in die Infrastruktur, damit die Unternehmen des Landes international wettbewerbsfähig sind. Aber die öffentliche Hand muss auch in der Lage sein, die notwendigen Grundlagen dafür zu schaffen und in Bildung, Ausbildung, Forschung und Infrastruktur zu investieren.

Wir haben deshalb in Münster beschlossen, besonders hohe Privatvermögen stärker für diese Aufgaben des Staates in die Verantwortung zu nehmen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie hoch?)

Aber, Herr Rülke, wir haben dafür auch harte Leitplanken und Kriterien formuliert: Eine solche Vermögensteuer muss verfassungsfest sein,

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

sie muss ergiebig sein, und sie darf weder Arbeitsplätze noch Innovationskraft von Unternehmen gefährden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das sind klare Vorgaben, die eingehalten werden müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich sage ganz offen und ehrlich: Dieses Modell sehe ich noch nicht.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Arbeiten Sie weiter an der Quadratur des Kreises?)

Wir haben uns natürlich auch – viele von uns, auch aus Baden-Württemberg – für einen anderen Weg eingesetzt. Jetzt haben wir die Beschlusslage. Es handelt sich nicht um ein abschließendes Konzept, das beschlossen worden ist, sondern um einen ganz klaren Arbeitsauftrag mit Kriterien und Leitplanken. Wir, auch die Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg, werden sehr genau darauf achten, dass diese Kriterien eingehalten werden.

(Beifall bei den Grünen)

Es gibt noch vieles mehr, was wir beschlossen haben und was Sie nicht erwähnt haben,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Uns reicht das schon! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

was äußerst wichtig ist, um die Einnahmen des Staates zu sichern. Wir reden über Steueroasen, Steuerschlupflöcher, die

(Thekla Walker)

zu schließen sind. Es geht um zig Milliarden Euro, die am Fiskus vorbeigeschleust werden. Das können wir nicht hinnehmen. Es ist auch für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland nicht mehr nachvollziehbar, dass die Großen absahnen und die Kleinen brav ihre Steuern hier zahlen. Außerdem – wie ich schon gesagt habe – haben wir, hat der Staat dringend nötige Sanierungen und Investitionen zu tätigen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Deswegen haben wir in Baden-Württemberg auch 600 Stellen in der Finanz- und Steuerverwaltung geschaffen, damit es gerecht zugeht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Noch mehr Stellen?)

Wir investieren in die Infrastruktur des Landes

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

und stärken damit die Unternehmen und den Mittelstand.

(Beifall der Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Nicole Razavi CDU)

Wir stellen 100 Millionen € für die Digitalisierung bereit, haben den Unterrichtsausfall an beruflichen Schulen halbiert, die Elektromobilitätsinitiative III gestartet und die frühkindliche Bildung ausgebaut. Wir investieren in Wissenschaft, Forschung und exzellente Universitäten. Wir sanieren Gebäude des Landes, Hochschulen, Brücken und Landesstraßen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Sie sehen also: Wir Grünen diskutieren auf unseren Parteitag über die relevanten gesellschaftlichen Themen. In Regierungsverantwortung stärken wir die Wirtschaft und den Mittelstand mit unserem konkreten politischen Handeln. Wir haben dabei die ganze Gesellschaft im Blick und spielen eben nicht unterschiedliche Interessen gegeneinander aus.

Vielleicht fangen Sie einmal an, sich ernsthaft mit diesen Fragen zu beschäftigen, auch eigene Konzepte vorzulegen. Vielleicht interessiert sich dann auch wieder jemand für die FDP.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Mack das Wort.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf dem Parteitag der Grünen in Münster hat Ministerpräsident Kretschmann eine wirklich beachtliche Rede gehalten. Ich möchte mich heute auseinandersetzen mit den Argumenten dieser Rede und den Argumenten der Gegenrede von Jürgen Trittin, die fundamental in eine andere Richtung gezeigt hat als die Rede von Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Allerdings!)

Kretschmann hat sich auf dem Parteitag in Sachen Vermögenssteuer gegen die übergroße Mehrheit gestellt und hat dort die Sicht der Bürgerinnen und Bürger aus Baden-Württemberg eingebracht, und er hat das Ganze in einen größeren Kontext gestellt. Er hat nämlich diejenigen Themen angesprochen, mit denen sich alle Parteien beschäftigen sollten.

Wir müssen erkennen, dass wir in Deutschland in einer neuen politischen Zeit leben und dass erhebliche Anstrengungen notwendig sind, um die Grundwerte unserer freiheitlichen Gesellschaft und unserer Demokratie zu verteidigen und zu sichern.

Es geht darum, dass wir, dass die demokratischen Parteien auf diejenigen Bürgerinnen und Bürger zugehen, die schon lange nichts mehr von der Politik wissen wollen oder vom Staat enttäuscht sind. Wir müssen die Demagogen entlarven und dürfen nicht diejenigen Menschen, die anderer Meinung sind, einfach ausgrenzen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir dürfen diesen keinesfalls mit moralischer Überheblichkeit begegnen. Viele Menschen – das hat Ministerpräsident Kretschmann angesprochen – fühlen sich abgehängt. Bei diesem Gefühl stehen kulturell-identitäre Fragen im Mittelpunkt. Diese Statusunsicherheit lässt sich nicht einfach mit sozialpolitischen Maßnahmen lösen.

In dieser Situation, sagt Kretschmann, sei es der völlig falsche Weg, jetzt mit der Vermögenssteuer zu kommen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD und der FDP/DVP)

Das sei ein Fass mit riesiger Sprengkraft, das da aufgemacht werde und jedem Demagogen die Argumente vor die Haustür liefere.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Das war das Hauptargument von Winfried Kretschmann gegen die Vermögenssteuer.

Nur: Was hat Trittin gesagt? Wie hat er die Abstimmung auf dem Parteitag gewonnen? Er hat gesagt: „Deutschland ist ein Steuersumpf für Vermögen.“ In der FAZ erschien dazu unter der Überschrift „Vom Segen einer Superreichensteuer“ ein Artikel von ihm. „Vom Segen einer Superreichensteuer“! Dazu fällt mir nur ein: Wenn Trittin das Land segnet, dann musst du Angst vor Missernte haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Zuruf: Bravo!)

Die Vermögenssteuer ist eine Substanzsteuer, genauso wie die Erbschaftsteuer und die Grundsteuer. Es wurde schon gesagt: Das Problematische an Substanzsteuern ist, dass sie in das grundgesetzlich geschützte Eigentum eingreifen. Auch ertraglose Vermögen werden besteuert. Sie wirkt krisenverschärfend, da sie auch anfällt, wenn Verluste erwirtschaftet werden, und sie ist eine Doppelbesteuerung, wenn das Vermögen aus bereits versteuertem Einkommen angespart wurde.

Jetzt muss man doch einmal sehen, was in Deutschland passiert ist. 1997 ist die Vermögenssteuer weggefallen. Wir haben

(Winfried Mack)

aber trotzdem beim Aufkommen aus den Substanzsteuern ein Plus von 24 % gegenüber 1997. Das heißt, das Aufkommen aus den Substanzsteuern ist in Deutschland angestiegen, obwohl die Vermögensteuer weggefallen ist. Das liegt daran, dass sich das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer verdreifacht hat und das Aufkommen aus der Grundsteuer von 7 auf 11 Milliarden € gestiegen ist.

Wir haben uns bei der Erbschaftsteuer in einem langen Kompromissverfahren genau darauf verständigt, dass wir einerseits Verteilungsgerechtigkeit herstellen wollen, dass aber andererseits das Häusle, das der Vater oder die Mutter an die Kinder vererben, geschützt ist – und genauso der Betrieb mit seinen Arbeitsplätzen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das war doch nie strittig!)

Ansonsten haben wir bei der Erbschaftsteuer – das ist in Deutschland die wesentliche Substanzsteuer – beachtliche Steuersätze. Wir haben Steuersätze von 7 bis 50 %. Und jetzt sagt Trittin, dass er eine Superreichensteuer will. Erinnern wir uns daran, dass uns neulich im Zusammenhang mit der November-Steuerschätzung ein Fall in Baden-Württemberg genannt wurde, in dem einer 150 Millionen € an Erbschaftsteuer gezahlt hat – ein einziger Fall.

(Zurufe von den Grünen)

Also: Wir haben doch eine Besteuerung, mit der diese Fälle erfasst werden. Aber sie werden, Herr Kollege Hermann, im Rahmen der Erbschaftsteuer erfasst, und Sie wollen jetzt noch die Vermögensteuer obendrauf packen. Das passt doch nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Trittin ignoriert dies alles. Er will eine Superreichensteuer. Diese Superreichensteuer soll weniger als 1 % der Bevölkerung – also praktisch niemanden – betreffen, soll aber ergiebig sein und das Doppelte des Erbschaftsteueraufkommens, nämlich 10 Milliarden €, bringen. Eine Steuer, die niemanden betrifft, aber 10 Milliarden €, das Doppelte des Erbschaftsteueraufkommens, bringt – wie soll es die denn geben? Wer wären denn die Dummen? Die Dummen wären die normalen Bürger, die aus ihrem Ersparten die Vermögensteuer auf das Ersparte zahlen müssten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So ein Unfug!)

Deswegen wollen wir diese Vermögensteuer nicht.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Wer morgens aufsteht, arbeitet, seine Steuern zahlt und dann für seine Familie etwas zurücklegt, der darf nicht bestraft werden.

Trittin spricht vom „leistungslosen Einkommen“. In wie vielen Bereichen arbeitet die ganze Familie mit? Im Handwerk, in der Landwirtschaft, in der Gastronomie. Leistung, Anstrengung, Risikobereitschaft,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das kennt der gar nicht!)

Entbehrung. Die Generationen halten zusammen. Und dann kommen wir und sagen: „Wir machen noch eine Vermögensteuer obendrauf und bestrafen diese fleißigen Leute“? Das kann es nicht sein; das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Deshalb ist die Warnung von Ministerpräsident Kretschmann, die Vermögensteuer würde den Mittelstand in Baden-Württemberg beschädigen und die Stabilität des Landes gefährden – so hat er es gesagt –, hundertprozentig richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Was sagt Trittin darauf? Trittin sagt: „Das hat nichts mit einer Gefährdung des Mittelstands zu tun. Denn 90 % der Gewinne werden heute entnommen und nicht mehr im Unternehmen reinvestiert. Früher sind es nur 75 % gewesen.“ Nur: In welchem Film ist Trittin? Wenn es um entnommene Gewinne geht, sind wir bei der Einkommensteuer, nicht aber bei der Vermögensteuer. Das heißt: Er hat Äpfel mit Birnen verwechselt.

Die Wiedereinführung der Vermögensteuer wäre ungerecht, wäre sozial- und gesellschaftspolitisch der falsche Weg. Interessanterweise hat die große Mehrheit der Grünen in Münster mit ihrem Beschluss zur Vermögensteuer und anderen linken Selbstvergewisserungen ihr Heil in den einfachen Antworten gesucht. Die Warnung von Kretschmann – die muss man sich auf der Zunge zergehen lassen; er hatte gefordert, den Demagogen entgegenzutreten – wurde in den Wind geschlagen. Stattdessen werden Neiddebatten geführt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Kretschmann hat Folgendes gesagt: Rechtspopulisten verquicken die soziale mit der kulturellen Polarisierung. Dies birgt enormen sozialen Sprengstoff. Da kannst du doch darauf warten und die Uhr danach stellen, dass diese sagen: „Ihr wollt doch nur die Vermögensteuer einführen, um die Flüchtlingskosten zu bezahlen.“ Das meint Kretschmann damit.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, deswegen ist es notwendig, dass wir den Demagogen entgegnetreten und ihnen nicht zusätzliches Futter liefern.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da muss man aber auch andere Argumente bringen als diese!)

Von Baden-Württemberg muss das Signal ausgehen: Wir sind die Stimme der Vernunft, und wir legen den Demagogen das Handwerk.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen in zentralen Fragen des Zusammenlebens einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens. Ich glaube, dass wir in diesem Parlament

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

auch den Willen haben, diesen zu finden.



(Winfried Mack)

Es geht um das Verhältnis von Heimatverbundenheit und Weltoffenheit, um kulturelle Selbstbehauptung und Respekt gegenüber dem Fremden, um Subsidiarität und Europa. Wenn wir da weiterkommen in der Koalition, aber auch im Parlament, dann hätten wir etwas erreicht, meine Damen und Herren.

Die Zeiten sind zu schwierig, als dass man meinen könnte, mit einem solchen Projekt einer Superreichensteuer

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit der Grunderwerbsteuer?)

Stimmung machen zu können. Damit gewinnt man keine Bundestagswahl.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Während die von Herrn Ministerpräsident Kretschmann so überaus geschätzte Bundeskanzlerin Merkel von Zeit zu Zeit doch einen feinen Sinn für höhere Symbolik und einen gewissen Humor – und sei es auch Galgenhumor – erkennen lässt, wenn sie z. B. als Tag ihrer Ankündigung einer erneuten Kanzlerkandidatur ausgerechnet den Totensonntag auswählt –

(Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Was für ein Spaß! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Beispielloser politischer Abstieg!)

da hört man das Totenglöcklein dieser Regierung förmlich klingen –, geht es bei den Grünen selbst wie eh und je eher sauertöpfisch, humorlos und krass ideologisch zu, und das seit reichlich 30 Jahren.

(Zurufe)

Zwei Kernmerkmale kennzeichnen ihre Politik von Anbeginn an: erstens die Tendenz zu hemmungsloser Regulierung und Volksumerziehung,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Richtig!)

zweitens die Neigung zu möglichst hoher Besteuerung und ständiger weiterer Ausdehnung des Staatsanteils am gesellschaftlichen und ökonomischen Geschehen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Sie sind halt totalitär!)

Sie sind wie keine zweite Partei – das schaffen in dieser Gründlichkeit nicht einmal die Sozialdemokraten – die politische Gruppierung der Bevormundung und der fiskalischen Ausbeutung der Bevölkerung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Man muss sich so langsam wirklich Sorgen um den Zustand unserer grünen Fiskaljunkies machen,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

die tagaus, tagein damit beschäftigt sind, die Steuerdosis noch zu erhöhen. Dabei ist die Steuerüberdosis doch längst erreicht. Das dürfte jedem crystal- – Verzeihung –, kristallklar sein, sofern er nicht fiskalisch ob der ständigen neuen Rekordsteuereinnahmen bereits berauscht ist,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

wie es die Grünen offenbar sind. Stets auf der Suche nach neuen Verboten und Steuern – da sind sie sehr kreativ; das sei hier konzediert – kam den grünen Klassenkämpfern nun also – zum wievielten Mal eigentlich? – wieder einmal – zum x-ten Mal – die Vermögensteuer in den Sinn.

Allen Grünen? Nein. Ein einsamer Landesverband unter Führung des verehrten Herrn Ministerpräsidenten leistete auf dem Parteitag der Grünen erbitterten Widerstand und warnte in Münster vor der Wiedereinführung dieser Steuer.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Das können Sie nur wissen, weil die Presse dabei war! – Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

– Vielleicht lernt man auch in Ihrer Partei noch den Unterschied zwischen einem Parteitag und einer Listenaufstellungsversammlung; dann würden Sie das verstehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Oje, oje! – Abg. Reinhold Gall SPD: Zwei Tage lang Kandidatenaufstellung!)

– Schön, dass Sie sich so mit unserer Listenaufstellung befassen.

Völlig richtig hat Herr Kretschmann erkannt – ich erlaube mir zu zitieren, Frau Präsidentin –:

*Wir quälen uns schon mit der Erbschaftsteuer herum. Das ist eine Substanzsteuer, die Betriebe leicht gefährden kann.*

Weiteres Zitat:

*Die Vermögensteuer bekommt man nicht hin, ohne dass es auf Kosten unserer Familienbetriebe geht.*

Chapeau, Herr Kretschmann – schade, dass er nicht da ist, wenn ich ihn schon mal lobe –,

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

so viel Einsicht hätte ich von Ihnen gar nicht erwartet.

Es freut mich auch, dass meine Plenarrede zur Erbschaftsteuer von vor ein paar Wochen so viel Wirkung bei den Grünen gezeigt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Oh ja!)

Das sagen wir ja immer: „AfD wirkt“ – nun sogar bei vereinzelt Grünen; immerhin.

Natürlich ist die Vermögensteuer abzulehnen. Frau Walker, Sie sagen, da sei keine Gegenkonzeption erkennbar. Die Ge-

(Dr. Jörg Meuthen)

genkonzeption ist einfach die Nichtwiedereinführung der Vermögensteuer; denn wir brauchen sie nicht, ganz simpel.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Einfach mal zurückhalten!)

Hierfür gibt es eine Vielzahl von seit Jahren jedem mit der komplexen Materie Vertrauten bestens bekannten Gründen.

Die hohe Belastungswirkung ist für Unternehmen wettbewerbsgefährdend; das ist eine Binsenweisheit. Es ist eine Illusion, anzunehmen, dass die Vermögensteuer nur einige wenige Superreiche – wer ist das überhaupt? – treffen würde. Laut DIW wären vor allem Betriebsvermögen betroffen; bis zu 90 % des Aufkommens würden auf Unternehmen entfallen. Das wäre eine unzumutbare Belastung für die Unternehmen, zumal die Vermögensteuer nur sehr begrenzt auf die Höhe der tatsächlich erwirtschafteten Gewinne Rücksicht nimmt, sodass sie sich natürlich in schlechten Jahren umso stärker auswirkt. Das würde in Krisenzeiten vor allem den Mittelstand, die kleinen und mittleren Unternehmen und die ertragschwachen Betriebe treffen. Denn wenn keine Erträge vorliegen, dann geht es nun mal an die Substanz; da beißt die Maus keinen Faden ab. Wenn die Substanz veräußert werden muss, um die Vermögensteuer zu bezahlen, sind am Ende Arbeits- und Ausbildungsplätze in höchster Gefahr.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Erhebung einer Vermögensteuer wirkt zwangsläufig krisenverschärfend. Die großen und mächtigen Unternehmen und Konzerne würden das noch irgendwie gebacken bekommen. Sie sind häufig flexibel, weichen angesichts solcher Belastungen gern bei der Betriebsstättenwahl ins Ausland aus. Aber auch sie mit der Vermögensteuer derart zu verprellen ist fatal, leisten sie doch bereits bei Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer einen substanziellen Beitrag zum Steueraufkommen und schaffen die hier dringend benötigten Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Kleine und ortsgebundene Unternehmen hingegen haben häufig erst gar keine Ausweichmöglichkeiten und sind verglichen mit internationalen Großunternehmen benachteiligt, müssen sie doch ohne Möglichkeiten zu einer legalen Steuerausweichung mit einer Vermögensteuer zusätzliche Kosten tragen. Das ist ein riesiger Nachteil im internationalen Wettbewerb.

Neben der wie bei der Erbschaftsteuer unvermeidbaren Problematik der Substanzbesteuerung diskriminiert die Vermögensteuer überdies zwangsläufig – das ist sehr wichtig – die Eigenkapitalbildung. Sparen und Vermögensbildung, das Schaffen eines möglichst soliden Eigenkapitals zu bestrafen ist aber auch das exakte Gegenteil ökonomischer Vernunft.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Gerade der deutsche Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft, hat bis heute im internationalen Vergleich sowieso eine zu geringe Eigenkapitalquote. Genau das würde mit einer Wiedereinführung der Vermögensteuer noch unattraktiver, und somit würden geradezu systematisch Fehlanreize gesetzt.

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Aber was stört das die krass neidgesteuerten sowieso bar jeder eigenen unternehmerischen Fähigkeiten und jedes unternehmerischen Denkens letztlich völlig unverdächtigen Linksideologen und Umverteilungs-Ultras vom Schlage eines Jürgen Trittin,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Genau!)

die sich auf dem Parteitag der Grünen – zum Leidwesen von Ihnen – deutlich durchgesetzt haben? Um unternehmerischen Erfolg, um hohe Wertschöpfung und privatwirtschaftliche Arbeitsplätze scheren sich diese komplett leistungsfreien Zeitgenossen nun wirklich nicht. Im Gegenteil: Es kann ihnen gar nicht genug Staat sein – das wurde in Ihrer Rede, Frau Walker, auch deutlich –, und da kommt die Vermögensteuer eben gerade recht.

Die Einführung einer Vermögensteuer stiftet außerdem ein enormes bürokratisches Wirrwarr. Jeder, der sich mit der Geschichte der Vermögensteuer auseinandergesetzt hat, weiß das. Zwischen Privat- und Betriebsvermögen abzugrenzen ist schwierig bis unmöglich. Die Erfassung und Bewertung von Vermögen ist aufwendig, kostenintensiv und nicht zuletzt wegen konjunktureller Schwankungen und oft fehlender Marktwerte besonders kompliziert. Hier sind Konflikte vorprogrammiert, und das kann einfach nicht das Ziel sein.

Zu der Substanzbesteuerungproblematik und den Fehlanreizen kommt – das ist allen Fachleuten, Steuerrechtlern wie Finanzwissenschaftlern, seit Jahrzehnten hinlänglich bekannt – eine ebenfalls letztlich nicht verfassungsfest lösbare Bewertungsproblematik hinzu. Die Literatur dazu füllt Bände, und das war ein weiterer Grund für die Aussetzung der Vermögensteuer, was von Ihnen geflissentlich ignoriert wird.

Noch etwas kommt hinzu: Die wirtschaftlich sinnvoll anmutende Forderung nach einer Privilegierung von Betriebsvermögen bei der Ausgestaltung der Vermögensteuer steht in einem unauflösbaren Widerspruch zu den Anforderungen des Gleichheitsgrundsatzes. Wenn Sie sagen, das müsse man verfassungsfest machen, dann sage ich Ihnen, dass das der Quadratur des Kreises gleichkommt. Das funktioniert nicht. Daran haben sich schon viele versucht und sind daran gescheitert.

All das ist seit Langem auch allgemein bekannt. Insofern ist die Forderung nach einer Wiedereinführung der Vermögensteuer nichts als ein wirklichkeitsferner und blanker Populismus der intellektuell unterbelichteten Apologeten der reinen Neidgesellschaft, nichts anderes.

(Beifall bei der AfD)

Für jeden vernunftbegabten Menschen, der bereit ist, sich nur eine Weile damit zu befassen, ist unstrittig: Die Vermögensteuer ist grundsätzlich aus vielerlei Gründen abzulehnen. Sie ist ein Auslaufmodell. Es besteht – Herr Rülke hat bereits darauf hingewiesen – nicht die geringste Notwendigkeit, neue Steuern einzuführen. Die Steuereinnahmen sprudeln wie nie zuvor. Fast 700 Milliarden € stehen Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr zur Verfügung; bis 2020 werden es sogar 800 Milliarden € sein – ohne Vermögensteuer. Wenn der Staat dann trotzdem Defizite einfährt, dann haben wir es doch nicht mit einem Einnahme-, sondern mit einem Ausgabenproblem zu tun. Leider hatte der Wirtschaftsnobelpreisträger

(Dr. Jörg Meuthen)

Friedman wohl recht, als er schrieb, dass höhere Staatseinnahmen kaum das Defizit verringern könnten, da die regierenden Parteien nimmer satt zu bekommen seien, wenn es um Mehrausgaben gehe. Und die Grünen liefern dafür das allerbeste Beispiel.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Raimund Ha-ser CDU)

Anstatt also den Bürger mit weiteren Steuern zu drangsalieren, sollten die uns noch Regierenden besser damit aufhören, Steuergelder zu verschwenden, und sich endlich in wirklicher Haushaltsdisziplin üben. – Wir haben ja bald hier im Hause Gelegenheit dazu.

Die vorhandenen Mittel gilt es besser einzusetzen, etwa in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Da wäre ich ganz bei Ihnen. Mit Bildung meine ich allerdings nicht die Gemeinschaftsschule, mit Forschung nicht Gender-Gaga und mit Infrastruktur ganz gewiss nicht den Flughafen Berlin-Brandenburg.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Nein, meine Damen und Herren, die Vermögensteuer nützt niemandem außer denen, die versuchen, aus ihr politisches Kapital zu schlagen, indem sie Unwissenheit und Neidinstinkte ausnutzen. Das, was die Grünen machen, ist das, was sie uns immer vorwerfen, nämlich postfaktische Politik. Es geht ihnen nicht um Wahrheit, Fakten und volkswirtschaftliche Vernunft, sondern schlichtweg um Emotionen. Das Wesensmerkmal der Sozialisten jeglicher Couleur: Sie sind die großen Vereinfacher, nicht wir.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Mit Sorge muss ich nun konstatieren, dass die Linksaußerkräfte bei den Grünen gerade dabei sind, das Ruder zu übernehmen, und das bürgerliche Aushängeschild eines Herrn Kretschmann offenbar nicht mehr brauchen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schaufens-ter!)

Der wird von ihnen doch nur noch am Nasenring durch die Manege geführt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Jawohl!)

Man nutzt ihn noch ein Weilchen, den Kretschmann.

(Beifall bei der AfD)

Er ist halt so ein netter Wählerstimmenmagnet und als solcher einstweilen noch brauchbar, wenn auch für die eigentlichen Richtungsentscheidungen nicht mehr benötigt.

Es bleibt dabei:

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Die Grünen huldigen ihrem ausgeprägten Fiskalfetischismus, und Kretschmann und die Seinen haben dabei absolut nichts mehr zu melden.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Dr. Meuthen.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD:** Das mache ich.

Letzter Satz: Der Linksrutsch dieser Partei ins offene Sozialistische ist unübersehbar und, wie es scheint, auch unaufhaltsam. Gehen Sie davon aus, dass meine Partei sich dem mit aller Entschlossenheit widersetzen wird.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Vielen Dank. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Schön, dass die Trennlinien hier im Haus offenbar die zwischen „belichtet“ und „unterbelichtet“ sind. Das ist ein toller neuer Einfall.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Eindeutig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Ziemlich hochnäsiger, würde ich dazu sagen!)

Eine Sache, die wir hier auch klären werden, ist, dass wir diesen Ton von Ihnen hier nicht länger akzeptieren. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die SPD könnte bei dieser dankenswerten Debatte, Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, eigentlich die Sache klar abgesteckt sein, und wir könnten vielleicht eher ein bisschen zuschauen. Die mittelständische Wirtschaft wird von der Sozialdemokratie in Baden-Württemberg immer das Prä haben, dass wir für gute Rahmenbedingungen sorgen wollen. Dafür haben wir auch in den letzten fünf Jahren Nachweise geliefert. Wir sind dafür, dass wir bei dem Thema Vermögensteuer immer daran denken, dass es das Ziel sein muss, die betrieblichen Vermögen zu schonen und Arbeitsplätze zu sichern. Auch das ist für uns klar. Es ist auch klar, dass die Erbschaftsteuerreform so, wie wir diese angepackt haben, gezeigt hat, dass wir diesen Kurs politisch durchhalten können – Unterscheidung zwischen betrieblichem und privatem Vermögen. All das ist bei diesem Thema klar.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Trotzdem werden wir uns bei der Vermögensteuer, die von der Regierung Konrad Adenauer, CDU/CSU und FDP, eingeführt wurde, die von der Regierung Kohl ausgesetzt worden ist und die vom Verfassungsgericht nicht verworfen worden ist – es wurde nur klar, dass es eine Gleichheit bei der Besteuerung der verschiedenen Arten von Vermögen geben muss –, nicht zur Seite stellen, sondern wir werden diese Debatte führen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Wann?)

und zwar genau deswegen, weil, wie ich gerade sehe, einige hier das Schutzschild des Mittelstands nutzen – um den es hier überhaupt nicht geht –, um eine Debatte, die sie selbst nicht

(Peter Hofelich)

führen wollen, nämlich eine Debatte über die Frage der Gerechtigkeit in diesem Land, nicht führen zu müssen. Sie wollen sich dahinter verstecken. Das ist doch unglaublich!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut! Bravo! – Abg.  
Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Aber es geht auch dar-  
um! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Herr Mack, Ihre Rede war großes Kino: Ingmar Bergman, „Szenen einer Ehe.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei  
Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Jörg Meu-  
then AfD)

Was hier zur Debatte steht, ist, dass das Land Baden-Württemberg sich einmischt und dass wir uns nicht durch einen Ministerpräsidenten, der zu den Unbeweglichen in der bundespolitischen Debatte gehört, am Ende noch marginalisieren lassen – Baden-Württemberg als Südweststaat mit seinen starken wirtschaftlichen Verflechtungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das Letzte, was uns hilft, ist dieser nationalistische Ansatz, Baden-Württemberg sei für sich eine Insel und wir müssten aufpassen, dass hier ja niemand weggeht. Wir sind ein international verflochtenes Land, offen, liberal und sozial, und wir sind davon abhängig, dass die Menschen so denken, dass sie über ihren eigenen Egoismus hinaus in diesem Land Verantwortung tragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Daniel Rottmann AfD:  
Schön, dass Sie es auch gemerkt haben!)

Joe Kaeser, der Vorstandsvorsitzende von Siemens, hat in dieser Woche in der „Süddeutschen Zeitung“ vor den sozialen Folgen der Digitalisierung gewarnt. Er hat – man höre – ein Grundeinkommen für alle gefordert.

Es gibt eine schöne Koinzidenz. In der heutigen Ausgabe der „Stuttgarter Zeitung“ und in anderen Zeitungen wird mit dem Global Wealth Report der Credit Suisse aufgezeigt, wie die Spreizung der Vermögensverhältnisse in Deutschland und in der Welt zunimmt.

Umfragen in der Bevölkerung zeigen klar, dass die Menschen in Deutschland wollen, dass hohe Vermögen stärker besteuert werden. Deswegen frage ich Sie von AfD, CDU, FDP/DVP und Herrn Kretschmann: Glauben Sie wirklich, dass diese Debatte der Meinung des Volkes von Baden-Württemberg gerecht wird? Ich glaube das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Anton Baron  
AfD)

Wir führen keine Neiddebatte, sondern wir führen eine Debatte über die Fakten.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Seit wann?)

1,6 Millionen Menschen in Deutschland sind nach Aussage des Global Wealth Reports – das ist heute nachzulesen – so-

genannte Dollar- oder Euromillionäre. 2,1 Millionen Menschen werden es im Jahr 2021 sein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Lauter Neidargu-  
mente! Neid, Neid, Neid! – Zuruf des Abg. Daniel  
Rottmann AfD)

Deutschland und somit auch Baden-Württemberg als Teil von Deutschland verzeichnen weltweit den dritthöchsten Anstieg bei der Zahl der Millionäre. Weltweit betrachtet besitzt das oberste 1 % der Bevölkerung 50,8 % der Haushaltsvermögen. Wollen wir über das alles hinwegsehen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Gleichzeitig steigt das Durchschnittseinkommen auf 53 000 €. Damit rückt das Einkommen der Mittelschicht – das Einkommen von Facharbeitern, Handwerkern, Ingenieuren sowie Verkäuferinnen und Verkäufern – immer näher an die Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz gilt, heran.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wer regiert denn  
in Berlin? – Abg. Anton Baron AfD: Sie sind doch in  
der Regierung!)

Deswegen muss die Grenze für den Spitzensteuersatz höher angesetzt werden. Wir führen eine Debatte über die Mittelschicht in Deutschland, die entlastet werden muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Von  
wegen! Wunschträumerei! – Zuruf des Abg. Dr. Jörg  
Meuthen AfD)

– Papperlapapp, AfD. Das, was Sie hier reden, ist von den Interessen Ihrer Wählerinnen und Wähler meilenweit entfernt. Das will ich Ihnen auch einmal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Daniel  
Rottmann AfD: Von wegen! – Weitere Zurufe von der  
AfD)

Es geht dabei nicht allein um die Frage der Gerechtigkeit – darauf wollen die Strategen von den Grünen die SPD möglicherweise gern reduzieren –, sondern auch um die Frage der gesellschaftlichen Dynamik. Wenn sich die Gier der wenigen in die Motivation der vielen hineinfrisst – darum geht es bei der Frage nach der Steuergerechtigkeit für die Mittelschicht –, dann haben wir in diesem Land ein Problem. Das ist die eigentliche Debatte, die wir in diesem Landtag zu führen haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich  
Fiechtner AfD)

Deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir bei der Einkommensteuer etwas tun. Wer die Menschen über die Einkommensteuer entlastet und bei der Gegenfinanzierung allein auf die indirekten Steuern setzt – diese machen heute schon 60 % der Steuereinnahmen aus –, der liegt falsch.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Allein sozusagen diejenigen mit dem besseren Lebensstil über die Mehrwertsteuer, EEG-Umlage, alles, was indirekte Steuern sind, zu belasten, ist nicht der Weg, den die Sozialdemo-

(Peter Hofelich)

kratie gehen wird. Wir müssen schon auch schauen, was bei den Substanzsteuern ein richtiger Beitrag derjenigen ist, die in diesem Land sehr viel vom großen Wohlstandskuchen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Bei dieser Debatte schlägt sich Ministerpräsident Kretschmann in die Büsche. Er sagt einfach der Zeitung: „Ich bin dafür, dass man Steuerhinterziehung bekämpft.“ Als Nils Schmid hier im Feuer stand, hat er sich heldenhaft vor ihn gestellt; wir erinnern uns alle richtig. Kretschmann sagt: „Es gibt eine Abgeltungssteuer, die wir noch in die Einkommensteuer hineinbringen wollen“, und das ist es dann, weiter nichts. Das halte ich für schwach. Er stilisiert sich selbst hier in Baden-Württemberg als ein Hüter einer Romantik, und er ist nicht in der Lage, eine bundespolitische Debatte zu führen, wie sie auf dem Bundesparteitag der Grünen zu Recht – vielleicht holzschnittartig – geführt worden ist. Aber er hält sich raus, indem er hier „bella figura“ macht und guckt, dass der Haushalt, der ja in den vergangenen Jahren angehäuelt worden ist, insgesamt stimmt. Frau Sitzmann kann glücklich sein über das, was geschehen ist. Aber er hält sich raus aus einer Debatte, die geführt werden muss, nämlich wie Teilhabe in diesem Land funktioniert und wer in der Lage sein muss, dazu mit Vermögen auch beizutragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD)

Steuern sind kein Selbstzweck. Es gibt Aufgaben des Staates; der Staat muss handlungsfähig sein, er muss sich kümmern können, er muss wichtige Investitionen angehen. Da stimme ich Frau Walker voll und ganz zu; da sind wir auch weiterhin einer Meinung.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Er muss mal Recht und Ordnung wiederherstellen!)

Aber es ist an dieser Stelle auch klar – für all diejenigen, die hier gerade die Apologeten der freien Marktwirtschaft sind –: Ein immer größerer Teil des handlungsfähigen Staates wird dadurch absorbiert, dass wir Aufräumarbeiten leisten müssen für das, was der Turbokapitalismus in den letzten zehn, 20 Jahren in diesem Land angerichtet hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es! – Zuruf von der AfD: Nur Schlagworte!)

So ist es halt. Schauen wir einmal das an, was in der Bildung heute notwendig ist.

Steuergerechtigkeit ist das, was wir hier wollen. Dafür brauchen wir eine stärkere Steuerverwaltung. Die haben wir in den letzten Jahren auch tatsächlich geschaffen, und das muss weitergehen. Steuergerechtigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerungsverfahren sind notwendig. Das gilt für die Steuerfahndung, für die Betriebsprüfung, es gilt auch für den Innendienst in unseren Finanzämtern. Dahinter stehen wir. Wir wollen, dass das auch ausgebaut wird, meine Damen und Herren, wir wollen, dass das, was dem Staat zusteht, auch beim Staat ankommt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Ah ja!)

Eines will ich Ihnen sagen: Was wir hier nicht mittragen werden, ist, dass wir am Ende diejenigen, denen es wirklich schlecht geht und die es schwer haben – die zahlen zwar nicht viele Steuern, aber sie merken, dass sie etwas ausgeschlossen sind –, sozusagen dennoch als Hinterherläufer derjenigen haben, die sagen: „Keine Vermögensteuer! Überhaupt nichts Weiteres!“ – so, wie es in den USA geschehen ist, wo diejenigen, die die Deklassierten sind, im „Rostgürtel“ sozusagen den Swing gegeben haben für einen Präsidenten, der jetzt mit seiner Familie im 98. Stock in seiner Suite sitzt und sich vor Lachen feixend auf die Schenkel schlägt, wer ihn alles gewählt hat.

(Zuruf: Waren Sie dabei?)

Das alles werden wir in diesem Land nicht machen. Deswegen, Herr Mack, liegen Sie falsch: Wir müssen diese Gerechtigkeitsdebatte in der Steuerpolitik führen. Das ist das, worauf es ankommt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Alexander Maier GRÜNE – Zuruf von der AfD)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Finanzministerin Sitzmann.

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohlmeinende hätten angesichts des Titels der Aktuellen Debatte vielleicht glauben können, die FDP/DVP mache sich Sorgen um das Land.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja, machen wir auch!)

Nach Ihrem Redebeitrag, Herr Kollege Rülke, wissen wir: Sie machen sich eher Sorgen um die FDP und den kommenden Bundestagswahlkampf – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Andreas Kenner SPD)

Drei Dinge sind bemerkenswert. Erstens: Sie gehen fest davon aus, dass die Partei, der ich angehöre, Teil der nächsten Bundesregierung sein wird. Erst einmal: Herzlichen Dank für diese Vorschusslorbeeren, Herr Rülke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zweitens: Die FDP/DVP hat offenbar keinerlei Kritik an der Mittelstandspolitik der Landesregierung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja! Das stimmt!)

Denn sonst hätten Sie ja diese Kritik zum Thema der Debatte gemacht. Das haben Sie aber nicht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gutes Argument!)

Drittens: Die FDP/DVP-Fraktion hat offenbar auch keinerlei Ideen, wie man den Mittelstand in Baden-Württemberg stärken und unterstützen kann, soll und muss;

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist die Kernfrage! Jawohl!)

(Ministerin Edith Sitzmann)

sonst wäre das ja ein Thema für eine Aktuelle Debatte gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Über die ersten beiden Punkte freue ich mich natürlich, über den letzten nicht. Denn die Bürgerinnen und Bürger haben eine gute Regierung verdient,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Und Grün-Schwarz haben sie bekommen! Genau!)

das haben sie. Sie haben aber auch eine gute Opposition verdient, Herr Rülke, und da hören wir von Ihnen leider nichts. Ganz im Gegenteil: Es ist noch nicht allzu lange her, da hat diese Landesregierung

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Woher wissen Sie das denn? Haben Sie das alles schon vorher gewusst?)

sich dafür eingesetzt, dass die kleinen Unternehmen in unserem Land, die Handwerker und der Mittelstand auch in Zukunft erfolgreich arbeiten können. Wir haben uns für eine Reform der Erbschaftsteuer starkgemacht; wir haben lange und intensiv verhandelt und gekämpft. Immerhin ist im Konsens aller Beteiligten eine Reform der Erbschaftsteuer verabschiedet worden. Und das ist gut und richtig so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die beschlossene Reform ist verfassungsfest, sie gibt Planungs- und Rechtssicherheit für die Unternehmen und für die Steuerverwaltung, und sie belastet die Unternehmen im Land nicht über Gebühr und sichert damit Investitionen und Arbeitsplätze.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Steile These!)

Daran sehen Sie, meine Damen und Herren: Diese Landesregierung kämpft für den Mittelstand in unserem Land, und zwar erfolgreich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo! – Lachen des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Was Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, gefordert haben, das ist wahrlich verantwortungslos. Sie haben nämlich gefordert, dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses nicht zuzustimmen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Genau!)

Sie haben gefordert, es abzulehnen, und damit hätten Sie gerade dem Mittelstand in unserem Land wahrlich einen Bärendienst erwiesen, Herr Rülke. Das wäre wirklich verantwortungslos gewesen. Man kann es an den Reaktionen vonseiten der Wirtschaft in unserem Land feststellen: Sie sind froh, dass es zu diesem Ergebnis gekommen ist. Deshalb ist es gut, dass Grüne und CDU regieren und nicht Sie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kommen Sie heute auch noch zur Vermögensteuer?)

– Jetzt, Herr Kollege Rülke; genau jetzt, in diesem Moment komme ich auch zum Thema Vermögensteuer. Wenn man sich als Finanzministerin gegen eine Steuer, gegen zusätzliche Steuereinnahmen entscheidet, dann muss es gute Gründe dafür geben.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Gesunder Menschenverstand!)

Das muss wohlabgewogen sein. Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass der Ministerpräsident, aber auch ich und viele andere führende baden-württembergische Grüne eine Vermögensteuer nicht für das richtige Instrument halten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Der Grund ist einfach: Wir bezweifeln, dass man eine Vermögensteuer entwickeln kann, die wirksam umverteilt, die effizient ist, bei der also der Aufwand für die Erhebung in einem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag steht, die verfassungsfest ist und die die Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Dynamik in unserem Land nicht gefährdet.

Eine Vermögensteuer ist nicht das richtige Instrument. Aber wir sollten uns schon über das Thema Steuergerechtigkeit und über die Fragen ernsthaft Gedanken machen: Geht es in unserer Gesellschaft gerecht zu? Wie sichern wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Dazu gehören auch der engagierte Kampf gegen Steuerhinterziehung und das Schließen von Steuerschlupflöchern,

(Abg. Anton Baron AfD: Gegen die Erhöhung der Grunderwerbsteuer!)

und dazu gehört die Gleichbehandlung von Einkommen aus Arbeit und aus Kapital. Jeder muss einen fairen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Jetzt haben Sie viele Konjunktive gebraucht: wenn bei der Bundestagswahl in einem Jahr die Grünen ein gutes Ergebnis hätten, wenn die Grünen an Koalitionsverhandlungen für eine zukünftige Regierung beteiligt wären, wenn in diesen Koalitionsverhandlungen ein Koalitionsvertrag herauskäme, der einen Beschluss über eine Vermögensteuer enthielte, wenn dieser Beschluss dann umgesetzt würde, wenn im Bundesrat darüber entschieden werden müsste. Da sage ich Ihnen: Wir können einer Vermögensteuer dann nicht zustimmen, wenn sie Arbeitsplätze und Unternehmen in ihrer Substanz gefährdet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Für mich ist das auch eine Frage der Gerechtigkeit. Ja, wir haben eine Ungleichheit bei Vermögen, und ja, wir haben auch eine Ungleichheit bei Einkommen. Um die Ungleichheit bei Einkommen zu minimieren, ist eine zentrale Voraussetzung, dass die Menschen Arbeit haben. Wir müssen alles tun, damit Leute die Grundlage haben, um in Ausbildung zu kommen und arbeiten zu können, und dass die Unternehmen im Land

(Ministerin Edith Sitzmann)

Arbeitsplätze schaffen. So kann Einkommensungleichheit abgebaut werden, und so gibt es überhaupt erst die Möglichkeit, Vermögen aufzubauen, meine Damen und Herren. Das ist mir auch im Blick auf den Aspekt der sozialen Gerechtigkeit ganz wichtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg ist gut aufgestellt und innovativ. Die Unternehmen in unserem Land sind weltweit erfolgreich. Viele sind mit ihren Produkten Weltmarktführer. Sie strengen sich jeden Tag aufs Neue an, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Sie haben unsere Unterstützung verdient. Deshalb hat Baden-Württemberg beispielsweise eine Fachkräfteallianz und einen soliden Hochschulfinanzierungsvertrag, der auf Wissenschaft und Forschung setzt. Wir haben massiv Kita-Plätze ausgebaut. All das sind Maßnahmen, die dazu beitragen, dass die Unternehmen in unserem Land auch in Zukunft gut ausgebildete Fachkräfte finden können.

Diese Politik werden wir fortsetzen. Wir werden auch im Haushalt 2017 wichtige Impulse setzen: mit einem Pakt für Integration, mit Investitionen in unsere Infrastruktur und mit einer Offensive für Digitalisierung, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich noch einiges zu den Ausführungen von Herrn Meuthen sagen. Das, was Sie hier steuerpolitisch fordern, lässt mich fassungslos zurück.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das freut mich!)

Sie fordern die Abschaffung der Erbschaftsteuer, Sie fordern einen Stufentarif statt der progressiven Einkommensteuer. Der Vermögensteuer haben Sie eine Absage erteilt. Das heißt im Klartext: Sie wollen Gutverdiener und Vermögende massiv entlasten. Und nicht nur das. Sie haben gegenüber der WELT im April gesagt:

*31 % des BIP sind Sozialausgaben. Da sind einige Zöpfe dabei, die ohne große Folgen abgeschnitten werden können.*

(Zuruf von der AfD: Natürlich!)

Da frage ich mich schon: Welche Zöpfe meinen Sie denn konkret?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wollen Sie die Hartz-IV-Regelsätze senken? Wollen Sie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus kürzen? Wollen Sie Hilfen für Behinderte streichen, oder wollen Sie das BAföG abschaffen?

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ich erkläre Ihnen das gern!)

Was sind denn die Zöpfe, die Sie abschneiden wollen? Dazu sollten Sie hier einmal klar Stellung beziehen und zu dem stehen, was Sie fordern.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Ich kann nur eines sagen: Um Ihre Milliardenentlastungsversprechen für Gutverdiener und Vermögende umzusetzen und

dennoch die Schuldenbremse einzuhalten, müssten Sie massiv den Sozialstaat zusammenstreichen. Wenn Sie das wollen, sagen Sie es. Wir, meine Damen und Herren, wollen das nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Lassen Sie mich zusammenfassen, meine Damen und Herren: Es gibt überhaupt keinen Grund, sich um Baden-Württemberg Sorgen zu machen. Der Mittelstand, das Handwerk, die Unternehmen in unserem Land sind bei uns, der grün-schwarzen Landesregierung, in guten Händen. Wir werden darauf achten, dass sie auch in Zukunft innovativ im Land und auf den Weltmärkten unterwegs sein können, und wir werden alles tun, um sie zu fördern und zu unterstützen. Darauf können Sie sich verlassen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Abg. Dr. Aden.

**Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuhörer auf den Rängen! Zunächst habe ich eine Bitte an das Sitzungspräsidium: Kann man die Zeit der medizinischen Behandlung von Herrn Dr. Rülke auf meine Redezeit anrechnen?

(Vereinzelte Heiterkeit)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sie haben knapp eine Minute. Machen Sie weiter, Sie haben nicht so viel Redezeit. Bitte.

**Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP:** Zur Sache: Die Grünen fordern eine Vermögensteuer, die vor allem der sozialen Spaltung entgegenwirkt sowie verfassungsfest und ergiebig sein soll. An diesen Schlagworten möchte ich mich einmal abarbeiten.

(Beifall des Abg. Lars Patrick Berg AfD)

Soziale Spaltung: Die berühmte Schere zwischen Arm und Reich wird angeblich immer größer. Woran will man diese Schere messen? Am Armutsbericht der Bundesregierung? Nach dessen Definition zählt man zu den Armen, wenn man weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens verdient. So werden wir das Armutsproblem nie in den Griff bekommen. Im Gegenteil: Ich habe mich schon immer daran gestört, dass eine Tarifierhöhung in der einen Branche automatisch zu mehr Armut in einer anderen Branche führt. Das kann ja wohl nicht sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Noch eines: Eine nivellierte Vermögensverteilung, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir durch eine Steuer nie hinbekommen – es sei denn durch Krieg, Revolution oder Naturkatastrophen. Außerdem bin ich der Meinung, dass es für eine Gesellschaft von Vorteil ist, wenn man unterschiedlich reich ist und nicht gleich arm.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Gerhard Aden)

Die neue Vermögensteuer soll verfassungsfest sein. Es wurde schon darauf hingewiesen. Das muss ich jetzt nicht weiter erörtern.

Der bürokratische Aufwand steigt ins Unermessliche. Als ich meinen Steuerberater nach Informationen für diese Rede – ob er bei der Vorbereitung helfen kann – gefragt habe: „Können sie mir ein paar Tipps geben?“, sagte er scherzend: „Schade eigentlich, dass die Vermögensteuer abgeschafft wurde. Das war nämlich eine sehr schöne Einnahmequelle für uns.“

(Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Ich denke, eine weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Steuerberater benötigen wir nicht.

Ergiebig, sehr geehrte Damen und Herren, soll die Steuer sein. Was heißt ergiebig? Dazu würde ich sagen: Alle schauen auf den Solidaritätszuschlag, der bei einem Steueraufkommen von 700 Milliarden € in etwa 15 Milliarden € einbringt. Das ist, kann man sagen, einigermassen ergiebig.

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass die tatsächliche Erhebung der Vermögensteuer einen riesengroßen Aufwand verursacht, sodass der Nettoertrag wesentlich unter dem Bruttoertrag liegt. Aber darauf kommt es den Grünen gar nicht an. Man will den sogenannten Reichen wirklich nur ans Portemonnaie – egal, was da herauskommt. Das erweckt den Eindruck von Gerechtigkeit, aber den Bundesgrünen geht es gar nicht um die Reichen, sondern – jetzt kommt der Clou – um die Superreichen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Aden, Sie müssen zum Schluss kommen. Trotz eines Zuschlags wegen Herrn Abg. Dr. Rülke müssen Sie jetzt zum Schluss kommen.

(Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

**Abg. Dr. Gerhard Aden** FDP/DVP: Also, dann möchte ich sagen: „Die Superreichen“ ist ein Schlagwort aus dem letzten Jahrhundert. „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ – Das ist vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich muss mich jetzt kurzfassen. Ich komme zum Schluss.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Fazit: Wir brauchen diese Steuer nicht. Sie ist schädlich für den Wirtschaftsstandort Deutschland, speziell für Baden-Württemberg. Wir brauchen sie auch deswegen nicht, weil der Staat bereits jetzt im Geld schwimmt. Wichtig ist – ich bin sofort am Ende, Frau Präsidentin –, keine zusätzliche Steuer einzuführen, sondern eine zumindest halbwegs funktionierende Ausgabendisziplin zu haben. Der Haushalt des Bundes und vieler Bundesländer und Gemeinden ist nur wegen der sprudelnden Steuereinnahmen ausgeglichen, nicht wegen der Haushaltsdisziplin, die angeblich zur schwarzen Null geführt hat.

Danke, dass Sie mir die Zeit gegeben haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die Zeit haben Sie nur wegen Herrn Dr. Rülkes Stimmausfall bekommen. Das sage ich gleich dazu.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ganz kurz. Frau Abg. Walker, bitte.

**Abg. Thekla Walker** GRÜNE: Ich möchte es kurz machen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist in der heutigen Debatte deutlich geworden, dass sich die grün geführte Landesregierung für den Mittelstand, für die Familienunternehmen

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

massiv eingesetzt hat, nicht nur jetzt bei dem Kompromiss zur Erbschaftsteuer, den Sie abgelehnt haben,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie haben ja doch Humor!)

sondern auch in vielen Bereichen, in denen wir in die Infrastruktur, in Bildung sowie in Forschung und Entwicklung investieren.

Das ist das, was der Mittelstand, was die Familienunternehmen an uns schätzen.

Es ist völlig klar, dass eine Vermögensteuer nur dann umgesetzt werden kann, auf den Weg gebracht werden kann, wenn sie den Kriterien und den Leitplanken entspricht, die wir dazu auch beschlossen haben. Sie muss ja verfassungskonform sein. Das ist ein Arbeitsauftrag, an dem man sich jetzt hier nicht weiter abarbeiten soll. Es muss um die Wirtschaftspolitik im Land Baden-Württemberg gehen, es muss um das gehen, was wir hier tun können. Da würde ich, wie ich schon gesagt habe, in der Tat auch von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, mehr hören wollen, als dass Sie sich nur an unseren Parteitagbeschlüssen abarbeiten.

Es ist am Ende doch so: Wenn man sich Sorgen macht, muss man sich vielleicht um Ihre Stimme Sorgen machen, lieber Herr Rülke – da wünsche ich Ihnen gute Besserung –, aber der Mittelstand ...

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Thekla Walker** GRÜNE: ... und die Unternehmen im Land sind bei uns Grünen in guten Händen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU erteile ich Herrn Abg. Mack das Wort.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Ausführungen der Finanzministerin kann man eines festhalten: Die grün-rote, Entschuldigung,

(Heiterkeit)

die grün-schwarze Koalition – –

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Die grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg wird einer Vermögensteuer nicht zustimmen.

(Vereinzelt Beifall)



(Winfried Mack)

Herr Hofelich, Sie waren einmal Mittelstandsbeauftragter, und jetzt leugnen Sie, dass die Vermögensteuer und die Diskussion über die Vermögensteuer etwas mit dem Mittelstand zu tun haben. Ich habe Sie bisher geschätzt,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

aber ich muss sagen: Da liegen Sie falsch. Wir werden alles dafür tun, dass die tragenden Säulen unseres Landes, dass Mittelschicht und Mittelstand gestärkt und nicht geschwächt werden. Deswegen werden wir einer Vermögensteuer nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Daniel Rottmann AfD: Wie wollen Sie das in der Koalition machen?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Schluss der Aktuellen Debatte.

Tagesordnungspunkt 1 ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Zukunft des Windenergieerlasses und des Landesplanungsrechts – Drucksache 16/46**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Thekla Walker GRÜNE verlässt den Plenarsaal.)

– Frau Walker, Sie wollten doch mehr von der FDP/DVP hören. Ich kann Ihnen nur raten: Bleiben Sie doch hier! Denn auf dieser wundervollen Tagesordnung sind nämlich drei von vier Tagesordnungspunkten von unserer Fraktion. Es lohnt sich also, heute zuzuhören.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Baden-Württemberg gibt es tolle Menschen. Das sieht man, wenn man sich die Wirtschaftskraft und die Innovationskraft anschaut. Das sieht man auch, wenn man sich das Ehrenamt anschaut. Die Menschen hier in Baden-Württemberg leisten viel. Dass es den Menschen wichtig ist, in welchem Umfeld, in welcher Umgebung sie wohnen, sieht man nicht nur daran, dass man landauf, landab viele Verschönerungsvereine hat, sondern auch an der Tatsache, dass sich immer mehr Menschen konstruktiv-kritisch mit dem Thema „Windkraftausbau im Land“ auseinandersetzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch innerhalb des BUND!)

Am Montag dieser Woche hatte ich ein Treffen mit verschiedenen Bürgerinitiativen in der Nähe von Fischerbach am Nillkopf. Es war schon beachtlich: Nach und nach wurden dort immer mehr Windräder konzentriert gebaut, zwischen Nationalpark und Biosphärengebiet, wenn Sie so wollen. Allein im Schuttertal wurden in den vergangenen vier Jahren 14 Anlagen gebaut; drei weitere sollen hinzukommen.

Diese Anlagen stehen sehr häufig still, so übrigens auch an diesem Herbsttag, dem vergangenen Montag. Wenn die Anlagen laufen, dann gibt es auch Probleme: Sie müssen teilweise bei Nacht gedrosselt werden, weil die Schallemissionen zu hoch sind und die Anlagen deutlich lauter sind, als es erlaubt ist.

Ein Hotelier von dort hat mir berichtet: Er investiert gerade 2,5 Millionen € in sein Hotel, und nun sollen drei Windkraftanlagen bis auf 650 m an sein Hotel heran gebaut werden. Er sieht sich in seiner Existenz gefährdet – wie ich meine, zu Recht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, immer mehr Menschen im Land empfinden das Aufstellen der Windkraftanlagen und die Art, wie hier Windpolitik betrieben wird, als rücksichtslos und brutal.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss ein paar Takte zur CDU sagen: Es gab Zeiten, in denen die CDU im Land das genauso gesehen hat. Das belegen nicht nur die zahlreichen Zwischenrufe des Kollegen Jimmy Zimmermann zum Thema Windkraft. Vielmehr sagte die CDU vor der Landtagswahl auch, das grüne Ziel – 10 % Windkraftstrom bis zum Jahr 2020 – sei unrealistisch. Sie haben gefordert, das Ziel dahin gehend zu ändern, dass der Anteil der einheimischen Windkraft an der Stromerzeugung bis 2020 auf 5 % reduziert wird. Herr Kollege Nemeth, das war Ihr Konzept.

Ihr Spitzenkandidat Wolf hat am 11. August 2015 gegenüber dem dpa-Landesdienst sogar eingeräumt, selbst ein Windkraftausbau auf einen Anteil von 5 % bis zum Jahr 2020 wäre sehr ehrgeizig. Recht hat er.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Was finden wir dazu im jetzigen Koalitionsvertrag? Die Antwort ist: gar nichts. Es steht nichts drin. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Wir wollten abfragen, ob der von den Grünen favorisierte ungezügelter Windkraftausbau weitergehen soll oder ob die CDU Wort hält und das, was sie vor der Wahl versprochen hat, einhält.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Stellungnahme von Herrn Minister Untersteller war schlimm. Zu Ziffer 1 unseres Antrags steht auf Seite 2 die Stellungnahme von Minister Untersteller: Das Ziel, bis 2020 mindestens 10 % der Stromerzeugung aus baden-württembergischer Windenergie bereitzustellen, bestehe weiterhin. Also keine Änderung, gar nichts. Sie haben nichts erreicht.

(Andreas Glück)

In Bezug auf das Landesplanungsgesetz war dem CDU-Wahlprogramm zu entnehmen – ich zitiere –:

*Die Novelle des Landesplanungsgesetzes*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was ist das?)

*und der neue Windkrafteffizienz durch Grün-Rot haben für planungsrechtliches Chaos gesorgt, das es dringend zu beseitigen gilt.*

Die Stellungnahme von Minister Untersteller zu unserem Antrag enthält sinngemäß die Aussage: Korrekturen bzw. Anpassungen des Landesplanungsgesetzes zeichnen sich derzeit nicht ab.

Ganz offensichtlich hat die CDU gegenüber den Grünen beim Thema Windkraft keinen einzigen Stich gemacht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Paul Nemeth CDU: Völlig falsch!)

Das gehört gesagt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie haben sich von den Leuten, die sich um ihre Heimat und ihr Umfeld sorgen, wählen lassen und haben nicht Wort gehalten. Gerade lassen Sie diese Leute hängen.

Kommen Sie mir bitte nicht mit der Rechtssicherheit von 1 000 m. Die gab es vorher schon.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Gibt es nirgends!)

Auch das ist diesem Antrag eindeutig zu entnehmen. Einer von Ihnen hat noch versucht, etwas zu machen. Das war Minister Hauk. Er wollte, dass die Städte und Gemeinden angesprochen wurden.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Die wurden alle angesprochen! Märchenstunde!)

Aber auch er wurde bei einem kürzlichen Streit mit Minister Untersteller wieder zurückgepfiffen. Sechs Tage später hat ein Brief den Inhalt seines Briefes quasi einkassiert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Bemerkenswert sind auch die Worte des Abgeordnetenkollegen Georg Wacker bei einer Veranstaltung der CDU in Hirschberg, die im „Mannheimer Morgen“ vom 5. November 2016 zitiert wurden. Da stand, Herr Kollege Wacker:

*... dass man bei der Windkraft – ein „wirtschaftlicher Blödsinn und ein Eingriff in die Bewahrung der Schöpfung“ – Federn gelassen habe.*

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Hört, hört!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Windkraft hat die CDU nicht nur ein paar Federn gelassen, sondern sie erinnert an eine fein säuberlich gerupfte Weihnachtsgans.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD – Abg. Paul Nemeth CDU: Märchenstunde!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, ich fordere Sie auf: Hören Sie endlich auf, den Grünen wie ein kleines Hündchen hinterherzulaufen.

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Der Beitrag Baden-Württembergs zur Energiewende kann doch nicht ernsthaft gerade das Aufstellen von Windkraftanlagen sein. Baden-Württemberg ist das windärmste Bundesland in ganz Deutschland. Windkraftanlagen gehören dorthin, wo Wind weht, und das ist bei uns eben nicht in genügendem Maß der Fall.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der AfD und des Abg. Klaus Burger CDU)

Helfen Sie lieber mit, dass unser Land bei der Energiewende seine Stärken stärken kann. Baden-Württemberg ist doch das Land der Tüftler. Beim Thema Innovation – etwa wenn es um Energiespeicher geht – können wir punkten. Baden-Württemberg ist das Land der Häuslebauer und des Mittelstands. Beim Thema Energieeffizienz – egal, ob im Strom- oder im Wärmebereich – können wir deutlich mehr erreichen als mit dem Aufstellen von Windkraftanlagen – egal, wie viele auch immer – an windarmen Standorten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erlaube ich Frau Abg. Niemann das Wort. Es ist ihre erste Rede im Plenum. Daher bitte ich Sie, von Zwischenfragen abzusehen, und bitte insgesamt um etwas mehr Ruhe. – Vielen Dank.

**Abg. Jutta Niemann GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Glück, in der Begründung Ihres Antrags und auch gerade eben brachten Sie zum Ausdruck, dass Sie in Sachen Windkraft Klarheit über den Kurs der Landesregierung haben möchten. Nun: Dieser Kurs ist klar, einleuchtend und beständig. Baden-Württemberg hat 2013 mit großer Mehrheit das Klimaschutzgesetz verabschiedet mit dem Ziel, bis 2020 25 % und bis 2050 90 % weniger Treibhausgase zu produzieren.

In Paris haben sich vor einem Jahr die Staaten der Welt verpflichtet, die weiteren CO<sub>2</sub>-Emissionen so weit zu begrenzen, dass die Erderwärmung unter 2 Grad gehalten wird. Der Klimainitiative „Under 2 MOU“, die Ministerpräsident Kretschmann schon im Mai 2015 gemeinsam mit dem kalifornischen Gouverneur ins Leben gerufen hat, haben sich mittlerweile 165 Regionen angeschlossen. Sie repräsentieren damit mehr als eine Milliarde Menschen, um gemeinsam aktiv Klimaschutz zu betreiben.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Paul Nemeth CDU und Gernot Gruber SPD)

Bei der Klimakonferenz in Marrakesch ist jetzt erfreulicherweise auch die Bundesregierung dieser Allianz beigetreten. Baden-Württemberg sendet so gemeinsam mit anderen innovativen Regionen die klare Botschaft aus: Klimaschutz und starke Wirtschaft gehören zusammen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Jutta Niemann)

Angesichts dessen kann der Kurs der Landesregierung nur heißen: Weiter so mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Paul Nemeth  
CDU und Gernot Gruber SPD)

Denn es ist weltweiter Konsens, dass Klimaschutzziele nur durch den vollständigen Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger erreichbar sind. Dabei ist der angestrebte Anteil von 10 % Windenergie am Gesamtstrombedarf in Baden-Württemberg ein ganz wichtiger Baustein. Ich habe von Ihnen, Herr Glück, auch nicht gehört, wie Sie in Baden-Württemberg ohne die Windkraft einen Ersatz schaffen wollen. Nur Speicher zu bauen wird nicht reichen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der  
CDU und der SPD)

Wie die Ausbauziele in Zukunft angepasst werden müssen, wenn wir auch Wärmeenergiegewinnung und Mobilität CO<sub>2</sub>-frei zu gestalten haben, müssen wir dann in einem nächsten Schritt erarbeiten. Aber da werden wir die Ziele noch einmal erhöhen müssen.

Denn klar ist: Energieeffizienz und Einsparpotenziale müssen so weit wie möglich genutzt werden. Auch daran arbeiten wir in Baden-Württemberg. Aber Energieeffizienz und Energieeinsparung sind kein Ersatz für den Umstieg auf erneuerbare Energien. Wir müssen beides zusammen denken, den Energiebedarf immer weiter senken und die Erzeugung aus erneuerbaren Energien ausbauen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Potenziale der Wasserkraft in Baden-Württemberg sind weitgehend ausgeschöpft. Biomassepotenziale sind begrenzt, und allein Fotovoltaik und Solarthermie, der Ausbau von Speichern sowie die Anpassung der Netzinfrastruktur und Lastmanagement werden nicht reichen. Wir brauchen die Windkraft auch in Baden-Württemberg, zumal die Windkraft an Land neben der Wasserkraft die günstigste der erneuerbaren Energien ist.

Windkraftanlagen in Deutschland erhalten 20 % der EEG-Förderung, produzieren aber 40 % des Stroms aus erneuerbaren Energien.

(Abg. Emil Sänze AfD: Wenn Wind weht!)

Derjenige also, dem die Kosten der Energiewende wichtig sind, muss die Onshorewindkraft unterstützen.

Uns Grünen sind hierbei die möglichen Konflikte zwischen dem notwendigen Ausbau der Windkraft einerseits sowie den Interessen des Arten-, Natur- und Landschaftsschutzes und den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner andererseits bewusst. Wir haben hier eine vernünftige Balance gefunden, und der Windenergieerlass wird diesem Ausgleich gerecht.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Gernot Gruber  
SPD)

Dennoch kommt es vor Ort immer wieder zu Konflikten bei der Planung und dem Bau von Windrädern. Deshalb sind ne-

ben einer Minimierung möglicher negativer Auswirkungen die Möglichkeit der Beteiligung der Kommunen vor Ort an der Wertschöpfung sowie öffentliche und transparente Planungsprozesse ganz wesentlich für die Akzeptanz. Das vom Land ins Leben gerufene Forum „Energiedialog“ setzt deshalb ganz früh an und hilft dabei, Konflikte vor Ort zu vermeiden.

Der Umbau eines Systems – in diesem Fall der Energieversorgung – ist immer eine Herausforderung und führt zu Veränderungen, die ein Stück weit auch Belastungen mit sich bringen, die nicht immer gänzlich zu vermeiden sind. Aber die Unterstützung der Energiewende ist in unserer Gesellschaft nach wie vor ungebrochen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Windenergie ist hierbei ein unverzichtbarer Baustein.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Der Windenergieerlass ist ein ausgewogenes und funktionierendes Instrument für diesen Ausbau.

Wir in Baden-Württemberg übernehmen damit Verantwortung für eine saubere und sichere Energiezukunft.

Danke.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der  
CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Nemeth.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann! – Am Rednerpult  
wird ein Wasserglas bereitgestellt.)

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal: Herzlichen Dank für das Wasser. Ich bin hier kerngesund hereingekommen, doch kaum sitze ich in der Nähe der FDP/DVP, kratzt es in meinem Hals.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich empfand Ihren Beitrag als bedauerlich, Herr Glück. Da muss man doch einmal einiges ordnen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr sensibel!)

Nach Fukushima haben wir alle – sowohl im Bundestag als auch hier im Landtag – gesagt: Wer aussteigt, muss auch einsteigen. Wir haben uns zur Energiewende mit allen erneuerbaren Energien entschieden. Dazu gehört eben auch die Windkraft, und zwar dort, wo sie sinnvoll und effizient ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Planlos!)

Davon scheinen Sie sich jedoch etwas zu verabschieden. Das ist sehr bedauerlich, übrigens auch für unsere Wirtschaft in Baden-Württemberg.

(Abg. Anton Baron AfD: Die die Umlage bezahlt!)

die ein wesentlicher Zulieferer für Windenergieanlagen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

(Paul Nemeth)

Es ist kein Geheimnis, dass das innerhalb der Koalitionsverhandlungen ein Streitpunkt war, weil nämlich die CDU die Auffassung vertritt, dass das, was aus dem Naturschutzgesetz z. B. für den Roten Milan oder die Fledermäuse gilt – nämlich 1 000 m –, auch für die Menschen gelten sollte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mindestens!)

Das war unser Petikum.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben aber einen Kompromiss gefunden. Kompromisse gehören eben auch dazu. Ein Kompromiss, Herr Glück, ist ein Kompromiss. Kompromiss heißt in diesem Fall, dass wir auf Subsidiarität und Flexibilität setzen, dass nämlich die Planungsträger vor Ort entscheiden. Ich glaube, das ist ein sehr gutes Instrument, und das ist auch richtig. Denn vor Ort gibt es die Kompetenz, die richtigen Abstandsentscheidungen zu treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Herr Glück, das muss ich Ihnen auch einmal sagen: Das 10-%-Ziel bis 2020 – also die 1 200 neuen Windkraftanlagen – ist nicht Teil des Koalitionsvertrags, übrigens auch nicht Teil irgendwelcher Nebenabreden.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP hält den Antrag Drucksache 16/46 hoch. – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sie haben das gelesen, gell? Sie haben das gelesen?)

Vielmehr macht dieses Ziel auch überhaupt keinen Sinn mehr, weil ja der Bund – das ist Ihnen offensichtlich auch völlig entgangen – das Förderregime geändert hat

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Da steht es drin!)

und jetzt nicht mehr das EEG zählt, sondern Auktionierung. Deswegen macht dieses Ziel gar keinen Sinn mehr. Unser neues Ziel ist – das steht im Koalitionsvertrag – ein Anteil von 38 % Strom aus erneuerbaren Energien im Bund bis 2020. Da will Baden-Württemberg seinen Beitrag leisten: mit mehr Sonnenenergie, mit mehr Wasserkraft,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

auch mit der Windkraft und mit Energieeffizienz. Baden-Württemberg wird weiter das Sonnenland Deutschlands sein – nicht nur für Eigentümer, sondern zukünftig auch für Mieter. Sonnenenergie ist mittlerweile bei den erneuerbaren Energien hoch attraktiv. Wir werden die Sonnenenergie mit dem 50 000-Dächer-Programm in Baden-Württemberg auch für Mieter attraktiv machen. Das zeigt: Wir setzen auf alle erneuerbaren Energien und machen das klug, mit Verstand und ohne Ideologie.

(Zuruf von der AfD)

Wir setzen auf dieses gemeinsame Ziel. Es ist sehr bedauerlich, dass sich die FDP/DVP davon verabschiedet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Überhaupt kommt mir die FDP/DVP da mittlerweile vor – Sie sind jetzt schon im sechsten Jahr in der Opposition – wie ein Single, ein ewiger Single, dem es Freude macht, zuzuschauen, wenn wir uns an den Mühen einer großen neuen Liebe Grün-Schwarz, dieser Partnerschaft abarbeiten.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Besser als eine Zwangsheirat! – Zuruf: Übertreib es mal nicht! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Rückgrat behalten! – Weitere Zurufe)

Da höre ich ein bisschen Neid, ein bisschen Eifersucht, vielleicht auch ein bisschen Zynismus heraus. Ich glaube, wir sollten bei der Windkraft ein bisschen herunterzurren. Sie ist nicht das entscheidende Thema für die Energiewende. Sie ist eine Form der erneuerbaren Energien, die wir in Baden-Württemberg mit Maß und Mitte voranbringen wollen. Das ist gut.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Diese Liebeserklärung lässt mich kalt!)

Bei diesem Prozess sind, wie ich meine, gute Ergebnisse erzielt worden.

(Abg. Anton Baron AfD: Welche denn?)

Deswegen sagen wir weiterhin Ja zur Energiewende und Ja zu den erneuerbaren Energien, auch bei der Windkraft mit Maß und Mitte. Das ist klug und richtig. Im Übrigen ist dies auch eine wirtschaftsfreundliche Politik, die ich bei Ihnen mittlerweile leider vermisste.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Voigtmann zu seiner ersten Plenarrede.

**Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD:** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es gut und richtig, dass heute, ein gutes halbes Jahr nach der Konstituierung dieses Landtags, das Thema Windenergie und damit auch das Thema Energiewende mit auf der Tagesordnung stehen. Denn viele Themen, die wir in den letzten Wochen hier behandelt haben, sind ohne ausreichenden und bezahlbaren Strom nur Seifenblasen, welche früher oder später platzen müssen.

Bei der Windkraft geht es letztendlich um gravierende und weitreichende Entwicklungen, welche hier anzusprechen sind. Über Jahrhunderte, eigentlich Jahrtausende, war das Leben der Menschheit geprägt durch den Mangel an Energie. Erst mit der Erfindung der Dampfmaschine, dem Generator, also mit der Nutzung der Elektrizität, waren Wohlstand sowie technischer, medizinischer und sozialer Fortschritt nicht nur für eine kleine Elite, sondern für alle Bevölkerungsschichten möglich.

Mit der heutigen einseitigen Fokussierung auf erneuerbare Energien, insbesondere auf die Windenergie, stellt die grün-schwarze Landesregierung diesen Fortschritt infrage und erhebt den Energiemangel – auf Neudeutsch nennt man das dann Energieeinsparung – zum Ziel ihrer Politik.

(Klaus-Günther Voigtmann)

Es liegt doch für einen Industriestandort wie Deutschland auf der Hand, dass die vorzugsweise Nutzung von erneuerbaren Energien deren permanente Verfügbarkeit voraussetzt. Da diese aber aus natürlichen Gründen weder bei der Sonne noch beim Wind immer gegeben ist, gilt hier ganz besonders ein Satz aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 1. Juni, den ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten wörtlich zitieren möchte:

*Damit die Energiewende ein Erfolg wird, sind neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze kostengünstige und effiziente Speichermöglichkeiten für Strom notwendig.*

Dieser Satz hat weitreichende Konsequenzen. In dieser Regierungserklärung findet sich aber kein Wort darüber, wann und wo diese Speicherkapazitäten jemals auftauchen werden.

(Beifall bei der AfD)

Im Gegenteil: Alle angebotenen Auswege über Power-to-Gas, Power-to-Heat und sonstiges Power-to-irgendwas, was man heute so anbietet, sind in höchstem Maß problematisch, weil alle, wenn man sie großtechnisch anwendet, viel zu teuer sind.

Mit ihrem Windenergieerlass verpflichtet die Regierung von Baden-Württemberg alle Ministerien und deren nachgeordnete Dienststellen dazu, der Windenergienutzung angemessenen Raum zu verschaffen. Letztlich möchten die Grünen auch zukünftig den Bau Hunderter Windräder in Baden-Württemberg fördern, welche, um ihre Grundlastfähigkeit zu erreichen, einer ergänzenden Speichertechnologie bedürfen, die aber weit und breit noch nicht zu sehen ist.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner  
AfD: Genau! So ist es!)

Folglich stellt sich damit auch noch nicht so sehr die Frage, ob und wann in Baden-Württemberg 10, 20 oder 30 % Windstromanteil erreicht werden kann. Vielmehr stellt sich die Frage, wie viel Zappelstrom unser Stromnetz eigentlich verträgt, ohne zu kollabieren.

(Beifall bei der AfD)

Wenn schon heute für die Errichtung von Windrädern Ausnahmegenehmigungen beantragt werden müssen, um Bestimmungen des Landschafts- und Artenschutzes umgehen zu können, zeigt dies doch nur, wie nahe wir bereits an der Grenze des Zumutbaren und Sinnvollen angelangt sind. In Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern z. B. sind diese Grenzen – davon gehe ich aus – längst überschritten.

Ein zusätzliches Problemfeld der Windenergie ist das deutsche Stromübertragungsnetz. Die Gefahr von Netzausfällen steigt stetig.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: So ist es!)

Aus der großen Vision der verbrauchsnahe erzeugten Energie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist ein massives Engpassproblem geworden. Die Abhilfe wird Milliarden verschlingen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zwangsläufig auf den Prüfstand müssen die planwirtschaftlichen Elemente der Förderung der erneuerbaren Energien, die zu einer eklatanten Wettbewerbsverzerrung auf dem Energiemarkt geführt haben. Feste Einspeisevergütung über 20 Jahre, Einspeisevorrang, Zahlungsverpflichtungen für nicht abgenommene Leistung und Ähnliches sind in vergleichbaren Ländern, die ebenfalls auf erneuerbare Energien gesetzt haben, weit anders geregelt worden. So kommt es hier in Deutschland aber zu einer starken Benachteiligung der Erzeuger fossiler Energien, welche beim Fehlen von Wind und Sonne einspringen müssen, ihre Leistung aber nur im Fall der Inanspruchnahme vergütet bekommen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Ja!)

Die Folgen dieser Ungleichbehandlung am Markt sind das Fehlen von Mitteln für Investitionen, der Verschleiß der Kraftwerksinfrastruktur und damit mittelfristig verbunden die Gefahr von Kapazitäts- und Netzausfällen.

Ich muss mich beeilen.

Die fehlende Planbarkeit des volatilen Wind- und Sonnenstroms, verbunden mit der Tatsache, dass die Stromkosten für kleine und mittlere Strombezieher in den letzten zwölf Jahren in Deutschland um gut 100 % gestiegen sind, hat schon einige Industriebetriebe veranlasst, ihre Produktionsstätten ins Ausland zu verlagern bzw. gleich im Ausland zu investieren.

Noch ein Letztes: Der Ausbau von Windkraftanlagen ist massiv unsozial. Denn er erfolgt nicht nach marktwirtschaftlichen Gesetzen, sondern über eine Energieumlage. De facto ist dies nichts anderes als eine indirekte Steuer,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

die wie alle indirekten Steuern die sozial Schwachen besonders hart trifft.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: So ist es!)

Wenn die schlecht bezahlte alleinerziehende Altenpflegerin ihre Waschmaschine laufen lässt, finanziert sie die garantierten Gewinne einer blühenden Ökoindustrie,

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es! Gerechtigkeit!)

die auf dem freien Markt ihr Produkt niemals zu solch hohen Preisen absetzen könnte. Das ist nicht marktwirtschaftlich, das ist nicht sozial, das ist schlicht zutiefst ungerecht und vielleicht auch manchmal ein bisschen unanständig.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es!)

Eines ist zum Schluss festzuhalten.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Lieber Kollege, auch wenn es Ihre erste Plenarrede ist, sollten Sie langsam, aber sicher zum Ende kommen.

**Abg. Klaus-Günther Voigtmann AfD:** Ja. – Wir plädieren stattdessen für einen gesunden Energiemix, verbunden mit einem mehrjährigen Moratorium im Energiesektor, um die in-

(Klaus-Günther Voigtmann)

zwischen aufgetretenen Fehlentwicklungen zu korrigieren und das System zu stabilisieren. Hierfür ist der Windenergieerlass in keiner Weise hilfreich.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion er- teile ich das Wort dem Kollegen Gruber.

(Abg. Anton Baron AfD: Noch auf die Gerechtigkeit eingehen!)

**Abg. Gernot Gruber SPD:** Lieber Herr Präsident, liebe Kol- leginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der FDP/DVP, lieber Kollege Nemeth, hat mir nicht die Stimme genommen, zumindest noch nicht, und auch nicht meine Meinung zur Windenergie ins Schwanken gebracht. Ich denke, der Antrag der FDP/DVP gibt allen Fraktionen die Chance, ihre Meinung zur Windkraft darzulegen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: So ist es!)

Er hätte der FDP/DVP auch die Chance gegeben, sich an ih- ren windkraftfreundlichen ehemaligen Wirtschaftsminister Ernst Pfister zu erinnern.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das war ja fast schon ein Lobbyist!)

Diese Erinnerung ist leider ziemlich versandet, was ich sehr bedaure.

Der Antrag der FDP/DVP gibt auch der Regierung die Chan- ce, Widersprüche beim Mindest- oder Vorsorgeabstand klar- zustellen oder eben offen und ehrlich zuzugeben, dass der Um- welt- und Energieminister einerseits und der Landwirtschafts- minister andererseits zwar am selben Strang ziehen – am Strang des Kompromisses vielleicht, Herr Nemeth –, aber wohl doch in unterschiedliche Richtungen, wie mir scheint.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns ohne Wenn und Aber zur Energiewende, zum Klimaschutz, zum Atomausstieg und zum notwendigen Ausbau der Windenergie in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Vielleicht gehen insoweit 70 bis 80 % der Kolleginnen und Kollegen im Parlament mit. Ich hoffe es zumindest.

Mit der Formulierung, Vorsorgeabstände von 1 000 m festle- gen zu können, haben Grüne und Schwarze bei Windkraftgeg- nern die Hoffnung geschürt, dass der geltende Mindestabstand von 700 m doch nicht mehr wirklich zählt.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Was?)

Der Umweltminister behauptet in der Stellungnahme zu dem Antrag, über den wir heute debattieren, zum 1 000-m-Abstand lapidar – ich zitiere –:

*Die Aussage weicht nicht von den bisherigen Ausführun- gen des Windenergieerlasses ab.*

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: So sieht es aus!)

Also kein Kompromiss, sondern die seitherigen Regelungen gelten fort.

In seinem Rundschreiben an die kommunalen Planungsträger formuliert es Franz Untersteller so – ich zitiere –:

*So kann ein Abstand von 1 000 m im konkreten Fall bei besonders hoher Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdig- keit des betroffenen Wohngebiets – vor allem bei einem reinen Wohngebiet – in Betracht kommen ...*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mich verwirrt dieses Schrei- ben mehr, als dass es Klarheit schafft. Welche reinen Wohn- gebiete sind denn schutzbedürftiger als andere? Das frage ich Sie. Will die Landesregierung, will der Umweltminister hier ernsthaft Wohngebiete erster und zweiter Klasse definieren? Ich bin einmal gespannt, ob der Umweltminister hier ganz konkrete Entscheidungskriterien benennen wird, um diese Un- sicherheiten auszuräumen.

Verständlicher hingegen formuliert es Landwirtschaftsminis- ter Hauk, der leider auch nicht da ist – ich zitiere aus der „Stuttgarter Zeitung“ –: Vor diesem Hintergrund habe die Lei- tung des Landesbetriebs ForstBW festgelegt,

*Waldstandorte in Landesbesitz, die näher als 1 000 m zur nächsten Wohnbebauung liegen, in Zukunft nicht mehr als Windkraftstandorte zu vermarkten.*

Ein paar Tage später schiebt Minister Hauk nach, dass unbe- schadet dieser Vorgabe in jedem Fall eine Einzelfallprüfung vorgenommen werden wird. Die Vorgabe als solche ruft er aber nicht zurück.

Ministerpräsident Kretschmann qualifiziert einen Mindestab- stand von 700 m dann als „Richtgröße“ – noch ein neuer Be- griff, der eher Widersprüche aufdeckt als Klarheit schafft. Ich meine, es bedarf in dieser Frage keiner Richtwertformulie- rungskunst, sondern einer Richtlinienkompetenz mit klaren und verständlichen Formulierungen, um den Ausbau der Wind- kraft in unserem Land voranzutreiben, anstatt ihn abzubrem- sen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Gedeon.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Grundlage rot-grüner Energie- politik ist nicht rational, sondern ist eine ideologische Verirr- ung. Vor 20 Jahren war es das sogenannte Ozonloch – Sie er- innern sich. Davon redet heute niemand mehr.

(Unruhe)

Jetzt ist es das CO<sub>2</sub>, die Dekarbonisierung. Was in 20 Jahren Thema ist, wissen wir nicht. Auf jeden Fall muss von Zeit zu Zeit eine neue Sau durchs Dorf getrieben werden, sonst hört nämlich niemand mehr hin.

Kein seriöser Wissenschaftler, meine Damen und Herren, kann aufgrund der Multikomplexität des Klimaphänomens auch nur

(Dr. Wolfgang Gedeon)

annähernd den Anteil der von Menschen gemachten, also der zivilisationsbedingten Wirkung auf das Klima quantifizieren.

(Zurufe von der SPD: Doch!)

Wer es trotzdem macht, ist kein Wissenschaftler, sondern ein moderner Kaffeesatzleser.

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Das gilt umso mehr, als ja nicht einmal feststeht, ob wir eine Erderwärmung oder vielleicht nicht sogar eine Erdabkühlung bekommen. In diesem Sinn ist die ganze Panikmache um das Klima im Wesentlichen eine Ablenkung von den politischen Problemen und den großen, wirklichen Gefahren, die vom internationalen Finanzkapital oder vom politischen Islamismus ausgehen. Stattdessen schwadroniert man über die Interessen der Menschheit. Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Hüten Sie sich vor denen, die ständig das Wort „Menschheit“ im Munde führen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

In diesem Sinn also ist das ganze Gehabe mit der Klimakatastrophe eine pseudoreligiöse apokalyptische Ersatzreligion und Panikmache,

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

die eine rationale Energiediskussion blockiert – und dies zum Schaden der Bürger und zum Schaden der ganzen Wirtschaft.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach so einer Rede warte ich darauf, dass wir irgendwann gesagt bekommen, die Erde sei eine Scheibe.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile ist es – wenn ich richtig gerechnet habe – 107 Jahre her, dass das kommunale Überlandwerk Oberschwäbische Elektrizitätswerke, uns allen hier als OEW bekannt, gegründet wurde. 1909 waren große Teile Oberschwabens noch ohne Strom. Die OEW machten sich in den Folgejahren daran, die Region Oberschwaben zu elektrifizieren.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Neu und unbekannt, Herr Kollege, waren damals an vielen Orten elektrische Überleitungen und Strommasten. Als diese errichtet wurden, liebe Kolleginnen und Kollegen, ging das – ich will es vorsichtig sagen – nicht ganz ohne Widerstand; die Leitungen veränderten schließlich das historisch gewachsene Landschaftsbild. Das ist in der Tat – das ist der einzige Punkt Ihrer Rede, Herr Kollege Glück, mit dem ich einverstanden bin – etwas sehr Wertvolles. Die Landschaft, die Natur, in der wir leben, ist Heimat für uns, etwas Vertrautes und – man kann auch sagen – etwas Liebgewonnenes.

Windräder, liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen zweifelsohne einen Eingriff in die Landschaft dar. Das kann man überhaupt nicht in Abrede stellen. Solche Eingriffe sind auch Gegenstand der Genehmigungsverfahren. Ich kann nachvollziehen, dass sich Menschen damit schwertun und dass sich manche davon gestört fühlen. Ich kann durchaus nachvollziehen – das mag Sie wundern –, dass auch manche Kolleginnen und Kollegen unseres Koalitionspartners Probleme damit haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da haben Sie recht!)

Gleichwohl waren die Stromleitungen und die Strommasten in den Jahren nach 1909 die notwendige Voraussetzung, Herr Kollege Zimmermann, für die Elektrifizierung Oberschwabens. Heute sind die Windenergieanlagen eine notwendige Voraussetzung für die Energiewende. Heute sind die Windenergieanlagen mit einer notwendigen Voraussetzung für einen erfolgreichen Klimaschutz. Heute sind die Windenergieanlagen ferner mit einer notwendigen Voraussetzung dafür, dass wir uns in den kommenden Jahren und Jahrzehnten dem Ziel der Dekarbonisierung nähern.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Wunsch der Deindustrialisierung! – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Wir brauchen die Windenergie. Darauf haben sich die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag – Kollege Nemeth ist ausführlich darauf eingegangen – ausdrücklich bekannt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Deutschland schafft sich ab!)

Ich glaube, die meisten hier im Haus wollen eine erfolgreiche Energiewende. Auch die große Mehrheit der Bevölkerung im Land – das sagen zumindest alle Umfragen, die ich kenne – will die Energiewende.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit Europa?)

Wenn man die Energiewende will, bedeutet das, dass wir dazu auch – ich betone: auch – die Windenergie als kostengünstigste Möglichkeit der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen benötigen. Die Kosten für die Stromerzeugung aus neuen Windkraftanlagen liegen in Süddeutschland heute bei zwischen 6 und 7 Cent pro Kilowattstunde.

(Unruhe bei der AfD – Glocke des Präsidenten)

Damit sind diese Kosten niedriger als die Kosten für die Stromerzeugung mit konventionellen Anlagen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Carola Wolle AfD: Wie sieht es mit der Netzsicherheit aus?)

Wir wollen – mittlerweile zeichnet sich ab, dass es einen Konsens darüber geben wird – weg von der Kohle. Der G-7-Gipfel in Elmau im vergangenen Jahr hat sich dem Ziel der Dekarbonisierung explizit verpflichtet. Wir wollen und müssen das bis zur Mitte dieses Jahrhunderts vorantreiben, wenn wir dieses Ziel erreichen wollen.

Dafür brauchen wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, u. a. die Windkraft. Wir brauchen die Windkraft auch, wenn wir die im Dezember letzten Jahres auf der Weltklimakonferenz

(Minister Franz Untersteller)

in Paris beschlossenen Klimaziele erreichen wollen. Auch dafür brauchen wir – im Stromsektor – die Windkraft.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Beschlossen habt ihr schon viel! – Abg. Anton Baron AfD: Deutschland ist das einzige Land, das sich daran hält!)

Herr Kollege Glück, Sie sind Mitglied einer Partei, die von sich immer behauptet – das meine ich ernst –, eine Wirtschaftspartei zu sein, die Wirtschaft zu verstehen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Auch!)

Sie tun das bis zum heutigen Tag. Sie haben über die Historie hinweg, denke ich, durchaus Ihre Verdienste.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Bitte im Protokoll festhalten!)

– Das meine ich sehr ernst, Herr Kern. – Aber wir in Baden-Württemberg, einem der wichtigsten Industrieländer in Europa, verbrauchen gegenwärtig 80 Milliarden kWh Strom pro Jahr. In Zukunft wird der Verbrauch trotz der zunehmenden Energieeffizienz weiter steigen. Warum? Es geht um die sogenannte Sektorkopplung. Wir werden nämlich mehr Strom im Verkehrssektor und im Wärmesektor benötigen. Auf Bundesebene liegen mittlerweile Studien vor, die besagen: Zu den 600 TWh Strom, die wir in Deutschland jährlich verbrauchen, werden noch einmal etwa 200 TWh Strom durch die sogenannte Sektorkopplung hinzukommen. Und dann stellen Sie sich hier hin, Herr Kollege Glück, und sagen: „Windenergie brauchen wir nicht.“

(Zuruf: Recht hat er!)

80 Milliarden kWh Strom verbrauchen wir.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Die wollen Sie mit Windenergie produzieren? Viel Spaß!)

Wir erzeugen im Moment in Baden-Württemberg rund 60 Milliarden kWh Strom. Sie haben den Ausstieg aus der Kernenergienutzung mit beschlossen. Die beiden Anlagen, die noch am Netz sind, machen etwa 20 TWh Strom aus. Also gehen von den 60 TWh erzeugten Stroms noch einmal 20 TWh weg.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das ist ja alles grundlastfähig!)

Auch die Kohlekraftwerke werden in den nächsten Jahren Stück für Stück wegfallen. Sagen Sie nur einmal ein Wort dazu, wo Ihrer Meinung nach zukünftig der Strom herkommen soll.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Vereinzelte Beifall bei der CDU – Zuruf: Genau!)

Verstehen Sie: Das ist einfach unverantwortlich. Dass Sie vor diesem Hintergrund heute noch als Wirtschaftsversther heruntrennen –

(Abg. Anton Baron AfD: So ein Quatsch!)

Man braucht nun einmal Strom. Nur zu sagen: „Er kommt aus der Steckdose“, ist ein bisschen wenig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden die Energiewende nur bewältigen können, wenn die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern gegeben ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Auf der Stromrechnung!)

Übrigens hatten das schon die OEW bei ihrer erwähnten Elektrifizierung in Oberschwaben im Blick. Wenn wir die Energiewende wollen, dann können wir letztendlich die daraus resultierenden Lasten nicht immer nur anderen auferlegen. Das will ich auch einmal sagen.

Landschaftsveränderungen gibt es immer bei der Energieerzeugung. Gehen Sie einmal mit mir nach Garzweiler in Nordrhein-Westfalen, gehen Sie mit mir in die Braunkohlegebiete in Ostdeutschland, in Sachsen, in Brandenburg, dann können Sie einmal sehen, wie Landschaftsveränderungen aussehen. Gehen Sie mit mir ins Saarland, wo ich ursprünglich herstamme, wo im Zusammenhang mit dem Steinkohlebergbau ganze Dörfer abgesackt sind. Gehen Sie mit mir nach Kolumbien, wo heute die Kohle abgebaut wird. Man tut gerade so, als ob an anderer Stelle in der Vergangenheit Energieerzeugung nicht mit Eingriffen in die Landschaft zu tun gehabt hätte.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Andreas Kenner und Reinhold Gall SPD)

Es gilt natürlich immer darauf zu achten, diese Eingriffe so gering wie möglich zu halten. Das gilt selbstverständlich auch beim Thema Windenergie. Wir müssen die Windenergie, auch wenn wir sie weiter ausbauen, behutsam ausbauen. Wir müssen auch auf andere Belange Rücksicht nehmen, auf den Naturschutz, den Artenschutz, auch auf die Nähe zur Wohnbebauung – um das einmal zu erwähnen.

(Abg. Winfried Mack CDU: So!)

Wir haben einen Windenergieerlass, in dem klar geregelt ist, wie das gemacht wird.

In der Vergangenheit haben etwa 65 % der Antragsteller bei reinen Wohngebieten – das ist nun einmal im Baurecht ein feststehender Begriff – bereits Abstände von 900 und 1 000 m gewählt. Das können sie auch mit unserem Windenergieerlass. Sie müssen es jeweils individuell begründen. Wir können nicht einen höheren Abstand wählen. Eine ganze Reihe von Gerichtsentscheidungen zeigen, dass dies nicht möglich ist. Vielmehr sind die 700 m gewählt worden, weil damit die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen – Lärm, Infraschall, Schattenwurf – immer eingehalten werden. Das ist der Grund, warum es heißt: mindestens 700 m Abstand.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Paul Nemeth CDU – Abg. Anton Baron AfD: Da wird die Höhe nicht berücksichtigt!)

Meine Damen und Herren, es geht also, wie gesagt, darum, immer die örtlichen Gegebenheiten einzubeziehen. Das, glaube ich, machen wir mit der Regelung, die wir hier in Baden-Württemberg gefunden haben.

Wichtig ist meines Erachtens noch, dass wir Kommunen, dass wir die Betroffenen auch bei solchen Prozessen, bei solchen Diskussionen vor Ort unterstützen. Ein Beispiel dafür ist das Dienstleistungsangebot „Forum Energiedialog“. Damit wol-



(Minister Franz Untersteller)

len wir den Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern draußen im Land eine Hilfestellung leisten. Nach allem, was ich so höre, wird dies auch sehr, sehr gern angenommen.

Vor diesem Hintergrund eröffnet aus meiner Sicht die Koalitionsvereinbarung zwischen Grünen und CDU so, wie wir sie getroffen haben – mit unserem neuen Koalitionspartner –, Herr Kollege Glück, der Windkraft auch weiterhin klare Perspektiven, aber auch in dem Sinn, dass natürlich auch ausreichend Rücksicht auf andere Belange genommen wird.

In diesem Sinn sind das Ihnen bekannte Rundschreiben an die kommunalen Planungsträger und auch – das will ich an dieser Stelle durchaus auch sagen – die forstlichen Einzelfallprüfungen zu verstehen. Es geht uns um verantwortungsbewusste Nutzungen und ortsangepasste Lösungen. Dabei ist auch klar: Pauschale Abstandsregelungen gibt es nicht. Auch jeder Pachtvertrag im Forst, im Staatsforst wird einzeln geprüft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so, wie es Skeptikerinnen und Skeptiker beim Ausbau der Windkraft gibt, so gibt es in der Bevölkerung auch viele Befürworterinnen und Befürworter. Die Einweihung des Windparks in Lauterstein

(Abg. Nicole Razavi CDU: Der schönste Wahlkreis im Land!)

mit seinen 16 Anlagen, gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten, war ein richtiges Volksfest. Das, was ich da erlebt habe, habe ich an anderen Stellen ebenfalls erlebt, beispielsweise kürzlich auch in Freudenberg, ganz oben im Nordwesten des Landes.

Meine Damen und Herren, die Zahl der Anlagen in Baden-Württemberg wächst.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Stromrechnung auch!)

Wir hatten im letzten Jahr erstmals 53 Anlagen ans Netz bekommen, was in etwa einer Leistung von 145 MW entspricht. Das war eine Rekordzahl, wie wir sie zuvor in Baden-Württemberg noch nie erreicht haben. Nachdem das laufende Jahr zu drei Vierteln vorbei war, verzeichneten wir knapp 100 Anlagen, und ich kann jetzt schon sagen, dass wir in diesem Jahr insgesamt zwischen 110 und 120 Anlagen ans Netz bekommen werden, was in etwa einer Leistung von 300 MW entsprechen wird.

Erfreulich ist – auch das will ich an dieser Stelle sagen –, dass die Zahl der Anträge und auch die Zahl der genehmigten Anträge auch unter den Bedingungen des veränderten Förderregimes – wir gehen ja zukünftig über auf Ausschreibungen statt fester Vergütungen, wie wir sie bislang im EEG hatten – hoch bleiben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Parteien sollen im besten Fall dem Interessenausgleich dienen, und sie sollen gesellschaftliche Debatten führen. Ich glaube, dass Grüne und CDU bei der Windkraft beides leisten. Wir werden den Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern mit Blick auf die Veränderungen ihrer Umgebung ebenso gerecht, wie wir der Energiewende und dem Klimaschutz gerecht werden, die ebenfalls Anliegen vieler Menschen sind und die zudem unser gemeinsames politi-

ches Ziel darstellen. Mit diesem gemeinsamen Verständnis können wir den eingeschlagenen Weg weitergehen und so auch unsere langfristigen Klimaschutzziele erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Elektrifizierung Oberschwabens hat sich als Segen für die Menschen in diesem wunderschönen Landstrich erwiesen und hat ihnen das Leben, wie wir alle wissen, erleichtert. Die Region hat sich so auf den Weg in die Moderne machen können, und an die Leitungen hat man sich im Laufe der Zeit, wenn man ehrlich ist, auch gewöhnt. An der Lieblichkeit dieses wunderschönen Landstrichs hat sich auch durch diese Leitungen bis zum heutigen Tag nichts geändert.

Ich glaube, mit der Windkraft wird es ganz ähnlich gehen. Wir werden uns an die Anlagen gewöhnen, und wir werden für uns und unsere Kinder gewährleisten können, dass wir damit klimaneutralen Strom erzeugen. Vor dem Hintergrund der Veränderungen, die der Klimawandel auch bei uns mit sich bringen wird, werden wir darüber noch froh sein.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort noch einmal Herrn Kollegen Glück für die FDP/DVP-Fraktion.

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Nemeth, es ist schon faszinierend: Sie sind Mitglied einer Regierungskoalition, und selbst über solche Fragen wie die, ob beim Windkraftausbau ein 10-%-Ziel bis zum Jahr 2020 gilt, herrscht offensichtlich keine Einigkeit. Sie sagen auf der einen Seite, das Ganze wäre vom Bund einkassiert worden; deswegen spielten die 10 % keine Rolle. Der Minister schreibt in seiner Stellungnahme zu Frage 1 des Antrags, weiterhin gelte das 10-%-Ziel zur Windenergienutzung.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das war noch im Übergang!)

Das Zweite ist: Sie sagen, dass es beim Thema Abstandsregelung einen Kompromiss gegeben habe, dass man dies doch vor Ort am besten bestimmen könne. Lesen Sie den Antrag durch, insbesondere die Stellungnahme zu Frage 5. Diese Ihre Aussage, die Sie im Wahlprogramm hatten, weicht nicht von den bisherigen Ausführungen des Windenergieerlasses ab. Es ist alles so geblieben, wie es war.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das stimmt nicht! Falsch! Haben Sie es noch immer nicht verstanden? – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Der Kollege Nemeth sagt immer das Richtige!)

Sie müssen sich doch darüber einig werden. Der Minister sagt doch etwas ganz anderes als Sie. Ich kann Ihnen nur sagen: Lesen Sie diesen Antrag. Die Stellungnahme wird Sie schockieren, denn dann werden Sie merken, wie Sie über den Tisch gezogen worden sind, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU.

(Unruhe – Zuruf: Das ist die Eifersucht!)

(Andreas Glück)

An Herrn Kollegen Gruber gerichtet muss ich übrigens sagen: Wir haben unterschiedliche Positionen beim Thema Windkraft. Aber Herr Gruber hat diesen Antrag wenigstens gelesen; er konnte wenigstens darauf eingehen. Er hat nämlich auf genau die gleichen Punkte gezeigt wie ich gerade eben auch.

Dann zu dem Vorwurf, den Sie erhoben haben, die FDP/DVP wolle nicht Teil der Energiewende sein.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Kommt mir langsam so vor!)

Das stimmt nicht. Aber wir wollen das Ganze eben sinnvoll machen, verstehen Sie? Hirnloses Losrennen bringt Sie dem Ziel nicht unbedingt näher.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn Sie in die USA wollen, fangen Sie doch auch nicht an zu schwimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Paul Nemeth CDU: „Hirnlos“ nehmen Sie zurück! – Glocke des Präsidenten)

– Nein, das nehme ich überhaupt nicht zurück. Das ist nämlich absolut unkoordiniert, Herr Kollege.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das kostet Sie mindestens ein Bier!)

Ich sage Ihnen eines: Wenn wir bei der Energiewende etwas erreichen wollen, Herr Kollege Nemeth, dann müssen wir unsere Stärken stärken. Wir müssen bei dem Thema Energieeffizienz und vor allem bei dem Thema Innovation weiterkommen. Das haben Sie vorhin hier vorn kein einziges Mal in den Mund genommen, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Paul Nemeth CDU: Natürlich Energieeffizienz! Das ist ja absolut hirnlos!)

Dann noch zu dem Thema vom Herrn Minister. Herr Minister Untersteller, Sie können doch Strommasten nicht mit zum Teil über 200 m hohen Windkraftanlagen vergleichen.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Der Vergleich hinkt. Da vergleichen Sie Äpfel mit Birnen. Und es ist doch bezeichnend, dass Sie einzelnen Abgeordneten Ihres Koalitionspartners einräumen, dass Sie Probleme mit der Windkraft haben. Das Gleiche wollen Sie aber der Opposition nicht einräumen. Was ist denn das für eine verquere Welt? Bei Ihrem Koalitionspartner ist es okay, dass er eine andere Meinung hat, aber bei der Opposition ist das eine Unverschämtheit. Da stimmt doch irgendetwas nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann noch mal zur Frage: Woher wollen wir die Stromerzeugung denn nehmen, wenn nicht von der Windkraft? Ich sage Ihnen: auf jeden Fall nicht von der Windkraft.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das ist doch keine Antwort!)

Denn an Tagen wie dem vergangenen Montag z. B. standen die Windkraftanlagen definitiv still. Wir brauchen eben ande-

re Wege. Es ist Augenwischerei, Windkraftanlagen hinzustellen. Wenn es windstill ist, nützen sie nichts.

Zum Abschluss möchte ich noch etwas sagen –

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Herr Gall, jetzt seien Sie mal ruhig.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt lassen wir wieder Ruhe einkehren, und Sie, Kollege Glück, kommen zum Schluss. Ihre Redezeit ist überschritten.

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Jawohl. Das mache ich sehr gern. – Jetzt möchte ich noch etwas zur AfD sagen. Vielleicht passen Sie jetzt einfach mal kurz auf. Vorhin – bei diesem ganzen Gestammel, was ich mitbekommen habe – konnte ich dem Kollegen leider nicht wirklich folgen. Das muss ich gestehen. Aber eines habe ich mitbekommen: Sie wollen ein Moratorium zum Thema Windkraft.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der AfD, genau das ist Ihr Problem. Sie knallen Dinge heraus von der Kategorie „Wünsch dir was“, und es ist Ihnen völlig wurscht, ob das realistisch ist oder ob das unrealistisch ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist der Energiemix!)

In einem Rechtsstaat gibt es Regeln.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Sagen Sie das Frau Merkel!)

Es gibt ausgesprochene Genehmigungen, es gibt eine Zuständigkeit des Bundes. Wenn Sie hier Dinge rausknallen wie das Thema Moratorium, dann ist das nur reiner Populismus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Entweder Sie wissen es nicht besser, oder – noch schlimmer – Sie wissen es besser und wollen nur Stimmen abkassieren. Ich sage nur: Pfui vor Ihrem Politikstil.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD erteile ich nochmals dem Kollegen Gruber das Wort.

**Abg. Gernot Gruber SPD:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Umweltminister Franz Untersteller! Ich kann inhaltlich mit fast allem, was der Umweltminister gesagt hat, übereinstimmen. Aber ich bin doch ein bisschen enttäuscht, dass auf die konkreten Fragen, die ich gestellt habe, nicht wirklich eine Antwort gegeben worden ist. Deswegen habe ich mich noch einmal kurz zu Wort gemeldet.

Punkt 1 war der Widerspruch: 700 m Mindestabstand, 1 000 m Vorsorgeabstand und die Vorgabe vom Landesforst und vom Landwirtschaftsminister, Standorte, die näher als 1 000 m zur

(Gernot Gruber)

nächsten Wohnbebauung liegen, nicht mehr als Windkraftstandorte zu vermarkten.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Es gab dazu zwar die Relativierung, dass eine Einzelfallprüfung vorgenommen werde, aber keine Klarstellung. Gilt das Wort des Landwirtschaftsministers, oder gilt es nicht?

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt war das Schreiben des Umweltministers an die kommunalen Planungsträger, wonach bei besonderer Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit betroffener Wohngebiete, vor allem wenn es um reine Wohngebiete geht, ein Abstand von 1 000 m möglich ist. Ich hatte darum gebeten, konkrete Entscheidungskriterien hierfür zu benennen. Leider muss ich sagen: Da war in Ihrer Rede Fehlanzeige.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist individuell!)

Vielleicht können Sie dazu noch Fakten nachliefern.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/46. Der Antrag ist ein reiner Berichts-antrag und kann somit für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Wird die grün-schwarze Landesregierung den grün-roten Kurs der einseitigen Fixierung auf die Pflichtganztagschule fortführen oder sich für Wahlfreiheit einsetzen? – Drucksache 16/64 (Geänderte Fassung)**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie, dass ich meine Rede mit drei Zitaten beginne:

(Zuruf: Immer gut!)

*Echte Wahlfreiheit zu haben, die den Bedürfnissen meiner Kinder und unserer Familie am ehesten gerecht wird. Die Möglichkeit, auf individuelle Bedürfnisse meiner Kinder einzugehen, diese gezielt zu fördern und in ihrer gesamtheitlichen Entwicklung individuell zu unterstützen. Fähig- und Fertigkeiten zu erlernen, die nicht in der Grundschule angeboten und vermittelt werden. Ich möchte entscheiden können!*

– Aus Eggenstein-Leopoldshafen.

*Ich habe selbst vor 15 Jahren von offenen Systemen profitiert, als ich als junge Mutter zwischen verschiedenen Arbeitszeitmodellen wechseln konnte und die Betreuung meines Grundschulkindes jeweils anpassen konnte. Wir brauchen diese Flexibilität, weil der Arbeitsmarkt das Gleiche von den berufstätigen Eltern verlangt.*

– Aus Böblingen.

*Um meinen Kindern die Möglichkeit zu geben, Kind zu sein. Soziale Kontakte unter Freunden zu pflegen. Spielen zu können. Weiterhin auch an Vereinsaktivitäten teilzunehmen und nicht nur fünf Tage die Woche nur an die Schule zu denken. Dieses Leben erfahren die Kinder im Job noch früh genug. Als Vereinsvorstand ist es für die Vereine wichtig, dass die Kinder auch noch die Vereinsaktivitäten wahrnehmen können.*

– Aus Dotternhausen.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, treffender als diese Zitate kann man eigentlich nicht auf den Punkt bringen, worum es bei der offenen Ganztagschule geht. Die Zitate stammen übrigens alle von Unterzeichnern der Onlinepetition „GRUNDSCHULE: Für ECHTE Wahlfreiheit und Freiwilligkeit im Ganztag!“, die vor knapp zwei Wochen angelauert ist.

Dass das Thema „Ganztage, offen oder verpflichtend?“ zahlreiche Bürgerinnen und Bürger umtreibt, hat auch die Kultusministerin bemerkt und für morgen einen Ganztagsgipfel anberaumt. Noch hat sie uns allerdings nicht wissen lassen, wohin die Reise gehen soll.

Als sie zu Beginn ihrer Amtszeit zum Thema Ganztage befragt wurde, sprach sie noch von einem „Flickenteppich“. Das ließ die Anhänger der Wahlfreiheit besorgt aufhorchen, denn die jetzige Kultusministerin hatte sich bereits in ihrer Zeit als Stuttgarter Schulbürgermeisterin als Verfechterin der eisenharten Linie –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eisenmannharte!)

Ganztage oder gar nicht Ganztage – profiliert. Für Zwischenlösungen wie den offenen Ganztage oder Horte als Ergänzung zur Schule war im Eisenmannschen Modell kein Platz mehr. Das Modell war damit im Grunde genommen die Blaupause für das Ganztagsmodell von Grün-Rot. Nur die verpflichtend rhythmisierte Ganztagschule nahm die damalige Regierungskoalition ins Schulgesetz auf.

Wenn nun jemand nach dem Verbleib der offenen Ganztagschule fragte, kam von Grün-Rot damals reflexartig die Antwort: „Die haben wir doch schon. Wir nennen das Wahlform, und die steht ja auch im Schulgesetz.“ Die Wahlform bedeutet aber nur, dass eine Schule einen Ganztagszug und einen Halbtagszug anbietet. Da der Ganztage zwingend rhythmisiert zu erfolgen hat, wie § 4 a Absatz 1 des Schulgesetzes verfügt, kann ein Halbtagschüler auch nicht einfach an einzelnen Angeboten des Ganztags teilnehmen, weil diese über den ganzen Tag verteilt sind. Wahlform heißt im Klartext: Ganztage oder gar nicht Ganztage.

(Dr. Timm Kern)

Im Unterschied dazu bedeutet die offene Ganztagschule Unterricht am Vormittag und offene Angebote nachmittags. Das bedeutet deshalb ein Mehr an Wahlfreiheit, weil die Eltern darüber entscheiden, an welchen Nachmittagen ihr Kind die Schule besucht und an welchen nicht.

An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, sei mit einem zweiten sorgsam gepflegten Missverständnis aufgeräumt. Anders als von Grün-Rot behauptet, besitzt auch die offene Ganztagschule einen verbindlichen Rahmen. Der Gesetzentwurf der FDP/DVP-Landtagsfraktion zur Einführung einer offenen wie einer gebundenen Ganztagschule im Schulgesetz sah vor, dass die Anmeldung für ein offenes Angebot mindestens für ein Schulhalbjahr verbindlich ist.

Der liberale Gesetzentwurf bekam von der grün-roten Regierungsmehrheit aber bekanntlich keine Chance. Dabei ist die offene Ganztagschule offenbar beliebt, so beliebt, dass ihr selbst die Privilegierung der verpflichtend rhythmisierten Ganztagschule kaum etwas anhaben konnte. Trotz lockender besserer Ausstattung mit bis zu zwölf Lehrerwochenstunden pro Klasse haben seit dem Schuljahr 2014/2015 bis jetzt laut Landesregierung nur 132 offene und teilgebundene Ganztagschulen auf den verpflichtenden Ganztags nach dem Schulgesetz umgestellt. 222 Ganztagschulen sind demnach im Schulversuch geblieben.

Der Städtetag verweist darauf, dass aktuell nur 16 % der 2 400 Grundschulen im Ganztagsbetrieb sind, und darauf, dass die grün-rote Landesregierung 2014 noch mit einer Ganztagsgrundschulquote von rund 70 % bis 2023 rechnete. Eine Umfrage von INSA-CONSULERE im Auftrag der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz kam 2014 zu dem Ergebnis, dass 62 % der Eltern eine Ganztagschule mit freiwilligen Angeboten am Nachmittag wünschen. Weitere 16 % halten eine Halbtagschule für ausreichend, und nur 20 % sind für verpflichtende Ganztagschulen.

Auch die Erfolgsgeschichte der Horte belegt den Bedarf an flexiblen Betreuungsmöglichkeiten. Zwischen dem Schuljahr 2011/2012 und dem Schuljahr 2014/2015 hat sich die Zahl der vom Land geförderten Horte von landesweit 16 487 auf 20 558 erhöht. Davon sind 2 579 Neugruppen. Das bedeutet eine Steigerung um knapp ein Viertel in vier Jahren. Mit einer steigenden Tendenz wird gerechnet.

Dass mit der Einführung der verpflichtenden Ganztagschule die Hortbezuschung gekippt wird, wirkt völlig aus der Zeit gefallen. Weder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird so gefördert, noch wird der Wunsch vieler Familien nach eigenständiger Gestaltung ihrer freien Zeit respektiert.

Wir Freien Demokraten sind außerdem davon überzeugt, dass die Verankerung der offenen Ganztagschule im Schulgesetz dabei hilft, dass Schule in der Zivilgesellschaft auch verankert bleibt. Die FDP/DVP-Fraktion hat die Monetarisierung ausdrücklich unterstützt. Die Schulen können ihnen zugewiesene Personalmittel demnach zur Hälfte für Kooperationen mit außerschulischen Partnern verwenden. Besser aber wäre ein Kooperationsbudget für alle Schulen und damit ein echter Anreiz, beispielsweise mit Sport- oder Musikvereinen, mit Musik- oder Kunstschulen, mit Trägern der Jugendarbeit und vielen anderen gemeinsam schulische Angebote zu entwickeln und auch durchzuführen.

Gleichzeitig sollte es nach unserer Auffassung auch weiterhin Angebote, das heißt eine Zivilgesellschaft außerhalb des Schulbetriebs geben. Mit der einseitigen Fixierung auf die verpflichtend rhythmisierte Ganztagschule ignorierte die grün-rote Landesregierung nicht nur die Realität und die Bedürfnisse unserer Gesellschaft, sondern konterkarierte sie. Das grün-rote Ganztagsmodell ist nichts anderes als ein einseitiges Scheuklappenzwangsmodell.

Die Kommunen sind da deutlich weiter als die Landesregierung. Ich zitiere aus der „Südwest Presse“ vom 22. November:

*Die Förderpolitik des Landes nach dem Motto „Ganzoder-gar-nicht“ werde der Lebenswirklichkeit an den Schulen nicht gerecht und erzeuge dort lähmende Konflikte, sagte Bildungsdezernent Norbert Brugger. „Wir müssen respektieren, dass ein Teil der Elternschaft flexible Angebote gegenüber verbindlichen Ganztagsangeboten bevorzugt.“*

Wir Freien Demokraten fordern deshalb, neben der verpflichtenden auch die offene Ganztagschule ins Schulgesetz aufzunehmen und die Horte unabhängig von der Ganztagschule wieder zu fördern. Die CDU hat im Übrigen einem gleichlautenden FDP/DVP-Antrag vor einem Jahr bereits zugestimmt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da war die Welt noch anders!)

Die Onlinepetition hat übrigens mittlerweile – Stand heute Morgen – die Marke von 1 113 Unterstützern geknackt. Dazu gratuliert die FDP/DVP-Fraktion den Initiatoren sehr herzlich. Gern würden wir auch Grün-Schwarz, der Landesregierung, zur Einsicht gratulieren, dass erfolgreicher Ganztagsbetrieb und Wahlfreiheit untrennbar miteinander verbunden sind.

Wir Freien Demokraten sind auf die heutige Debatte gespannt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Boser das Wort.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Für uns sind Verlässlichkeit und Qualität die wichtigsten Leitlinien für die kommenden Jahre in der Bildungspolitik. Daher war die gesetzliche Verankerung der Ganztagschule an Grundschulen und den Grundstufen der Förderschulen eine der wichtigsten bildungspolitischen Maßnahmen der letzten Legislatur. Damit wurden die Rahmenbedingungen für die Ganztagsgrundschule nicht nur enorm verbessert, sondern sie wurden auf eine qualitativ hochwertige Grundlage gestellt.

Gemeinsam mit den Kommunen wurde dabei klar vereinbart, dass das Land die Ganztagschule so ausstattet, dass vor Ort ein gutes Konzept umgesetzt werden kann, und die Schulträger – die Gemeinden und Kreise – sich nach wie vor für flexible Angebote einsetzen. Ein gutes pädagogisches Konzept ist dabei für uns die wichtigste Voraussetzung, um den Schülerinnen und Schülern im Ganztagsbetrieb die bestmögliche Förderung mit auf den Weg zu geben.

(Sandra Boser)

Aber nicht nur die individuelle Förderung ist ein wichtiger Mehrwert in diesem Ganztagskonzept. Auch die Einbindung von außerschulischen Partnern, um ein breites Zusatzangebot im sportlichen, musischen oder künstlerischen Bereich zu liefern, ist ein wichtiger Baustein in unserem Ganztagskonzept.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Für uns Grüne ist eines klar: Qualität und Verlässlichkeit sind auch in der Ganztagschule die wichtigste Grundlage. Denn Ganztagschule ist für uns mehr als nur ein Betreuungsangebot.

(Beifall bei den Grünen)

Natürlich sind wir auch in regem Austausch darüber, wie dieses Schulgesetz in der Öffentlichkeit, wie es vor Ort ankommt. Daher haben wir bereits im September ein Fachgespräch zum Ganztagskonzept durchgeführt. Wir haben mit allen an der Ganztagsgrundschule Beteiligten gesprochen. Das Ergebnis dieses Fachgesprächs war völlig klar: Für dieses Ganztagschulskonzept wurde viel Lob ausgesprochen.

(Beifall bei den Grünen)

Weder der Landeselternbeirat, der Landesschülerbeirat, die Lehrerverbände noch die anwesenden Schulen – keiner von ihnen – sahen gravierenden Änderungsbedarf. Dieses Fachgespräch hat uns damit gezeigt: Das Gesetz ist eine sehr gute Grundlage für die Umsetzung der Ganztagsgrundschule in Baden-Württemberg.

Wir haben dabei auch Kritik mitgenommen. Diese kam vor allem von den außerschulischen Partnern – mit dem Hinweis, sie würden noch zu wenig vor Ort eingebunden. Diese Kritik nehmen wir gern auf. Unser Interesse ist dabei völlig klar: Wir wollen, dass die außerschulischen Partner gut in die Ganztagsgrundschule integriert und gut beteiligt werden. Daher wird es unser Anliegen sein, zu prüfen, wie wir die Rahmenbedingungen verbessern können, damit außerschulische Partner besser mit in die Ganztagschule eingebunden werden.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Andreas Kenner SPD)

Als zweite Kritik wurde geäußert, dass das Mittagsband nicht Teil des pädagogischen Konzepts ist. Da wurde eher der Wunsch geäußert, auch das Mittagsband mit in die Pädagogik aufzunehmen und zu versuchen, gerade für Kinder an Grundschulen auch in der Mittagspause ein familiäres Umfeld zu gewährleisten, das diese brauchen, und den Schulen die Möglichkeit zu geben, auch das Mittagsband zu integrieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Qualität ist auch für die Eltern das wichtigste Kriterium. Dies zeigt die repräsentative Umfrage der Bertelsmann Stiftung zur Ganztagschule, deren Ergebnis im September veröffentlicht wurde. Eine Kernaussage hierbei war: Eltern von Kindern an Ganztagschulen sind zufriedener als Eltern von Kindern an Halbtagschulen.

Im Detail hat die Umfrage gezeigt, dass die besten Noten für die – für die Chancengerechtigkeit notwendige – individuelle Förderung an gebundene Ganztagschulen vergeben wurden. Dort zeigten sich 70 % der Eltern davon überzeugt, dass

die individuelle Förderung bestmöglich umgesetzt wird. Bei den offenen Ganztagsangeboten waren es 63 %.

Derzeit wird in allen bildungspolitischen Diskussionen die Qualität an unseren Schulen wie ein Mantra beschworen. Warum wollen Sie dies nun bei den Ganztagschulen nicht als Kriterium an die erste Stelle setzen?

Wir, die Grünen, stehen zur Wahlfreiheit. Eltern sollen selbst entscheiden können, ob ihr Kind die Ganztagschule wählt oder nicht. Diese Wahlfreiheit wird durch das bestehende Gesetz erfüllt.

Wenn aber Eltern den Besuch einer Ganztagschule wählen, dann ist für uns eines völlig klar: Der pädagogische Mehrwert und die Qualität stehen dabei an erster Stelle. Dies sollte auch für alle anderen gelten, die sonst immer das Hohelied für mehr Qualität an unseren Schulen singen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Zu ihrer ersten Plenarde erlaube ich der Kollegin Felder für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Sylvia Felder** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, wer te Kolleginnen und Kollegen! Für uns alle steht heute außer Frage, dass wir ein Ganztagsbetreuungsangebot an unseren Schulen brauchen. Das ist nicht nur eine Feststellung, das ist Programm. Unsere Diskussion dreht sich also nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie. Wie soll das Ganztagsangebot ausgestaltet werden, was sind die Leitgedanken und Zielsetzungen? Dabei empfehle ich uns allen, die Bedürfnisse der Eltern und das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt unserer Überlegungen zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn diese sind uns Leitschnur und Verpflichtung politischen Handelns.

Wenn ich in mein persönliches Umfeld schaue, dann erkenne ich sehr unterschiedliche Erwartungen. Da ist einmal eine junge Familie, die sich dafür entschieden hat, dass ein Partner für die Kinder da ist und seine berufliche Tätigkeit unterbricht. Nicht umsonst haben wir Instrumente entwickelt, die dies nicht nur respektieren, sondern auch ausdrücklich unterstützen.

Da ist zum anderen eine junge Familie, die sich für eine zügige Rückkehr ins Berufsleben entschieden hat und dazu auf Betreuungsangebote vertraut. Auch für diese Vorstellung müssen wir ein passendes Angebot machen.

Für mich ergibt sich daraus die Erwartung, dass ein künftiges Ganztagsangebot unterschiedlichen Lebensentwürfen gleichermaßen gerecht wird. Ich bin mir dabei durchaus bewusst: Das ist eine anspruchsvolle Erwartung. Ein Ganztagsangebot soll die Eltern entlasten, aber zweifellos nicht bevormunden. Der Schlüssel liegt in der Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

(Sylvia Felder)

Ja, es soll für Kinder und Jugendliche möglich sein, eigenes Engagement – im Verein, als Sportler, als Musiker oder als Ministrant – zusammen mit Freunden in der außerschulischen Zeit zu verwirklichen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Denn es gibt auch Lernorte außerhalb der Schule, die uns wichtig sind. Dazu bedarf es Freiräume.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Und es soll ein organisiertes Angebot geben – verlässlich und attraktiv. So kann den unterschiedlichen Bedürfnissen von Familien am besten entsprochen werden.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, der morgige Ganztagsgipfel ist eine gute Gelegenheit, die Vor- und Nachteile des bestehenden Ganztagsangebots zu erörtern und Verbesserungen zu vereinbaren. Eltern, Lehrer, Schüler, die Anbieter außerschulischer Angebote aus den Bereichen Sport, Musik, Kunst und Kirche, Schulträger, Vertreter der Wirtschaft können dort ihre Erfahrungen mit dem bisherigen Ganztagsangebot einbringen.

Daher werden wir dem Beschlussteil des Antrags der FDP/DVP heute nicht zustimmen, denn wir sind bereits auf dem Weg der Weiterentwicklung. Lassen Sie uns morgen bitte erst zuhören, was die Erkenntnisse und Themen des Ganztagsgipfels sind – zuhören, dann die Weichen stellen, dann entscheiden. Aus dieser Vielzahl von Informationen morgen gilt es dann die richtigen Schlüsse zu ziehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Für mich steht dabei ein Ziel fest: Wir müssen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessern, ohne dabei anderen Familien das Recht auf mehr Zeit mit ihren Kindern zu beschneiden. Das wird nicht ohne Kompromisse und Zugeständnisse gehen. Nicht jeder Elternwunsch ist erfüllbar, nicht jede organisatorische Hürde ist unüberwindbar.

Lassen Sie mich die Entwicklungsperspektiven grob skizzieren.

Erstens: Ganztagschule soll noch mehr die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Dazu kann eventuell auch eine engere Verzahnung mit anderen Angeboten wie Hort oder verlässliche Grundschule beitragen.

Zweitens: Ganztagschule ist nicht Aufbewahrung oder Füllmaterial, sie braucht ein Angebot an Betreuung von hoher Qualität,

(Beifall bei der CDU)

soll einladen, Neues zu entdecken, soll Fähigkeiten fördern und Vielfalt ermöglichen.

Drittens: Anbieter außerschulischer Angebote sollen echte Partner der Schulen sein, mit denen eine längerfristige Zusammenarbeit angestrebt wird – zuverlässig und kompetent.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen eine erfolgreiche Zukunft des Ganztagsangebots mit Wahlfreiheiten – im Interesse der Eltern, zum Wohl der Kinder und als qualitatives Angebot in einem Bildungsland Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der AfD und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Balzer.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Über was debattieren wir heute? Wir diskutieren laut dem Antrag der FDP/DVP über einen „Flickenteppich“ – zumindest wurde es in den Medien im März dieses Jahres so genannt. Wir reden über die Zunahme von Ganztagsbeschulung, über grün-rote Politik. Wir fragen: Warum will die Regierung mehr Ganztagsbeschulung durchsetzen?

Laut den Angaben in der Drucksache 16/64 hatten wir im Schuljahr 2011/2012 1 408 und im Schuljahr 2015/2016 2 083 Schulen mit Ganztagsangebot – dies ist eine Zunahme um über 40 %. Meine sehr geehrten Damen und Herren, stehen tatsächlich der Bedarf, der Wunsch der Schüler und der Familien hier im Vordergrund? Oder stehen andere Ideen, möglicherweise ein anderes Gesellschaftsbild, hinter diesem Konzept? Diesem Eindruck kann man sich nicht ganz entziehen.

Jeder von Ihnen war vermutlich selbst in der Schule,

(Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

und nur wenige waren es wirklich freiwillig und immer gern. Ich selbst war bei der damaligen Diskussion in den Achtzigerjahren froh, dass der Kelch des fast täglichen Nachmittagsunterrichts weitgehend an mir und meinen Klassenkameraden vorübergegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Stefan Teufel CDU)

Die eigentliche persönliche Entwicklung fand woanders statt: nachmittags im Sportverein, beim Spielen mit den Freunden.

Hinter dem Schulkonzept der verpflichtenden Ganztagschule der grünen Landesregierung steht nicht ein Zeitplan, sondern eine Schulutopie. Doch vieles deutet, wie das Gutachten der Universität Tübingen zur Geschwister-Scholl-Schule gezeigt hat, darauf hin, dass diese Utopie längst zerbrochen ist. Wir haben darüber schon gesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die IQB-Studie hat eklatante Schwächen dieser Bildungspolitik aufgezeigt. Betreuung – dieses Wort ist mir vorhin wieder aufgefallen – statt Wissen und Lernen. In der Ganztagschule werden die Kinder der Erziehung und den Förderungsmöglichkeiten durch die Eltern eher entzogen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Rainer Balzer)

Aber Lernen erfolgt nicht nur in der Schule. Wenn der angehende Flugzeugingenieur keine Zeit mehr hat, sein Modellflugzeug auf der grünen Wiese zu erproben, wenn der zukünftige Profisportler nicht mehr genug Zeit hat, das zu trainieren, was er in der Schule nicht trainieren kann, was nützt dann die Schule?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Alles das, was in der Schule als Ersatz angeboten wird, reicht nicht im Entferntesten, meine Damen und Herren, an den Leistungsstandard heran, den der junge Mensch in privater Initiative und aus freiem Willen zu entwickeln bereit ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Diese Politik schafft eine verschulte und verwaltete Kindheit.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Und das ist nicht das, wofür diejenigen angetreten sind, die tatsächlich eine Förderung der individuellen Begabungen haben wollen.

Interessanterweise wissen Sie das eigentlich sogar selbst: Das neue schöne Wort lautet „Rhythmisierung“ – das klingt wie „Schöne neue Welt“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Auf Seite 27 des Koalitionsvertrags beschreiben Sie die Fortsetzung des grün-roten bildungspolitischen Kurses. Was, meine Damen und Herren, bedeutet Rhythmisierung eigentlich? Eine pädagogische Notwendigkeit, also keine Willkür. Ich darf mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, aus der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag zitieren:

*... jeden einzelnen Schultag für die Kinder bewusst zu gestalten und dafür Sorge zu tragen, dass Phasen des konzentrierten Lernens sich abwechseln mit Bewegungsangeboten, mit musisch-kulturellen Angeboten, mit Entspannung, Kommunikation usw.*

Meine Damen und Herren, auf Deutsch ist Abwechslung gemeint.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Und dafür sorgt ein guter Lehrer eigentlich sowieso.

Wir haben schon einmal über die Schule, über die Ziele des Unterrichts gesprochen. Diese sollten am Vormittag erreicht werden. Die zusätzliche Bewegung, den Leistungssport, das Musisch-Kulturelle, insbesondere auch die Entspannung, das machen wir privat – zu Hause oder im Verein.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, verbirgt sich hinter diesem Konzept nicht eine Betreuung – der Begriff ist schon einmal gefallen – möglicherweise zur Beeinflussung der Kinder und Jugendlichen? Denn ich habe aus eigener Erfahrung bereits am Anfang meiner Ausführungen gesagt:

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was kommt jetzt?)

Die jungen Leute wollen gar nicht so lange in der Schule bleiben. Sie sind froh, wenn sie einmal mit anderen Jungs und Mädchen zusammenkommen – und nicht immer nur mit ihren Klassenkameraden unter Aufsicht eines Lehrers.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Sie schreiben ja selbst – ich darf nochmals zitieren –:

*Die Rhythmisierung steht dafür, dass die Kinder die längere Verweildauer in der Ganztagschule gut bewältigen*

...

Weil man das sonst fast nicht aushalten kann.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Und: Die Kinder sollen

*aus den einzelnen Angeboten für sich Gewinn ziehen können.*

Ja, da schau hin! Eine freiwillige Teilnahme am Mathematikunterricht, oder was ist damit gemeint?

(Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Genau das wollen wir eigentlich nicht.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wenn man keine Ahnung hat, sollte man nichts sagen!)

Natürlich wird das Angebot nicht flächendeckend sein. Vielmehr dürfen die Eltern in eigener Verantwortung auswählen, ob ihr Kind am Ganztagsbetrieb teilnimmt oder nicht. Was folgt daraus? Es gibt mittags also keine Leistungsnachweise. Und was sagt ein kluger Schüler? Dann ist es aus Sicht des Schülers überflüssig, dorthin zu gehen.

Meine Damen und Herren, wenn nur eine Schule mit gebundenem Ganztagsangebot am Ort ist, dann müssen die Eltern so lange fahren, bis sie für ihr Kind eine Schule mit offenen Wahlformen finden. Damit wollen Sie Artikel 6 des Grundgesetzes gewahrt sehen. Das Kind darf also den Schulbezirk wechseln.

An dieser Stelle muss ich wiederholen: Sie, die Politik, wir alle sollten die Schulen ...

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, bevor Sie sich wiederholen, bitte ich Sie, zum Ende zu kommen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: ... – danke – ein paar Jahre in Ruhe lassen und arbeiten lassen.

Meine Damen und Herren, wir stehen für Bürgerrechte, für eine echte Wahlfreiheit zwischen Fremd- und Eigenbetreuung von Schülern. Insofern unterstützen wir den Antrag der FDP/DVP-Fraktion als einen Minimalkonsens.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Kleinböck.

**Abg. Gerhard Kleinböck** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht rücken wir das Ganze einmal ein bisschen zurecht. Eine Ganztagschule gibt es dann, wenn die Eltern mit der Schule gemeinsam einen Kompromiss finden, wie das für die jeweilige Schule aussehen soll,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Für die Mehrheit der Eltern!)

wie der Schulträger, der dann den Antrag stellen muss, den Antrag auch zu formulieren hat. Insofern sage ich: Da ist jetzt einiges etwas falsch herübergekommen.

Ich glaube, es ist hier allen bekannt, dass wir, die SPD, am Ausbau der Ganztagschule festhalten und dass für uns die Einrichtung der gebundenen oder rhythmisierten Form das Ziel ist. Denn nur so kann unseres Erachtens Qualität auch verlässlich erreicht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nur so kann das Ziel von mehr Bildungsgerechtigkeit realisiert werden.

Meine Damen und Herren, alle seriösen Studien sprechen sich für die gebundene Ganztagschule aus. Die neueste Bertelsmann-Studie wurde bereits zitiert. Zwei Sätze daraus:

*Eltern geben Ganztagschulen gute Noten ... Vor allem gebundene Ganztagschulen punkten, indem sie gut individuell fördern.*

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aber die Zahlen sprechen doch glatt dagegen!)

Wir, die SPD, sagen schon seit Jahren: Nicht nur der Betreuungsfaktor und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Gründe dafür, mehr Ganztagsangebote einzuführen. Ganztagschulen bieten auch bildungspolitisch Möglichkeiten, das bisherige Schulsystem zu ergänzen und weiterzuentwickeln. Sie leisten einen wichtigen Beitrag, um beispielsweise Kinder zu fördern, die durch ihr soziales Umfeld nicht oder zu wenig gefördert werden und deshalb benachteiligt sind. Meine Damen und Herren, Ganztagschulen sorgen damit für mehr Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Der Deal, der im Rahmen dieser Debatten mit den kommunalen Landesverbänden 2014 abgeschlossen wurde, war, dass das Land die zusätzlichen Lehrerstunden inklusive Finanzierung des Mittagsbands bezahlt und die Kommunen die Betreuungsangebote vor und nach der Schule finanzieren. Ich weiß, dass einige Kommunen diesen Deal zum Anlass genommen haben, die bisherigen kommunalen Betreuungsangebote zu kürzen. Dass der Städtetag jetzt mit einem 17-Punkte-Papier zusätzliche Finanzmittel fordert, ist für mich angesichts der Mehrbelastung der Kommunen von 250 Millionen € nachvollziehbar. Der Druck auf die Kommunen ist ja wirklich immens, und die Aufgaben werden immer mehr.

Übrigens verstehe ich dann wirklich nicht, dass der Ministerpräsident Geld vom Bund für den Ausbau der Ganztagschulen ablehnt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP will flexible Angebote. Ich sage: Die ermöglicht das Schulgesetz schon. Ich bleibe auch dabei. Im Vorfeld der Diskussion um die Änderung des Schulgesetzes hat der Schulausschuss des Städtetags das Konzept klar formuliert. Grundschulen können in Wahlform – bislang offen oder teilgebunden – oder in verbindlicher Form – bislang gebunden – an drei oder vier Wochentagen Ganztagschulen sein. Die Zulassung der Wahlform war dabei ein Kompromissangebot an die Eltern, ein Einstieg über die Wahlform, um dann in eine gebundene Ganztagschule überzuwechseln. So sehen das übrigens auch Bürgermeister und andere Kommunalpolitiker, mit denen ich dazu im Gespräch bin.

Ich darf hier auch noch einmal deutlich machen: Wenn ich das 2014 allein hätte entscheiden können, hätte ich mich ausschließlich für die gebundene Form ausgesprochen. Wie gesagt: Das Gesetz war ein Kompromiss.

Diese Flexibilität reicht der FDP/DVP nicht. Es geht Ihnen erkennbar ausschließlich um die Betreuung. Von pädagogischen Überlegungen oder der oft beschworenen Qualität lese ich in Ihrem Antrag kein Wort. Liebe Kollegen, Ihre Klientel sorgt selbst für Pädagogik und Qualität; die kann es sich auch leisten.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP schüttelt den Kopf. – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deshalb muss ich hier ganz deutlich sagen: Der Antrag der FDP/DVP ist eine Gefahr für die gebundene Ganztagschule. Sie wollen das Bällebad nach Muster eines schwedischen Möbelhauses einführen und das auch noch bezuschusst bekommen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Oh! Jetzt aber! Sie müssen das Niveau etwas steigern! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Vermutlich wird es Sie nicht wundern, dass wir Ihren Antrag ablehnen müssen.

Ich bin einmal gespannt, meine Damen und Herren, was wir morgen als Ergebnis aus dem Ganztagsgipfel mitnehmen. Ich denke, die bessere Einbindung der außerschulischen Partner ist auch ein Thema, mit dem wir uns vor Ort immer wieder beschäftigen müssen. Ich bin auch zuversichtlich, dass wir hier und heute nicht die letzte Debatte zum Thema Ganztagschule geführt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Gedeon.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schon wieder? – Zuruf: Der will die Abschaffung!)



**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die hervorragenden Ausführungen des Kollegen Balzer im Praktisch-Konkreten noch durch ein paar philosophisch-konzeptionelle Begriffe ergänzen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Darauf freuen wir uns aber! – Abg. Winfried Mack CDU: Oje! Darauf haben wir gewartet!)

Die Halbtagsschule, wie wir sie kennen, ist der ideale Kompromiss zwischen Schule und Freizeit, zwischen grundsätzlichen Gegensätzen, die die menschliche Entwicklung ganz entscheidend bestimmen: am Vormittag die Strukturierung, die Formierung durch die Schule, am Nachmittag die Öffnung, die Entfaltung, die Entwicklung von Fantasie, am Vormittag die Dominanz des Fremden, der Fremderfahrung in der Schule, am Nachmittag die Dominanz der eigenen Erfahrung in der Natur oder in der Gruppe, wo auch immer,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

am Vormittag das Kollektiv, in das sich der Einzelne vor allem einzuordnen lernen muss, am Nachmittag dann der Freiraum vom Kollektiv, die Möglichkeit der Individuationsentfaltung, die Möglichkeit der Entwicklung des Individuums – und nicht zuletzt der Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft: am Vormittag der Einfluss über die Schule durch den Staat, am Nachmittag durch die Gesellschaft insgesamt, die ja viel mehr als der Staat ist. Ich meine nicht nur die Ehrenämter, die Vereine, die ohne die Nachmittagsfreizeit gar nicht mehr agieren können, sondern auch und nicht zuletzt natürlich die Familie, die auch noch Zeit braucht, um die eigenen Kinder beeinflussen zu können.

In diesem Sinn ist die Halbtagsschule der Goldstandard, den wir aus verschiedenen sozialpolitischen Gründen natürlich nicht umsetzen können. Es müssen Kompromisse geschlossen werden in dem Sinn, dass dann, wenn z. B. beide Elternteile arbeiten, eine Nachmittagsbetreuung – nicht ein Nachmittagsunterricht – stattfinden muss. Deswegen ist die offene Ganztagschule ein gut realisierbarer und gut vertretbarer Kompromiss, an dem wir festhalten sollten.

Die verpflichtende Ganztagschule aber stellt eine dirigistische, individualfeindliche, kollektivistische Politik dar. Sie führt letztlich zu einer totalen Verstaatlichung der Kinder, und das wollen wir nicht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Eisenmann das Wort.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Wird die grün-schwarze Landesregierung den grün-roten Kurs der einseitigen Fixierung auf die Pflichtganztagschule fortführen oder sich für Wahlfreiheit einsetzen?“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt eine klare Antwort! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja oder nein?)

– Ja, wenn ich die Frage verstanden hätte, könnte ich auch eine klare Antwort geben.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: So schwer ist die eigentlich nicht!)

– Nein, sie ist einfach aus der Zeit gefallen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ach so!)

88 % der Ganztagschulen in Baden-Württemberg werden in Wahlform geführt. Wie man da von Pflicht reden kann – flächendeckend in Baden-Württemberg –,

(Beifall bei der CDU)

habe ich nicht verstanden.

Frau Boser hat eben angesprochen, dass das Gesetz eine gute Grundlage ist. Das sehe ich genauso. Es bietet den Eltern die Wahlfreiheit, die sie brauchen. Das ist unser Grundsatz. Es ist der Grundsatz dieses Gesetzes, und es ist der Grundsatz dessen, was die grüne Landesregierung, die grün-schwarze Landesregierung fortführen wird.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ein freudscher Versprecher!)

– Na ja, es war ja Ihr Ansatz.

Herr Kern, Sie haben gesagt, dass wir uns noch nicht festgelegt hätten, wohin die Reise gehen soll. Das stimmt. Für morgen haben wir 450 Fachleute eingeladen, die sich mit der Frage befassen, wie wir den Ganztagsbereich auf der Basis dessen, was wir haben, weiterentwickeln können. Ich freue mich, dass sich übrigens auch Fachleute hier aus diesem Haus über die Fraktionen hinweg mit angemeldet haben. Es ist ein Austausch, bei dem es darum geht, die Basis, die wir haben – flexibel, Wahlfreiheit –, weiterzuentwickeln. Was wäre denn das für ein Politikstil, wenn ich bereits im Vorfeld Antworten geben würde und morgen mit denen, die dieses Thema gestalten, offen diskutieren möchte? Das ist ein Politikstil, der nicht für die grün-schwarze Landesregierung steht, aber offensichtlich für die FDP/DVP.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Können Sie mir mal sagen, mit welcher Position Sie da reingehen?)

– Herr Kern, ganz ruhig.

(Heiterkeit)

Herr Kern, ich glaube, außer der FDP/DVP hat jeder den Ansatz des morgigen Ganztagsgipfels verstanden.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ach so!)

In Foren haben wir definiert, wo die Themenfelder sind, was die weitere Einbindung der außerschulischen Partner angeht. Wie funktioniert die Monetarisierung? Wie können wir mehr Flexibilität auf der Basis von gebundenen Ganztagschulen einerseits – qualifiziert, rhythmisiert, auf hohem Niveau – und genau der Wahlfreiheit andererseits erreichen, die die Eltern

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

brauchen? Wollen wir mehr flexibilisieren? Das steht im Koalitionsvertrag zwischen Grünen und CDU. Wer lesen kann, ist im Vorteil.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Es geht nicht darum, heute schon zu sagen, was wir machen wollen. Wir gehen offen in die Beratschlagung mit jenen, die die Verantwortung haben. Deshalb habe ich auch angekündigt – das meinen wir ernst –, dass wir morgen offen über Problemstellungen diskutieren, beispielsweise auch über das, was der Städtetag durchaus zu Recht anspricht, nämlich mehr und nicht weniger Flexibilität.

Wir werden morgen keine Entscheidungen treffen, weil das absolut unfair denen gegenüber wäre, die sich detailliert mit den Themen befassen. Wir werden in einer zweiten, gleichen Konferenz im Frühjahr präsentieren, was wir uns vorstellen können, erarbeitet auf der Basis der Ergebnisse vom morgigen Tag. Wir wollen eine inhaltliche Weiterentwicklung, und zwar im Sinne einer Verbesserung und nicht einer Verschlechterung. Wir wollen gebundene und intensivere flexible Angebote, wie es in der Einladung zur morgigen Konferenz steht und überall zu lesen ist. Deshalb verstehe ich den Ansatz der heutigen Debatte leider gar nicht.

Sie sprachen an, was in Stuttgart der Fall ist. Das ist ein gutes Beispiel. Stuttgart ist eine Großstadt. Großstädte und ländliche Gebiete haben unterschiedliche Bedarfe. Auf die wollen wir mit unseren Ganztagsangeboten künftig noch besser reagieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das großstädtische Konzept der Landeshauptstadt Stuttgart – übrigens auf der Basis der Wahlfreiheit – funktioniert bestens. In Stuttgart besteht in allen Schulen, bis auf wenige Ausnahmen, Wahlfreiheit. Dieses Konzept wurde vom Stuttgarter Gemeinderat – übrigens einschließlich der Stimmen der FDP – einstimmig getragen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das kann ja in Stuttgart richtig sein! Aber es ist für andere Städte nicht richtig! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das sagt sie doch!)

Sie sollten vielleicht daran arbeiten, Ihre Kommunikation zu verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich weiß nicht, was da misszuverstehen ist.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Er will nicht!)

In Stuttgart gibt es in den Grundschulen nahezu ausschließlich die Freiheit, zwischen einer Halbtags- und einer Ganztagsbetreuung zu wählen – so, wie Sie es wollen. Das ist ein hohes Niveau.

Ich danke auch den Kommunen, die sich in diesem Bereich sehr stark beteiligen. Das Land stellt eine hohe Anzahl an Lehrerstunden bereit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben heute also ein vielfältiges Angebot. Es gibt keine Zwangsbeglückung von Eltern im Sinne von „die Ganztagsbetreuung muss sein“. Zu dieser Grundlage haben wir uns von der CDU, aber auch in der grün-schwarzen Landesregierung immer bekannt. Daran wird sich nichts ändern.

Aber nichts ist so gut, als dass man es nicht noch verbessern kann. Deshalb werden wir morgen mit den Fachleuten darüber beraten, wo in einzelnen Teilen noch Verbesserungen möglich sind. Es geht um die Frage der gebundenen, offenen oder flexiblen Betreuung, um den Hort sowie die verlässliche Nachmittagsbetreuung. Das ist der richtige Weg.

Grundsätzlich gilt: Erst zuhören, dann entscheiden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich für einen Schlusssatz noch einmal Herrn Kollegen Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich habe ich genau zugehört. Ich habe gehört, dass die offene Ganztagschule für die SPD offensichtlich das Gleiche ist wie die Bällebadbetreuung. Das, finde ich, ist eine ganz interessante Aussage und eine Diffamierung aller Eltern, die sich für ihre Kinder etwas anderes wünschen und sich an Onlinepetitionen beteiligen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? – Abg. Sabine Wölfe SPD: Quatsch! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn Sie die offene Ganztagschule als Bällebadbetreuung diffamieren, finde ich, ist das ein starkes Stück.

Die Argumente von den Grünen und der AfD waren ein Stück weit deckungsgleich, weil Sie sagen: „Wir misstrauen den Eltern. Wir wissen, was richtig ist.“ Die AfD will überhaupt keine Ganztagschule, damit Mama am Herd die Kinder bekochen kann. Die Grünen sagen: „Wir wollen die Zwangsganztagschule, weil das das Richtige für die Eltern ist.“

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich erkläre Ihnen jetzt einmal, was für die Menschen in Baden-Württemberg richtig wäre.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir, die FDP/DVP, wollen, dass es sowohl offene Angebote als auch die verpflichtend rhythmisierte Ganztagschule gibt. Wir wollen beides.

Frau Boser hat recht. Sie sagt: „Für die Eltern ist die Qualität das entscheidende Kriterium.“ Dann lassen Sie doch die Eltern entscheiden, was sie für ihre Kinder wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie misstrauen den Eltern im Grunde, weil Sie sagen, die Eltern würden sich nicht für das grün-rote Modell entscheiden. Wir wollen beides: offene und gebundene Angebote. Das ist

(Dr. Timm Kern)

Wahlfreiheit. Für ein Kind müsste die Betreuungsform für ein halbes Jahr festgelegt werden. Das klappt im Religionsunterricht und würde auch bei einem entsprechenden Ganztagschulangebot klappen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Ministerin hat es Ihnen gerade erklärt!)

Wir misstrauen den Eltern nicht, wie das Rot-Grün und die AfD im Grunde machen.

Die CDU sagt: „Wir wollen erst einmal zuhören, was morgen kommt.“ Frau Felder, wir haben schon zugehört.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Wir wissen bereits, was die Eltern wollen. Sie wollen nämlich Wahlfreiheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/64 (Geänderte Fassung). Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungersuchen enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht? –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja!)

Dem ist so. Wer Abschnitt II des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II des Antrags Drucksache 16/64 mehrheitlich abgelehnt und Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Hochwasser und Starkregenereignisse: Schutz und Prävention – Drucksache 16/65**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion. Die antragstellenden Fraktionen sind übereingekommen, die Begründung des Antrags in ihre Ausführungen zu integrieren.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich das Wort Frau Kollegin Lisbach erteilen.

**Abg. Bettina Lisbach** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Thema „Starkregen und Hochwasserschutz“ haben wir uns ja auch in der letzten Plenarsitzung schon beschäftigt. Dabei hat der

Schwerpunkt mehr auf dem Katastrophenschutz und der Entschädigung für die Betroffenen gelegen. Dieses Thema ist für die Betroffenen natürlich auch existenziell wichtig. Mit unserem heute vorliegenden Antrag wollen wir das Themenspektrum noch etwas weiter fassen. Uns geht es auch um eine Beschäftigung mit den Ursachen und um langfristig präventive Ansätze zur Schadensbegrenzung.

Häufigkeit und Stärke von Hochwasser und Starkregenereignissen haben durch anthropogene Einflüsse zugenommen. Diese anthropogenen Einflüsse sind der Klimawandel, die Veränderung der Landschaft und ihrer Nutzung, der Um- und Ausbau von Gewässern. All das hat schon die letzten Jahrzehnte über massiv stattgefunden.

Ereignisse wie im letzten Sommer machen immer wieder deutlich, dass Klimawandel nicht nur ein Phänomen in entfernten Ländern ist, sondern uns auch ganz konkret und vor unserer Haustür betrifft.

(Beifall bei den Grünen)

Als Folge der Klimaveränderungen nimmt insbesondere die Zahl kleiner und mittlerer Hochwasser zu. Ihre Zahl wird auch noch weiter zunehmen – zumindest kann man das den aktuellen Forschungen entnehmen. Auch Starkregenereignisse werden in ihrer Häufigkeit und ihrer Stärke noch weiter zunehmen. Das gilt vor allem für Starkregen in den Wintermonaten. Aber auch in den Sommermonaten ist damit zu rechnen, weil wärmere Luft mehr Feuchtigkeit aufnimmt und auch hier der Klimawandel zu einer Verschärfung der Gefahrenlage beiträgt.

In diesem Zusammenhang ist es auch ganz wichtig, dass das Bewusstsein für diese Klimafolgen in der Bevölkerung weiter steigt; denn wenn man sie stark wahrnimmt, ist man auch bereit, wirklich gegen den Klimawandel anzukämpfen, entschlossen etwas dagegen zu tun, sich aber auch – das ist auch ganz wichtig – mit den Folgen zu befassen und sich auf die Folgen, die zum Teil auch nicht mehr abwendbar sind, einzustellen.

Die Landesregierung hat im Bereich Klimaschutz in den letzten Jahren sehr viel unternommen. Dem Klimaschutz wurde Gesetzesrang eingeräumt. Das stellt seine Bedeutung noch einmal besonders heraus.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

– Da darf man ruhig klatschen, genau.

(Beifall bei den Grünen)

Es wurde das Klimaschutzgesetz mit dem Maßnahmenkonzept, dem Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept, auf den Weg gebracht, das viele wichtige und richtige Ansätze enthält. Es ist jetzt unsere Aufgabe, das in den nächsten Jahren und Jahrzehnten konsequent umzusetzen und voranzubringen.

(Beifall bei den Grünen)

Neben dem Klimawandel, der ja auch in den Debatten immer wieder präsent ist, gibt es aber noch weitere Ursachen, die dieser Erhöhung von Hochwasser- und Starkregenereignissen beitragen. Das sind zum einen der Gewässerausbau und die

(Bettina Lisbach)

Gewässerbegradigung. Sie haben in den letzten Jahrzehnten immer weiter dazu geführt, dass die Gewässerquerschnitte verengt worden sind. Gleichzeitig wurden massiv Flächen bebaut und versiegelt, was zu einem beschleunigten Abfluss bei Niederschlägen führt. Hinzu kommt, dass Retentionsflächen, die früher zur Verfügung standen, heute oft nicht mehr vorhanden sind, weil sie durch eine andere Nutzung, durch Sportanlagen, durch Gewerbeflächen und Ähnliches nicht mehr zur Verfügung stehen. Das führt dazu, dass für das Wasser kein Platz mehr da ist und Überflutungen häufiger, schneller und auch massiver auftreten.

Aufgrund dieser Entwicklung, die sich, wie gesagt, auch noch weiter verschärft, wenn wir hier nicht gegensteuern, muss der Hochwasserschutz höchste Priorität haben. Hier hat das Land auch reagiert und zum einen in den letzten Jahren die Finanzierung dauerhaft gesichert. Das ist ganz wichtig, denn Hochwasserschutz kostet auch sehr viel. Die Mittel pro Jahr wurden seit 2011 verdoppelt. Ich denke, das ist eine ganz beachtliche Leistung.

(Beifall bei den Grünen)

Im Rahmen der Novellierung des Wassergesetzes wurden diese Mittel durch die Zweckbindung von Wasserentnahme- und Wassernutzungsentgelt auch verstetigt.

Gleichzeitig wurden auch die Projekte des Integrierten Rheinprogramms weiter vorangetrieben. Das Integrierte Rheinprogramm hat ja das Ziel, den Bau von Rückhalteräumen zu realisieren. Das ist vor allem für die jeweils darunter liegenden Städte oder Gemeinden am Rhein existenziell wichtig; denn diese sind von den Überschwemmungen betroffen, wenn es am Rhein zu Hochwasser oder zu Überflutungen kommt.

Das Ziel des Integrierten Rheinprogramms – das ist uns Grünen ebenfalls sehr wichtig – ist aber, den Hochwasserschutz auch mit ökologischen Verbesserungen zu verbinden, also naturnahe Überflutungsräume zu schaffen. Hier wünschen wir uns manchmal bei der Umsetzung der Retentionsräume im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms, aber auch bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie etwas mehr Mut, der natürlichen Gewässerdynamik wirklich mehr Raum zu geben. Vielleicht ist dann nicht jeder Parkplatz, jede Erholungs- oder jede Grünfläche zu 100 % des Jahres zur Erholung und Nutzung freigegeben, aber dafür entstehen auch wieder naturnahe Ufer- und Auenräume, die ja bereits an sich einen Mehrwert darstellen und die dann auch wieder interessante Freizeit- und Erholungsflächen sind.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Winfried Mack  
CDU)

Viel Arbeit steht uns auch noch beim Thema der Ertüchtigung von vielen Hundert Kilometern Hochwasserdämmen im Land – das ist der Stellungnahme zu unserem Antrag zu entnehmen – und mit lokalen Hochwasserschutzmaßnahmen bevor. Hier ist es aufgrund der noch anhaltenden klimabedingten Veränderungen und der Verschärfung der Gefahrensituation wichtig, flexible Lösungsansätze zu wählen, also die Maßnahmen so auszugestalten, dass sie dann auch nachrüstbar sind, wenn sich die Gefährdungslage noch weiter verschlimmert.

Ein weiteres wichtiges Instrument beim Thema Hochwasserschutz sind die Hochwassergefahrenkarten, die in den letzten

Jahren erarbeitet wurden. Sie liegen nun flächendeckend für Baden-Württemberg vor, was sehr erfreulich ist. Was noch aussteht – da sind auch die Kommunen gefragt –, ist aber die Umsetzung in der Bauleitplanung, in den Flächennutzungsplänen. Die Bebauung in hochwassergefährdeten Bereichen muss zukünftig unbedingt tabu sein. Das ist ganz, ganz wichtig.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der  
AfD)

Denn wenn wir das nicht hinbekommen, wenn wir weiterhin in tiefe Gestade, in hochwassergefährdete Bereiche hinein bauen, verlieren wir noch mehr Retentionsflächen, und die Situation wird sich noch weiter verschärfen. Hier ist wichtig, dass wirklich ein Umdenken erfolgt. Ich denke, so allmählich ist das jetzt auch in den Köpfen drin.

Neben langfristig wirksamen Hochwasserschutzmaßnahmen, deren wesentliche Bereiche ich gerade aufgezählt habe, sind natürlich auch Prävention und Risikominderung wichtige Daueraufgaben. Da will ich noch einmal zwei in den letzten Monaten auf den Weg gebrachte Neuerungen aufgreifen und hervorheben, die sich auch in der Stellungnahme zu unserem Antrag wiederfinden – wobei ich betonen will, dass das keine Dinge sind, die erst in den letzten drei Monaten entstanden wären, sondern das ist das Ergebnis jahrelanger Vorarbeit –:

Im August wurde der „Leitfaden Kommunales Starkregensrisikomanagement“ aktualisiert. Dieser soll Städten und Gemeinden helfen, sich besser auf Starkregen vorzubereiten und besonders gefährdete Bereiche für jede Kommune extra zu identifizieren. Dies geschieht mithilfe von digitalen Geländemodellen, die dafür bereitstehen, Starkregenkarten für jede Kommune zu erarbeiten. Da fließen dann Kriterien ein wie die jeweilige Bodenbeschaffenheit, die Niederschlagshäufigkeit, die Nutzung oder die Versiegelung, sodass es vor Ort möglich ist, sehr spezifisch auf die Gefährdungslage hinzuweisen, aufmerksam zu machen und sich entsprechend auch besser vorbereiten zu können – jeweils spezifisch vor Ort.

Mitte September ist außerdem noch das Flut- und Warnsystem KLIWAS modernisiert worden, ein webbasiertes Hochwassermanagement- und Informationssystem, das den Kommunen ermöglicht, sich ganz gezielt auf Hochwasserereignisse und auf das, was in der jeweiligen Gefahrenlage dann an Schritten zu tun ist, vorzubereiten. Auch das ist noch einmal eine ganz wichtige Neuerung.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Kollegin, Ihre Sprechzeit ist zu Ende.

**Abg. Bettina Lisbach GRÜNE:** Okay. – Ich komme zum Ende: Wir brauchen auch noch präzisere Prognosen. Da ist der Deutsche Wetterdienst gefragt. Hier ist noch einiges zu tun.

Abschließend: Klimaschutz und Hochwasserschutz sind Daueraufgaben; das müssen wir auch unabhängig von konkreten Ereignissen voranbringen und dabei auch die Ursachenbekämpfung immer wieder konstant mit in den Blick nehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Schuler.

**Abg. August Schuler** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Starkregenereignisse Ende Mai und Anfang Juni haben auch in Baden-Württemberg, etwa in der Gemeinde Braunsbach und im Kreis Biberach, immense Schäden angerichtet. Dabei hatte unser Land leider auch Menschenleben zu beklagen. Nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstand, Stichworte Klimawandel und Erderwärmung – ja, liebe Kollegin, die gibt es tatsächlich –, werden Starkregenereignisse an Häufigkeit und Intensität zunehmen. Dabei sind diese Starkregenvorfälle zumeist lokal begrenzt; sie sind von geringer räumlicher Ausdehnung und von kurzer Dauer geprägt und stellen daher ein schwer zu kalkulierendes Überschwemmungsrisiko dar.

(Zuruf: Ja!)

Wenn überhaupt möglich, dann kann nur von kurzen Vorwarnzeiten ausgegangen werden. Alle Regionen in Baden-Württemberg können von Starkregen betroffen sein.

Diese Realität, Kolleginnen und Kollegen, haben wir alle sehr ernst zu nehmen. Ich meine, dass dieses Thema auch nicht immer nur zu politischen Kontroversen taugt. Unser Land und unsere Kommunen haben gemeinsam die zentrale Aufgabe, künftige Schäden zu vermeiden oder zumindest zu minimieren. Starkregenschutz kann wie bisher der bereits erfolgreiche Hochwasserschutz – die Kollegin hat es schon angesprochen – nur im partnerschaftlichen Zusammenwirken zwischen dem Land und unseren Kommunen gelingen.

Als Beispiel sei hier die Hochwasserschutzstrategie genannt, die nach den Rheinhochwassern in den 1990er-Jahren erarbeitet wurde. Unser Land hat seither große Anstrengungen unternommen, um Vorsorge- und Schutzmaßnahmen zu treffen. Alle zentralen Fragen des Hochwasserschutzes und der Hochwasservorsorge wurden interdisziplinär berücksichtigt. Beispielsweise wurden in den letzten 20 Jahren – diese Information haben wir in der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag erhalten – 1,1 Milliarden € aus dem Landeshaushalt in den technischen Hochwasserschutz investiert. Seit 2003 wurden unter der damals CDU-geführten Regierung Hochwassergefahrenkarten zu über 11 000 km Gewässer erstellt sowie mit den Kommunen Hochwasserparterschaften zum Erfahrungsaustausch gegründet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Diese Gefahrenkarten liefern konkrete Informationen über die mögliche Ausdehnung, Pegelhöhe und Tiefe einer Überflutung durch ein zehnjährliches, 20-jährliches, 50-jährliches oder ein 100-jährliches Hochwasser, also eine sogenannte Jahrhundertflut.

Das Land hat zudem, darauf aufbauend, ein umfassendes Konzept zum Hochwasserrisikomanagement erarbeitet, in dem viele unterschiedliche Schutzmaßnahmen zusammenwirken. Hochwasserrisikokarten ermöglichen es, für jeden Standort in Baden-Württemberg die Schwerpunkte des technischen Schutzes, des Hochwassermanagements und etwa der Bauleitplanung zu benennen. Zwischen 2004 und 2008 wurde dazuhin das FLIWAS, das Flutinformations- und Warnsystem, entwickelt und ausgebaut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese erfolgreiche Gemeinschaftsarbeit und Verantwortungsteilung von Land und Kommunen unter Beteiligung weiterer Akteure gilt es jetzt im Starkregenschutz erneut umzusetzen. Die CDU-Fraktion sieht dabei drei Handlungsfelder.

Erstens – wir haben es vor einigen Wochen diskutiert –: der Katastrophenfonds für die Kommunen. Dieser ist inzwischen eingerichtet und wurde von der Landesregierung am 8. November 2016 beschlossen. Dabei ist ein Volumen von bis zu 30 Millionen € veranschlagt: 25 Millionen € für die Behebung kommunaler Schäden und bis zu 5 Millionen € für Soforthilfemaßnahmen. Der Fonds wird über Landesmittel und über den kommunalen Finanzausgleich finanziert und ist über bereits bestehende Förderprogramme hinaus eine zusätzliche Unterstützungsmöglichkeit für unsere Kommunen bei außergewöhnlichen Schäden.

Zweitens: die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen für die Gefahren von Starkregen, die notwendige Erstellung von Starkregengefahrenkarten analog der bereits bestehenden funktionierenden Hochwassergefahrenkarten. Die LUBW, unsere Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz, hat dazu einen Leitfaden für ein kommunales Starkregenrisikomanagement erarbeitet. Das ist eine vor allem praxisorientierte Hilfestellung für kommunale Fachplaner und Entscheidungsträger. Partner der Kommunen sind dabei die Regierungspräsidien und die unteren Wasserbehörden. Fördermittel gibt es nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft.

Drittens: Die Kommunen sind jetzt gefordert, anhand von Überflutungsrisiko- und Gefährdungsanalysen Handlungskonzepte zu erstellen. Ziel ist ein kommunales Risikomanagement für Starkregenereignisse. Dazu gehören die intensive Information der Öffentlichkeit – Sie sind darauf eingegangen, Frau Kollegin, Thema „Akzeptanz und Bauleitplanung“ –, das Erstellen von Notfallplänen, städtebauliche und verkehrstechnische Konzepte, das Einbeziehen von Kanalnetzen, Straßen und Wegen, von Freiflächen und landwirtschaftlichen Flächen – um nur einen Teil des Handlungskonzepts zu nennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Schutz und die Prävention vor Starkregenereignissen kann und wird nur in intensiver Partnerschaft von Land und Kommunen gelingen. Die Schutzstrategien für alle Kommunen unseres Landes werden realistisch, ähnlich wie beim Hochwasserschutz, bis zu zehn Jahre oder längere Zeit erfordern. Beginnen wir also mit der Umsetzung besser heute als morgen. Das erwarten die Bürger von uns.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf von der CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Stein.

**Abg. Udo Stein** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Wann kommt die Flut?“, heißt es schon in einem Lied der Herren Witt und Heppner aus dem Jahr 1996.

(Abg. Winfried Mack CDU: Arche Noah!)

(Udo Stein)

Das kann man trotz modernster Technik und Vorwarnsysteme leider immer noch nicht treffsicher vorhersagen. Deshalb trifft diese Flut die Betroffenen zumeist völlig unvorbereitet und daher umso heftiger. Ganze Existenzen gehen binnen Minuten sprichwörtlich den Bach runter und werden davongespült.

In dieser emotionalen wie existenziellen Notlage hat der Bürger kein Ohr für irgendwelche Fakten wie Klimamodelle und vom Staat mitgetragene Flutinformations- und Warnsysteme, welche den Bürger auch nicht vor den Wassermassen bewahrt haben und auch leider immer noch nicht bewahren können.

In dieser Notlage erwartet die Bürgerschaft, dass ihre Not verstanden und damit auch etwas Empathie gezeigt wird. Wie die empathischen Fähigkeiten der Landesregierung aussehen, hat Ministerpräsident Kretschmann – er ist leider gerade nicht da – klar und deutlich aufgezeigt: Bürokratie geht über alles, denn schließlich könne man ja nicht mehr wie früher der Kaiser einfach den Geldsack ausschütten. Genau das will der betroffene Bürger vor der Ruine seines Eigenheims hören, meine Damen und Herren. Genau das will er hören.

Statt mit einem Geldsack wartet die Landesregierung also lieber mit einem Bürokratiesack auf. Darin enthalten sind ganz tolle, nützliche Dinge – wir haben gerade schon davon gehört –: die Hochwasserschutzstrategie, Hochwassergefahrenkarten, FLIWAS, KLIWA, das Starkregenmanagement, die Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie, Hochwasserrisikomanagementpläne,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Aber es gibt doch gar keinen Klimawandel, hat ihr Kollege gesagt!)

Hochwasserpartnerschaften, IRP, NHWSP, der Sonderrahmenplan Hochwasserschutz, Förderrichtlinien Wasserwirtschaft, Lastfall Klimaänderung usw.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja gibt es eine Klimaänderung?)

Das alles zu verlesen und den Leuten zu erklären würde die Gefahr bergen, derweil durch ein 120-jährliches Hochwasserereignis nass zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Deswegen hilft es potenziellen Unwetter- oder Hochwasseropfern auch nicht, sie auf die nächsten Jahre zu vertrösten, wenn es um Dammertüchtigung und technisch-infrastrukturelle Hochwasserschutzmaßnahmen in verschiedenen Kreisen an Gewässern erster und zweiter Ordnung geht. Es reicht nicht, den Kommunen den Leitfaden des kommunalen Starkregenmanagements in die Briefkästen zu schmeißen und darauf zu vertrauen, diese würden sich schon darum kümmern.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Böhlen?

**Abg. Udo Stein** AfD: Im Moment nicht.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Nein.

**Abg. Udo Stein** AfD: Vielmehr müssen alle Maßnahmen beschleunigt werden – da sind wir ganz eng beieinander –, gerade jetzt und gerade dann, wenn die finanziellen Mittel da-

für vorhanden sind, und das sind sie, nachdem durch die Novellierung des Wassergesetzes durch den Wasserpfennig eine Verstetigung des Mitteleinsatzes gewährleistet ist. Versuche, den Bürger in seiner Not mittels vager Versprechungen ruhigzustellen und zu hoffen, dass er dies bis zur nächsten Wahl schon wieder vergessen hat, bringen ebenfalls nichts.

Mitglieder des Bundestags, Herr Christian von Stetten von der CDU und Frau Sawade von der SPD, hatten den Bürgern rund um Braunsbach Bundesmittel in Aussicht gestellt. Herr Strobl ist im Moment leider nicht da.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Udo Stein** AfD: Nein.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Nein.

**Abg. Udo Stein** AfD: Aber wenn wir hier darauf bestehen, was die Abgeordneten von der CDU den Bürgern versprechen, und uns hier unserer Oppositionspflicht bewusst sind und darauf schauen, dass das, was versprochen wurde, auch umgesetzt wird, wird man hier noch kritisiert.

(Zuruf: Wer war das?)

– Der Herr von Stetten. Das können Sie in der Zeitung nachlesen. – Da fragen Sie sich rundum noch, warum die Bürger von dieser Art von Politik die Nase voll haben? Aus Enttäuschung. Die Glaubwürdigkeit verliert man leider nur einmal.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich der Kollegin Rolland das Wort.

**Abg. Gabi Rolland** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn jemand einmal ganz nah an einem Hochwasser oder mittendrin war, hat sich ihm die zerstörerische Kraft des Wassers tatsächlich ins Gedächtnis gebrannt. Güter im Wert von Milliarden Euro sind durch Hochwasser bedroht, und auch Leib und Leben können bedroht sein und wurden ja auch schon in Mitleidenschaft gezogen.

Vorsorge ist tatsächlich besser als Nachsorge. Deswegen hat die SPD mit darauf gedrungen, dass wir in der letzten Legislaturperiode die Mittel für den Hochwasserschutz tatsächlich mehr als verdoppelt haben und vor allem verstetigt haben. Erst seit 2011 ist Hochwasserschutz in diesem Land ernst genommen worden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das glauben Sie ja selbst nicht, Frau Kollegin!)

Es ist richtig, was auch die Kollegin von den Grünen gesagt hat: Ökologische Maßnahmen können mit Hochwasserschutzmaßnahmen hervorragend einhergehen. Retentionsflächen können entstehen, Gewässerveränderungen können durchgeführt werden, z. B. durch Dammrückverlegungen.

(Gabi Rolland)

Da muss ich an die Grünen adressiert schon sagen: Es wäre schön gewesen und nicht so ärgerlich, hätten wir den Polder Rappenwört/Bellenkopf tatsächlich mit einer Dammrückverlegung mit guten ökologischen Flutungen organisieren können. Aber leider konnte das nicht umgesetzt werden.

Jetzt haben Sie aber noch einmal eine Chance, weil sich der Polder Elisabethenwört ebenfalls hervorragend für eine Dammrückverlegung eignet. Mit ökologischen Flutungen kann man beides bekommen: eine superneue Auenlandschaft mit einem hervorragenden Hochwasserschutz. Ich bitte Sie, darauf Wert zu legen, dass das Ministerium das genau so macht.

(Beifall bei der SPD)

Die Broschüre „Starkregen – Was können Kommunen tun?“<sup>66</sup>, die wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, ist richtig gut. Sie zeigt nämlich anschaulich, was vor Ort gemacht werden kann. Das Problem ist nur: Die Verantwortung haben die Kommunen sowie die Bürgerinnen und Bürger. Das ist dann manchmal nicht so einfach, wenn es darum geht, tatsächlich Regenwasser breitflächig versickern zu lassen, Retentionsflächen wirklich herzustellen, Rasengittersteine zu verwenden, statt wasserundurchlässige Befestigungen durchzusetzen, Dachbegrünung trotz Photovoltaikanlagen vorzunehmen und auch Gewässerrandstreifen statt einer ackerbaulichen Nutzung umzusetzen. Da geht es ins Konkrete, und da liegen die Probleme, die bewältigt werden müssen.

Wenn ich lese, das Bewusstsein, Hochwasserschutzmaßnahmen zu akzeptieren, habe sich gestärkt, dann stimmt das. Die Halbwertszeit dieses Bewusstseins ist aber leider sehr gering – außer bei den Gemeinden und den Menschen, die tatsächlich richtig betroffen waren. Aber schon in der Nachbargemeinde will man schnell nichts mehr von Hochwasserschutzmaßnahmen wissen; davon haben Sie ja selbst gesprochen.

Deshalb, glaube ich, ist es sehr wichtig, eine Offensive für ein besseres Bewusstsein für Hochwasserschutzmaßnahmen zu starten und bei dem Thema noch mal deutlich zu machen: Prognosen sind gut, haben aber keine Sicherheit. Deswegen muss man sehr aufpassen. Auch wenn wir immer mehr wissen, wie sich Wetter ereignet und wie sich Klima verändert, können wir trotzdem nicht sicher sein, genau die richtige Maßnahme an der Stelle getroffen zu haben, wo in der Realität der Starkregen und das Hochwasser auftauchen.

Damit sind wir bei dem Thema Versicherungen. In der Vorlage steht deutlich, dass zwar in Baden-Württemberg noch 95 % der Gebäude versichert, aber wahrscheinlich unterversichert sind. Auch da ist viel zu tun.

Ich fasse zusammen: Die SPD-Fraktion erwartet von der Landesregierung stabile Haushaltsmittel für den Hochwasserschutz, ökologische Verbesserungen im Rahmen der Hochwasserschutzmaßnahmen, mehr Anstrengungen für ein gewässerfreundliches Bewusstsein, die Wiedereinführung der Elementarschadenversicherungspflicht und mehr Nachdruck bei der Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Andrea Bogner-Uden GRÜNE)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Baumann das Wort.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Nein! Halt, halt!)

– Entschuldigung. Sorry, Herr Staatssekretär. – Liebe Frau Kollegin Reich-Gutjahr, wie konnte ich Sie übersehen?

**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP: Ich verzeihe es gern. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Hochwasser bleibt sicher allen Menschen, die einmal ein Hochwassergebiet gesehen haben, in Erinnerung. Ich persönlich habe es nicht in Baden-Württemberg gesehen. Ich erinnere mich, dass ich einmal im Allgäu durch ein überschwemmtes Gebiet gegangen bin. Wenn man sieht, was das Hochwasser so alles mitreißt, wie es dort aussieht und wie viel Dreck man in der Bude hat – um es mal so zu formulieren –, dann weiß man, dass die Politik bei Hochwasser gefordert ist, sich einzubringen und Menschen in den verschiedenen Konstellationen, die auftreten können, zu unterstützen.

Ich glaube nicht an die Machbarkeit einer vollen Prävention. Frau Rolland sprach das gerade an. Letztendlich kann so eine Situation überall auftreten. Was hat man von Prognosen? Man kann noch wegspringen und Sandsäcke hinlegen. Aber am Ende des Tages kann man das Ereignis an sich nicht vermeiden.

Deswegen waren wir, bezogen auf die Stellungnahme des Umweltministeriums, ein bisschen enttäuscht, dass der Schwerpunkt sehr stark auf die rein technische Prävention gelegt wurde. Natürlich muss man die technischen Möglichkeiten nutzen, um dort, wo Hochwasser häufiger auftritt, Vorsorge zu treffen, damit die Auswirkungen nicht so gravierend sind.

Auf der anderen Seite sieht man: In 20 Jahren wurden für diese Aufgabe 1,1 Milliarden € eingebracht. Nichtsdestotrotz werden solche Ereignisse immer wieder auftreten. Das ist so etwas wie ein Fass ohne Boden.

Nur den Klimawandel dafür verantwortlich zu machen ist aus unserer Sicht zu kurz gesprungen. Das klingt in diesem Papier wieder etwas zu einseitig durch, als wären Winterniederschläge vor allem ein Problem der Klimaentwicklungen. Wir hatten – das erkennt man, wenn man einen Blick in die Statistik wirft – immer wieder Phasen mit besonderem Starkregen, so auch Mitte der Fünfziger- und Mitte der Achtzigerjahre. Jetzt kann man natürlich sagen: Gut, da hat sich das gesamte Thema schon angedeutet. Aber wer weiß?

Lassen Sie uns lieber auch einen Blick auf das werfen, was bei vielen Vorrednern schon anklang und in der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag zu kurz kam, nämlich das Thema Flächenversiegelung. Wir alle tragen letztendlich mit unseren Entscheidungen ständig dazu bei, dass die Abflussmöglichkeiten für Wasser im natürlichen Umfeld weniger werden, indem Flächen versiegelt werden, Boden verdichtet wird. Wir haben darauf gesetzt, das Wasser durch Kanalisierung möglichst schnell zu sammeln und abzuführen, was aber, wie wir jetzt wissen, nicht funktioniert. In Braunsbach war es wohl auch so, dass diese unterirdische Verdolung ein Teil des Problems war – wenn man Bäche und Gewässer begradigt oder verdolt.

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Insofern unterstützen wir Aktivitäten, die darauf abzielen, insgesamt die Möglichkeit, das Retentionsvolumen wiederherzustellen, deutlich zu erhöhen. Sie haben die konkreten Ansätze genannt. Da müssen Land und Kommunen natürlich zusammenarbeiten.

Das Thema ist nicht eindimensional. Vielmehr haben wir im Siedlungsbau, im Wasserbau, in der Land- und Forstwirtschaft und in der Renaturierung von Gewässern und Flächen die Ansatzpunkte, an denen man tätig werden muss. Wir erwarten auch von der Landesregierung, dass sie hier ihre Aufgaben wahrnimmt und diese Themen nach vorn treibt. Denn Hochwasser zu vermeiden ist wichtiger, als sich nur gegen die Schäden zu wehren.

Wir müssen am richtigen Punkt ansetzen und würden Herrn Untersteller und sein Haus bitten, dies in seinen Ausführungen hier auch deutlicher zu machen. Denn in der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag war uns dieser Aspekt zu kurz gekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Gabi Rolland SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** So, jetzt Herr Staatssekretär Dr. Baumann für die Landesregierung.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jungfernrede!)

– Bei der Regierung gibt es keinen Welpenschutz.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch keine Schonzeit! – Abg. Thomas Blenke CDU: Zwischenrufe erwünscht!)

**Staatssekretär Dr. Andre Baumann:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Eindrücke der Unwetterkatastrophe vom Mai und vom Juni dieses Jahres sind bei uns allen noch sehr frisch. Wir alle haben noch die Bilder von der kleinen Gemeinde Braunsbach vor Augen, die innerhalb weniger Stunden von riesigen Wassermassen verwüstet wurde, die Bilder von mitgerissenen Bäumen, von mitgerissenen Autos, von dem Leid der Menschen, die wir im Fernsehen gesehen haben, vom Schlamm, der sich in Fensterscheiben hineingedrückt hat. Das alles haben wir noch vor Augen – auch die Bilder von den anderen Gemeinden, die in ähnlicher Weise von Unwettern heimgesucht worden sind.

In Baden-Württemberg waren vier Tote zu beklagen. Das Hab und Gut von vielen Menschen wurde vernichtet, ihr Zuhause zerstört, und es gab erhebliche Schäden an Gebäuden und an der Infrastruktur.

Diese Unwetter haben wieder gezeigt: Solche Starkregenereignisse können überall im Land und auch abseits von größeren Flüssen auftreten und zu dramatischen Überschwemmungen führen.

Ob einzelne dieser Unwetterkatastrophen auf den Klimawandel zurückzuführen sind, kann man nicht abschließend klären. Aber Studien zeigen, dass solche Unwetterkatastrophen, auch Hochwasserereignisse mit dem Klimawandel zunehmen wer-

den. Deswegen ist es richtig, dass wir dem Klimaschutz aktuell und in den nächsten Jahren deutlich mehr Gewicht geben, um das Auftreten solcher Hochwassersituationen zu verringern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich erlaube mir nur die Nebenbemerkung – mein Minister hat es vorhin ausgeführt –: Deswegen ist es auch wichtig, dass wir in Baden-Württemberg den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Windkraftanlagen vorantreiben.

Ganz zentral wichtig ist, nicht nur Klimaschutz zu betreiben, sondern auch die Städte und Gemeinden, das Land auf den Klimawandel, der eingesetzt hat, vorzubereiten. Wir haben eine Klimaanpassungsstrategie vorbereitet, und dazu zählt auch der Hochwasserschutz.

Im Rahmen der Hochwasserschutzstrategie des Landes wollen wir die Gefahren durch Hochwasser und Starkregen durch gemeinsames Handeln von Land, Kommunen und Bürgern mildern. Ganz wichtig ist: Wir müssen alle an einem Strang ziehen: Bund, Land, Kreise, Gemeinden sowie die Bürgerinnen und Bürger.

Zentral ist ein ganzheitliches Hochwassermanagement aus den drei Elementen Hochwasserflächenmanagement – es muss in der Fläche ankommen –, Hochwasserrisikoversorge und den daraus abgeleiteten technischen und ökologischen Hochwasserschutzmaßnahmen. Durch dieses ganzheitliche Hochwassermanagement können Hochwasserschäden vermieden oder zumindest verringert werden.

Zudem arbeitet das Land bereits seit einiger Zeit an einer Strategie zur Verbesserung des kommunalen Starkregenrisikomanagements für Baden-Württemberg. Es wurde schon gesagt: Es wurde ein Leitfaden „Kommunales Starkregenrisikomanagement in Baden-Württemberg“ veröffentlicht. Dieser Leitfaden hat das Ziel, den verantwortlichen Entscheidungsträgern in der Kommunalverwaltung ein landesweit einheitliches Verfahren zur Verfügung zu stellen. Das ist – das haben wir gemeinsam mit Rheinland-Pfalz gemacht – bundesweit einmalig. Dieser Leitfaden enthält alle notwendigen Informationen und Anleitungen zur Durchführung einer Gefährdungs- und Risikoanalyse in Bezug auf Starkregen. Dies ist die Grundlage für eine effektive Schadensreduzierung. Die Kommunen, die sich mit dem Thema befassen, fördert die Landesregierung daher auch finanziell über die Förderrichtlinien Wasserwirtschaft.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Hochwasserrisikomanagementplanung und den Erkenntnissen durch die Analyse von Starkregenereignissen werden zunehmend auch Maßnahmen zur Minderung des Starkregenrisikos umgesetzt werden können.

Um hier zu einem einheitlichen Vorgehen zu kommen, hat die 86. Umweltministerkonferenz im Juni 2016 die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser, LAWA, beauftragt, eine Strategie für ein effektives Starkregenrisikomanagement zu entwickeln.

(Zuruf der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)



(Staatssekretär Dr. Andre Baumann)

Unter dem Vorsitz Baden-Württembergs wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die eine Strategie zum Umgang mit Starkregen erarbeiten wird, um diese Gefahren künftig bundesweit besser bewältigen zu können.

Ich bin, meine Damen und Herren, sehr dankbar, dass der Hochwasserschutz seit Jahren fraktionsübergreifend eine sehr hohe Bedeutung genießt. Hochwasserschutzmaßnahmen – das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner dargestellt – sind aufwendig in der Planung und kostenintensiv in der Umsetzung. Von einem „Fass ohne Boden“ würde ich bei einem so wichtigen Thema gar nicht sprechen.

Ich bin für die Unterstützung in den vergangenen Jahren sehr dankbar, und ich bin sehr dankbar, dass wir die Mittel hatten – in den vergangenen 20 Jahren 1,1 Milliarden € aus dem Landeshaushalt –, um in den technisch-infrastrukturellen Hochwasserschutz zu investieren. Das ist zentral wichtig.

In den vergangenen fünf Jahren wurden die entsprechenden Haushaltsmittel sukzessive erhöht: Von 2011 bis 2015 wurden – das wurde auch schon dargestellt – diese Haushaltsmittel mehr als verdoppelt, nämlich von 25 Millionen € auf über 50 Millionen €. Dies ist ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und zum Schutz des Zuhauses von Menschen.

Sie haben vorhin auf die angeblich fehlende Empathie der Landesregierung hingewiesen. Also, in der ersten Kabinettsitzung haben wir uns ganz klar mit dem Hochwasserschutz und der Soforthilfe beschäftigt. Wir haben natürlich Soforthilfen gewährt. Aber es gilt, das genau zu prüfen. Es wurde auch dargestellt: Pflichtversicherungen und Elementarschadenversicherungen. Wir haben in Baden-Württemberg einen hohen Versicherungsgrad von über 95 %. Deswegen ist es wichtig, dass eben auch das genau geprüft wird, bevor Gelder ausgezahlt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zukünftig werden über den Unwetterhilfefonds 30 Millionen € für den Fall, dass solche Schäden auftreten, bereitstehen. Diese Risiken kann man nicht gänzlich reduzieren.

In den letzten Jahren standen aber Investitionen in Planung und Bau von Rückhalteräumen des Integrierten Rheinprogramms, in die Ertüchtigung von Hochwasserdämmen und in den Bau von lokalen Hochwasserschutzmaßnahmen zur Verbesserung der Situation vor Ort im Vordergrund.

Die Überschwemmungsgebiete, die sogenannten Auen, sind auch wichtige Lebensräume und Naherholungsgebiete. Deswegen, Frau Rolland, ist es sehr wichtig, dass man auch Hochwasserschutzmaßnahmen so ökologisch wie möglich macht. Dabei müssen aber auch die technischen Mindestanforderungen erfüllt sein, und es muss auch möglichst schnell gehen. Denn wir möchten nicht, dass Schäden auftreten.

(Beifall bei den Grünen)

Zentral wichtig ist in diesem Bereich auch die Ökologie, weil dann die Naherholungsgebiete auch an Attraktivität gewinnen.

Mit der Novellierung des Wassergesetzes für Baden-Württemberg zum 1. Januar 2015 wurde die Zweckbindung des Wasserentnahmeentgelts und des Wassernutzungsentgelts zugunsten wasserwirtschaftlicher und gewässerökologischer Belange und Maßnahmen eingeführt. Das ist aus meiner Sicht ein großer Erfolg für den Hochwasserschutz. Denn damit wird ein gleichbleibend hoher Mittelfluss in Richtung Hochwasserschutz sichergestellt, um eben im Bild zu bleiben.

Hochwasser gehören zur Aue wie das Wasser in den Fluss. Das ist einfach so. Die Risiken kann man nicht auf null reduzieren. Trotzdem ist es wichtig, die Risiken für Mensch, für Umwelt, für Kulturgüter und Wirtschaft so weit wie möglich zu reduzieren und mit diesen Risiken umzugehen.

Das Land hat neben den Hochwassergefahrenkarten und den -risikokarten sowie den Informationen der Hochwasservorhersagezentrale das neue Flutinformations- und Warnsystem FLIWAS 3 entwickelt.

Die Verbesserung des Hochwasserschutzes und die Umsetzung der Hochwasserrisikomanagementpläne sind nach wie vor eine Kernaufgabe unseres umweltpolitischen Handelns in Baden-Württemberg – gerade vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Klimawandels.

Es ist äußerst wichtig, die Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg weiter besser zu schützen, gerade durch den Hochwasserschutz. Die Gelder sind hier gut investiert. Wir sollten in den nächsten Jahren auch weiterhin zentral in diesen Bereich investieren. Das ist zentral wichtig. Die damit finanzierten Maßnahmen verbessern den Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Land und reduzieren die monetären Schäden durch solche Hochwasserereignisse.

Ich danke Ihnen sehr herzlich, dass Sie dieses wichtige Thema, abseits von Hochwasserereignissen, auf die Tagesordnung gesetzt haben. Denn es ist wichtig, dass wir die Aufmerksamkeit für dieses Thema in der Bevölkerung, in der Öffentlichkeit aufrechterhalten. Andernfalls werden wir leider vom nächsten Hochwasser überrascht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/65. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 30. November 2016, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 12:36 Uhr**

## **Wahlvorschlag**

der Fraktion GRÜNE

### **Nachwahl in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks**

Zur Wahl als Mitglied wird vorgeschlagen:

Frau Abg. Sandra Boser

Zur Wahl als stellvertretendes Mitglied wird vorgeschlagen:

Frau Abg. Andrea Lindlohr

16.11.2016

Andreas Schwarz und Fraktion